

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adtestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Leitungsgeld für die sechsgealtene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Unsere Kriegstagung in Berlin.

In seiner launigen Schlussansprache hat Kollege Schilde auch die Worte des Humoristen Wilhelm Busch angeführt, wonach es meistens und überhaupt anders komme als man glaube. Diese Worte treffen in ihrem vollen Sinne auf unsere zwölfte ordentliche Generalversammlung zu, sowohl in bezug auf ihre Dauer als auf ihre Ergebnisse. Lebten wir nicht in einer außerordentlichen Zeit, so müßten wir nach dem Verlauf unserer Kriegstagung zu dem Schluß kommen, daß unser gewöhnlicher Maßstab zur Beurteilung für Dinge und Begebenheiten überhaupt unzulänglich sei und daß wir vollständig „umlernen“ müßten.

Rufen wir uns nur kurz ins Gedächtnis zurück, welche Anstrengungen nach Ausschreibung der Generalversammlung gemacht wurden, um ihre Verschiebung bis nach dem Ende des Krieges zu erreichen! Unter denen, die das anstrebten, waren sogar viele, die darn für die volle Wiederin kraftsetzung des Statuts sich ins Zeug legten, und wieder andere, die seit Jahren für die Einführung der Staffelleistungen wirkten. Wenn sie zuerst für die Vertagung eintraten, dann wahrscheinlich in der Erwägung, daß während des Krieges ihre Wünsche doch nicht in Erfüllung gehen würden. Diese Annahme hatte nach den Erklärungen des Vorstandes, daß er keine Statutenänderung beantragen werde, eine große Wahrscheinlichkeit für sich.

Es ist alles anders gekommen, und was dabei am bemerkenswertesten: zur Überraschung aller! Wenn, wie bei den früheren Generalversammlungen, vorher eine rege Aussprache über die gestellten Anträge im Verhandlsblatt und in den Mitgliederversammlungen erfolgt wäre, hätte man das schließliche Ergebnis annähernd voraussehen können. Dafür fehlte es diesmal fast an jedem Anhaltspunkt. Auch an den ersten Tagen der Verhandlungen fehlte es daran, ja man war eher geneigt, anzunehmen, daß es bei den bisherigen Kriegsmassnahmen des Vorstandes, die fast allgemein gebilligt wurden, bleiben und keine Satzungsänderungen beschloffen würden. War doch die Statutenkommission nach kurzer Beratung zu dem Beschluß gekommen, der Generalversammlung zu empfehlen, von jeder Satzungsänderung abzusehen. Die Aussprache beim Vorstandsbericht hatte aber dann das Ergebnis, daß dieser Kommission die zum Vorstandsbericht gestellten Anträge überwiesen wurden, darunter auch die, die auf volle Wiederin kraftsetzung des Statuts abzielten.

Die Kommission befürwortete die Ablehnung der meisten Anträge, sie kam jedoch trotz der schwerwiegenden Gründe, die vom Vorstand und von anderen Kollegen gegen eine auch nur teilweise Mehrbelastung des Verbandes während der Kriegszeit ins Feld geführt wurden, zu dem Antrage: vom 1. August 1915 an die Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit nach den halben statutarischen Sätzen bei 14-tägiger Karenzzeit zu zahlen. Die Generalversammlung stimmte dem zu. Es ist zweifellos, daß dieser Beschluß von den meisten Mitgliedern freudig begrüßt werden wird und wir hoffen nur, daß nicht die Notwendigkeit eintrete, ihn wieder außer Kraft setzen zu müssen. — Die Beschlüsse, die zugunsten der zum Kriegsdienst eingezogenen angesteuerten und noch nicht bezugsberechtigten Mitglieder gefaßt wurden, decken sich zwar nicht mit dem Vorstandsantrag, sie sichern jedoch allen diesen vom Kriegsdienst zurückkehrenden Kollegen Arbeitslosenunterstützung für mindestens vier Wochen, wenn sie sich freizügig beim Verband melden.

Die größte Überraschung brachte nicht nur für die Teilnehmer der Generalversammlung, sondern wohl für alle Verbandsmitglieder die Entscheidung über die Staffelleistungen. Der Berichterstatter der Kommission, Kollege Kamlowitz, trat mit großer Wärme dafür ein, zahlreiche Redner unterstützten ihn — allein es war doch immerhin noch sehr zweifelhaft, ob der Antrag die nötige Zweidrittelmehrheit finden werde. Erst die namentliche Abstimmung brachte die Gewissheit. Mit dem Beschluß tritt eine bedeutende Wandlung in unserem Verbande ein, auf ihn muß unsere Wirksamkeit in Verwaltung und Werkarbeit eingestellt werden. Ob die Staffelleistungen den erhofften Erfolg für unsern Verband bringen werden? Das wird sich allerdings nicht bis zur nächsten Generalversammlung in zwei Jahren mit Bestimmtheit sagen lassen, da die Neuerung erst am 1. August 1916 in Kraft treten soll. Wir glauben nicht an eine Wunderwirkung, sollte diese eintreten, so werden wir nicht anstehen, uns für befehzt zu erklären.

Die Erörterungen über das Verbandsblatt waren ziemlich lebhaft. Die Anträge, die zu diesem Punkt gestellt waren, mußten wir mit aller Entschiedenheit befürworten. Wir taten das in sachlicher Weise. Leider mußten wir die Erfahrungen machen, daß nicht alle gegnerischen Redner sich im gleichen Rahmen hielten. Über den Beschluß der Generalversammlung brauchen wir uns zunächst nicht weiter zu äußern. Unsere Meinung über dieses Gelegenheitsgesetz haben wir unumwunden auf der Generalversammlung gesagt. Nachdem man es aber einmal angenommen hat, sind wir selbstverständlich verpflichtet, es durchzuführen, soweit das bei einem solchen Kautschulbeschluß möglich ist. Wenn das schließlich zu Folgen führt, die seinen Urhebern unangenehm sind als uns, so möge man aber dann nicht uns dafür verantwortlich machen. Wenn wir das Wort

Urheber unterstreichen, so wollen wir damit andeuten, daß wir nicht alle die, die den Beschluß fassen halfen, als unbedingte gleichen Sinnes mit den Antragstellern betrachten.

Von großer Wichtigkeit ist der Beschluß, der die Herausgabe eines gewerkschaftlichen Frauenblattes bezweckt. Die Kollegin Raab (Berlin) führte überzeugende Gründe dafür an, namentlich den, daß sich die Gleichheit nicht zur Werbearbeit unter den Arbeiterinnen eigne. Wir können dazu bereits mitteilen, daß die Generalkommission sich bereit erklärte, ein solches Blatt ins Leben zu rufen. Die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, die in letzter Woche tagte, billigte den Plan einstimmig.

Was uns auf der Generalversammlung besonders gefreut hat, das war der Besuch der Vertreter ausländischer Bruderverbände. Was wir schon früher sagten, bestätigte sich aufs neue: nicht nur ausländische Metallarbeiterverbände, mit denen wir in Verbindung bleiben konnten, halten treu an der Metallarbeiter-Internationale fest, sondern es sind dieser noch weitere Verbände hinzugegetreten. Soweit wir über die Vertreter der Metallarbeitergewerkschaften in Frankreich und Großbritannien unterrichtet sind, halten sie sich — von Ausnahmen abgesehen — vom allgemeinen Taumel des Hasses entfernt. Wir haben das schon früher in breiter Ausführlichkeit hervorgehoben und es ist ein Beweis für die „Sachlichkeit“ eines Teils unserer Tabler auf der Generalversammlung, daß sie dies verschwiegen, dagegen um so mehr auf dem herumhämmernten, was sie gerade herausgegriffen hatten. Doch auch dies kann nicht uns zur Unehre gereichen. Unsere Erfahrungen auf diesem Verbandstag berechtigten uns aufs neue zu der Zuversicht, daß unsere internationalen Beziehungen zurzeit zwar erschwert, aber nicht unterbrochen sind und sich nach dem Kriege leicht werden wiederherstellen lassen. Man kann sich dieser Tatsache freuen, auch ohne daß man den „internationalen Charakter der Arbeiterbewegung“ so überschätzt, wie es früher vorgekommen ist.

Von Einzelheiten abgesehen, berechtigt der Verlauf des Verbandstages, nach wie vor mit Vertrauen in die Zukunft zu blicken, selbst wenn man nicht so überschmächtig urteilt wie der dänische Genosse Nielsen, von dem wir im Rundschauteil dieser Nummer bemerkenswerte Ausführungen bringen.

Die „Dienstpflicht der Frauen“.

Zu den von bürgerlicher Seite gekommenen Forderungen einer ähnlichen Dienstpflicht der Frauen, wie sie die Männer im Heere leisten müssen, schreibt das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission uns folgendes:

In diesem Kriege steht neben der Technik auf dem Gebiete der Kriegswerkzeuge die Organisation Triumphe. Der misserthastigen Organisation unseres Heereswesens ist es nicht zuletzt zu danken, daß sich Deutschland gegen sieben Gegner im Osten und Westen elf Monate lang siegreich halten konnte. Es ist deshalb verständlich, daß versucht wird, die straffe Organisation des Heereswesens auch auf das Zivilleben zu übertragen, zumal sich hier das Fehlen einer guten Organisation während des Krieges in unliebsamer Weise bemerkbar gemacht hat. Als Beispiele seien angeführt: die zu spät und dann auch zunächst tastend einsetzenden Versuche, den Lebensmittelkonsum zu regeln und das Durcheinander in der Krankenpflege und im Jürlorgewesen zu beseitigen. Im zivilen Leben folgten eine große Anzahl Personen zunächst nur für sich. Hausfrauen kauften bis ins Unendliche Vorräte ein, die sie nie werden verbrauchen können, weil sie schlecht werden, und viele von denen, die sich für sorgfältig und helfend betätigen wollten, taten es auf eigene Faust, nur dem Impuls folgend, ohne immer dazu geeignet zu sein und ohne sich über bestehende Einrichtungen zu informieren. Dadurch ist der Allgemeinheit natürlich großer Schaden entstanden und viel brauchbare Kraft verloren gegangen. Fein Wunder also, daß die Erfahrungen der Kriegszeit dazu geführt haben, eine straffe Organisation der gesamten volkswirtschaftlichen Kräfte anzustreben.

Bei der Erörterung dahingehender Pläne muß natürlich auch der Organisation der Frauen gedacht werden. Diese bilden der Zahl nach die Hälfte der Bevölkerung. Eine wie wichtige Rolle in der Gestaltung der Verhältnisse des Volksganges spielen, hat der Krieg bewiesen. Leider häufig in negativem Sinne. Die Wirkung ging an mit dem Eintreten der Lebensmittelknappheit durch Frauen aller Bevölkerungsschichten, noch vor der Problemlösung des Kriegszustandes. Alle möglichen Waren wurden in den Bohnungen aufgespeichert, die dort gar nicht gehalten werden konnten. Dieses unüberlegte und oft völlig unnotierte Einlaufen hat sich seit Ende Juli vorigen Jahres stets wiederholt, wenn irgendwo irgendwo erzählt, dies oder das würde knapp werden. Zum Teil findet das Verhalten der Frauen ja seine Erklärung in dem nicht rechtzeitigen Eintreten der Zivilbehörden bei der Sicherstellung der Volksernährung. Man denke nur an die Kartoffelnot im Februar und März dieses Jahres. Jetzt stellt sich heraus, daß wir mit den Vorräten bis über die nächste Ernte hinaus reichlich auskommen. Bei richtiger Organisation hätte die Kartoffelverteilung vermieden werden können.

Wenn also auch die Frauen durch Organisation dem Volksgangen dienstbar gemacht werden sollen, so ist das nur zu begreifen. Der Weg aber, der von einigen Stellen hierzu vorgeschlagen wird, scheint dem doch nicht recht gangbar zu sein. Beabsichtigt wird nämlich nicht mehr und nicht weniger als eine Organisation für die weibliche Bevölkerung, ähnlich der der Heeresorganisation, die wie diese im Kriegsfalle alle Frauen an vorher bestimmte Plätze ruf. Diese Kriegsbereitschaft soll erreicht werden durch ein weibliches Dienstjahr. Man will alle weiblichen Personen während einer längeren Zeit — meist

wird ein Jahr, manchmal werden auch zwei Jahre in Vorschlag gebracht — in Schulen, Wohlfahrtsanstalten, Krankenhäusern usw. in der Gesundheits-, Kranken- und Säuglingspflege und in der Hauswirtschaft ausbilden. Manche Vorschläge fordern diese Ausbildung im Anschluß an die Schulzeit, andere im Alter von 17 bis 20 Jahren. Die meisten verlangen zwangsweise Heranziehung aller weiblichen Personen, einige wollen sich mit der moralischen Einwirkung zum freiwilligen Eingliedern in die Reihen der sozial arbeitenden Personen begnügen. Da in allen Vorschlägen zum Ausdruck kommt, daß die Heeresorganisation bis zu einem gewissen Grade Vorbild gewesen ist, nimmt es nicht wunder, daß in einigen Fällen sogar die zwangsweise Ausbildung in Kasernen, für die der Name „Gemeinschaftshäuser“ geprägt werden möchte, und mit Dienstgraden und Uniformen gefordert wird. Es erübrigt über diese Frage bereits eine umfangreiche Literatur. Von einer Stelle ist ein Preisanschreiben veranlaßt worden, das der besten Arbeit über das Thema: „Wie ist eine dem Heeresdienst der Männer entsprechende öffentliche Dienstpflicht der weiblichen Jugend einzurichten?“ 2000 M. zuzuschicken. Auch Vorkämpfe für einen Gesentwurf zu dieser Frage sind schon vorhanden.

Glücklicherweise wird nicht alles so heiß gegessen, wie es gelocht wird. Und so wird auch noch einige Zeit vergehen, ehe ein solcher Gesentwurf dem Parlament zur Entscheidung vorgelegt werden kann. Inzwischen wird bei vielen die Begeisterung für die soziale Hilfsarbeit verfliegen und das Interesse für das weibliche Dienstjahr durch andere Tagesfragen abgelöst sein. Verschwinden wird das Thema von der Tagesordnung bürgerlicher Wohlfahrts- und Stimmrechtsvereine aber nicht, dafür sorgt schon das Bestreben, die Gleichberechtigung des Frauengeschlechts mit den Männern überall herbeizuführen. Das Dienstjahr soll die Erlangung der Gleichberechtigung beschleunigen, da ja dann der jetzt noch immer von den Gegnern des Frauenwahlrechts angeführte Grund, die Frauen leisten dem Staate nicht die gleichen Dienste wie die Männer, sie können also auch nicht die gleichen Rechte fordern, wegfällt. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiterfrauen und Töchter von diesen Bestrebungen Kenntnis erhalten, die geeignet sind, der Arbeiterklasse neue Aufgaben aufzulegen. Die organisierte Arbeiterklasse fordert seit ihrem Bestehen bessere Ausbildung ihrer Angehörigen. Die sozialdemokratische Partei hat in ihrem Programm weitgehende Forderungen nach dieser Richtung festgelegt. Zum Teil bedenken sich also die Vorschläge bezüglich des Dienstjahres der Frauen mit alteren Forderungen der Arbeiterorganisationen. Freilich fordern diese kein Dienstjahr für die Frauen, sondern Verlängerung der Schulzeit und Fortbildungsschulzwang für die Kinder aller Bevölkerungsschichten; daneben zweckmäßige Gestaltung des Schulwesens und Anpassung seines Lehrplanes an die Anforderungen des Lebens. Damit könnte alles erreicht werden, was durch das Dienstjahr praktisch erreicht werden soll.

Wir erwähnen die Vorschläge für das weibliche Dienstjahr aber auch noch aus einem anderen Grunde. Den Frauen und Töchtern der Arbeiterklasse wird dadurch nämlich gezeigt, welche Bedeutung der Frauendienst beigemessen wird. Und in der Tat: bei der Stellung, die die weibliche Bevölkerung heute in der Volkswirtschaft einnimmt, ist es an der Zeit, daß auch sie erkennt, daß sie sich dem Gesamtrahmen dadurch besser einfügen muß, daß sie in ihrer Betätigung mehr Gemeinschaftsgeist entwickelt. Die Frauen spielen eine Rolle als Produzierende und als Konsumierende Personen. Ihre Haltung ist von Bedeutung für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse wie auch bezüglich Regulierung der Lebensmittelverteilung für die Gesamtheit. Diese hätte in der Kriegszeit leichter und zweckmäßiger durchgeführt werden können, wenn die Frauen in ihrer Gesamtheit in dieser Zeit mehr Gemeinschaftsgeist entwickelt hätten. So dachten sie vielfach nur an sich und ihre eigene Hauslichkeit. Einen Vorwurf kann man ihnen deshalb nicht machen. Sie hörten ja bis dahin so oft: Die Frau gehöre ins Haus und dürfe sich um außerhäusliche Dinge nicht kümmern. Eine jahrbundertlange, nach dieser Richtung gehende Erziehung und Gewöhnung läßt sich nicht in kurzer Zeit beseitigen. Für die Arbeiterklasse hat freilich die wirtschaftliche Lage, die die Frauen zwang, mit erwerbstätig zu sein, in die alten Anschauungen Dresse geschlagen. Befähigt sind sie aber auch hier noch nicht. Vor allen Dingen erkennen die Frauen noch selber nicht die Bedeutung und die Macht des gemeinsamen Wirkens. Wäre es der Fall, dann müßte die Zahl der organisierten Arbeiterinnen größer sein. Auch die Organisationen der Arbeiterklasse haben während der Kriegszeit den Beweis erbracht, daß einheitliches, auf ein bestimmtes Ziel gerichtetes Handeln großes zu leisten vermag.

Diese Erkenntnis sollten wir hinübernehmen in die Zeiten, wo wir friedlich unsere Kräfte entfalten können, um dafür zu wirken, daß die Wunden, die der Krieg der gesamten Volkswirtschaft geschlagen hat, wieder heilen können. Auch der Frauen der Arbeiterklasse bedürfen wir dann. Sie sind ein bedeutender Faktor in unserem Wirtschaftsleben, wenn es gelingt, sie zusammenzufassen in die Vereinigungen, die der arbeitenden Bevölkerung bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen können.

Unser Verband in der 46. und 47. Kriegswache.

Das Ergebnis der Berichte über die Mitgliederbewegung und den Arbeitslosenstand wird zunächst für die 46. Kriegswache in der Übersicht vom 18. bis 19. Juni bargestellt, während die 47. Kriegswache aus der Übersicht vom 20. bis 26. Juni zu ersehen ist. Die Nachweise für die 46. Kriegswache wurden von 420 Verwaltungstellen eingeleitet. Folgende 19 Orte hatten zu dieser Woche keine Berichte geliefert: Großsiedel, Körlin, Neustrelitz, Neisse, Spremberg, Gardelegen, Göttingen, Koburg, Langenmünde, Bremerhaven, Koblenz, Reg., Södingen, Freudenstadt, Würzburg, Singen, Zweibrücken, Gungelhausen, Sindau. Zu der 47. Kriegswache fehlten die Berichte aus den Orten Großsiedel, Körlin, Neustrelitz, Bischofswerda, Werben, Gardelegen, Göttingen, Koburg, Mühlhausen i. Th., Queblitzburg, Stendel, Langenmünde, Bremerhaven, Cuxhaven, Koblenz, Reg.

Willingen, Straß, St. Georgen, Singen, Gungenhäuser, Einbau, Schwarzenbach. Es liegen somit für diese Auffstellung die Nachweise aus 416 Verwaltungstellen vor.

Übersicht über die Zeit vom 13. bis 19. Juni 1915.

Table with 11 columns: Nr., Verwaltungstellen, Mitgliederzahl, etc. Summary row: 420, 19, 279261, 4154, 2622, 275127, 3905, 1,4, 12194

Übersicht über die Zeit vom 20. bis 26. Juni 1915.

Table with 11 columns: Nr., Verwaltungstellen, Mitgliederzahl, etc. Summary row: 416, 23, 276094, 4476, 2760, 271619, 3728, 1,4, 10491

Bei Betrachtung der Tabellen ergibt sich, daß die Zahl der zum Her einberufenen noch immer im Steigen begriffen ist. So wurden in der Zeit vom 13. bis 19. Juni 2622 und vom 20. bis 26. Juni 2760 Mitglieder zum Her eingezogen...

Dagegen ist in der Arbeitslosigkeit immer noch ein zahlenmäßiger Rückgang zu beobachten, der aber durch den allgemeinen Mitgliederzuwachs auf das Prozentverhältnis ohne Einfluß geblieben ist.

An Arbeitslosenunterstützung wurde für die Zeit vom 13. bis 19. Juni 12194 M und für die Zeit vom 20. bis 26. Juni 10491 M ausbezahlt.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Table with 11 columns: Berichtswochen, Verwaltungstellen, Mitgliederzahl, etc. Summary row: 47, 20, 6, 15, 416

Die aus der Gesamtübersicht zu ersehen, haben sich nun seit Kriegsausbruch 249019 Mitglieder, die zum Heresdienst einberufen wurden, abgemeldet. Das sind 45,55 Prozent unseres Mitgliederbestandes vom 1. August 1914.

Die Reverspolitik der bayerischen Regierung.

Die gegen diese gerichtete Resolution (Metallarbeiter-Zeitung Nr. 23, Seite 118) begründete Kollege Kurth (München) folgendes:

Die Krisenverwaltung Berlin hatte die Grundabsicht, am letzten Dienstag durch die bekannten Schwänke von Ludwig Thoma einige bayerische innenpolitische Reichstagen zu geben. Sie haben sich jedoch verabschiedet. Sie hat sich heute Ihre Anwesenheit auch auf einige bayerische politische Zustände richten, die uns zur Kritik herausfordern.

portarbeiter und der Metallarbeiter einen unhaltbaren Zustand. Die Agitationskommissionen der freien Gewerkschaften Bayerns haben sich an den Staatsminister v. Hertling, den Ministerpräsidenten, mit Eingaben gewandt, den Revers aufzuheben.

Es ist wohl der denkbar ungeeignete Augenblick, diese Frage jetzt aufzurollen, schon im Interesse der betreffenden Kreise selbst. Wohin kommen wir, wenn eine Art Patriotismus gegen Barabaslung zur Einführung kommen würde?

Dieser Vorwurf des Herauslagens parteipolitischer Vorteile paßt herrlich zu der Taktik des bayerischen Zentrums. Als die in der Rede des bayerischen Verkehrsministers vom 20. September 1912 zunächst Angegriffenen hatten wir es für notwendig, daß sowohl der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wie des Transportarbeiter-Verbandes die Aufhebung des Reverses verlangte.

Die beiden Eingaben — es handelte sich noch um eine solche des Süddeutschen Eisenbahner-Verbandes — habe ich dem R. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten zur Äußerung übermitteln lassen.

Der Ministerpräsident sagt also nicht einmal, der Revers ist während des Krieges aufgehoben, sondern lediglich, er kommt praktisch nicht mehr in Anwendung, deshalb sei der Frage nicht näher getreten.

Die zwölfte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Am dritten Tage, 30. Juni, kam der Punkt 3 der Tagesordnung. Verhandlungsorgan

zur Verhandlung. Dazu lagen folgende Anträge vor: Duisburg. Die Generalversammlung möge beschließen: Die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung wird angewiesen, die Gebiete der inneren und äußeren Politik, der internationalen Arbeiterbewegung und volkswirtschaftlichen Abhandlungen in der gegenwärtigen Zeit, wo eine weitgehende Kritik solcher Artikel unmöglich ist, gar nicht zu berühren oder in denselben dem Empfinden der großen Majorität der Kollegen Rechnung zu tragen.

Düsseldorf. Der Verbandstag verurteilt die feindselig gefärbten Artikel, wie sie im Verhandlungsorgan in der Nr. 45/1914 „Krieg und soziale Aufgaben“ im ersten Absatz sowie in den Artikeln von Fritz Kummer in Nr. 1, 2 und 11/1915 erschienen sind.

Göppingen. Die Verwaltungsjahre Göppingen protestiert mit aller Schärfe gegen die derzeitige Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung, indem dieselbe nicht angetan ist, die Arbeiter über die derzeitigen Verhältnisse in wahrer Weise aufzuklären.

Leipzig. Die Generalversammlung erklärt: Die Behandlung von inneren Parteifragen in der Metallarbeiter-Zeitung hat zu unterbleiben.

Es enthält zunächst das Wort Scherm (Stuttgart): Die vorliegenden Anträge, einige Verfassungsänderungen in der Metallarbeiter-Zeitung und Änderungen, die hier gefordert sind, lassen es geboten erscheinen, die Grundzüge der Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung kurz darzulegen.

schädlich halten. Wer recht hat, wessen Meinung die richtigere, die nützlichere ist, kann nur die Entscheidung darüber. Aus diesem Grunde allein schon ist es uns erwünscht, wenn uns Darlegungen auch von andersdenkenden Kollegen zugehen.

Man ist jetzt so unzufrieden mit der amtlichen Zensur, und zum großen Teil mit Recht — im Vergleich jedoch mit dem, was im Duisburger Antrag gefordert wird, ist sie noch ein Maßstab von Duldsamkeit und Weitherzigkeit in der Zulassung von Kritik und Förderung politischer und wirtschaftlicher Angelegenheiten.

Der Göttinger Antrag, dessen Urheber bei denen des Duisburger Antrags in ihren grundsätzlichen Ansichten gewiß weitgehend übereinstimmen, will, indem zugleich über die derzeitige Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung protestiert wird, daß die Arbeiter über die derzeitigen Verhältnisse in wahrer Weise aufgeklärt werden und eine ausgiebige Schreibweise zum Nutzen und zur Zufriedenheit der Verbandskollegen geführt wird.

Wer so leicht mit einem verdächtigen Urteil fertig ist, hat dafür auch einwandfreie Beweise zu liefern. Er hat zu beweisen, daß die Schreibweise der Zeitung nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden der Kollegen gewesen ist, und er hat anzugeben, was ihre Unzufriedenheit erregt hat.

Wenn die Göttinger Antragsteller wissen wollen, wo in der Arbeiterbewegung in hohem Grade der Chauvinismus sich breit gemacht hat und nach breitmacht, dann können wir ihnen mit Beweisen an die Hand gehen. Die Metallarbeiter-Zeitung hat keine chauvinistische, nationalitätliche Hege getrieben, sie lehnt es aber auch ab, sich zu einer Hege gegen die deutschen Genossen herzugeben, die ihre Pflicht gegen das eigene Volk und damit auch gegen unsere Bewegung erfüllt haben.

Nach dem Düsseldorf Antrag soll in der Metallarbeiter-Zeitung der „internationale Charakter der Arbeiterbewegung mehr respektiert“ werden. Ich frage, wodurch haben wir diesen Charakter misachtet?

Ich verlange für diese Unterstellung Beweise, nicht Nebenartikel und Behauptungen. Wahrscheinlich glauben die Antragsteller, wir müßten aus Verdächtigungen und Beschimpfungen von ausländischen Arbeiterführern und Zeitungen auf die deutschen Arbeiter — wie sie während des Krieges wiederholt vorgekommen sind — ohne Widerrede lassen, wohl gar noch dankbar dafür sein.

Nicht besser als mit der soeben behandelten Unterstellung steht es mit den weiteren Punkten des Düsseldorf Antrags. Von dem Aufsatz in Nr. 45/1914 ist es der erste Absatz, der angegriffen wird.

Eine neue Zeit ist angebrochen; andere Menschen hat der Krieg in kurzer Zeit aus uns allen gemacht. Das gilt unterchiedslos für Hoch und Niedrig, für Arm und Reich, für Privatpersonen und für Staatsdiener. Solidarität und Hilfeleistung aus unerschütterlicher bitterer Not, die wir den Arbeitern als unvergängliche Pflicht ihres Handels eingepreist und von den Reichen so oft vergeblich gefordert haben, ist über Nacht Gemeingut eines großen und leistungsfähigen Volkes geworden.

Die unmittelbar folgenden Zeilen, die man nicht wiedergegeben hat, lauten dann:

„Er ist freilich nicht aus besserer Einsicht, als das Ergebnis fortschreitender Kultur, sondern aus der Geschichte ehernem Mut geboren worden. Die Frage ist aber im Augenblick nicht die, ob Solidarität und Gemeinheitsgefühl dadurch weniger wertvoll sind, sondern die, welchen Nutzen die Allgemeinheit und besonders die Arbeiter augenblicklich daraus ziehen können und ob wir hoffen dürfen, etwas davon als Gewinn für die Zukunft über den Krieg hinwegzubringen.“

Warum wurden diese Zeilen verschwiegen? Weil dann der Angriff nicht in der gewünschten Art zu führen gewesen wäre.

Von dieser Art Zitierrückfälle hat kürzlich wieder eine Probe geliefert in dem Artikel „Neue Theorien“. Genosse Leipart vom Holzarbeiter-Verband und Genosse Winnig vom Bauarbeiter-Verband haben dieses unehrliche Verfahren in Erwiderung bereits treffend gekennzeichnet.

Ähnliche Stimmungen wie in Nr. 46 der Metallarbeiter-Zeitung fanden sich in vielen Arbeiterblättern bis in die letzte Zeit noch. Wenn es also ans Verbrennen geht, so befinden wir uns in guter Gesellschaft. Einige Beispiele! Im Nr. 4/1915 haben wir auf Seite 15 auch wiedergegeben, was die Wiener Arbeiter-Zeitung über den Krieg als Lehrmeisterin geschrieben hat. Da heißt es unter anderem:

„Dieses gesellschaftliche System, das nunmehr auch auf das Ernährungssystem ausgedehnt werden will, ist jedoch kein unbekanntes und namenloses mehr. Wenn auch bis jetzt nur vom Staate angewendet, wenn auch nur „Staatssozialismus“, so ist es doch das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem des Sozialismus. Und wenn es auch heute bloß im Kriege und für seine Dauer berechnet, wenn es auch nur Kriegsozialismus ist, so ist es doch Sozialismus. Das kann nicht mißverstanden werden — da es weder proletarisch noch demokratisch ist, ist es auch beileibe nicht sozialdemokratisch. Aber als bewußte Selbstfürsorge der Gemeinschaft trägt es das Grundmerkmal des neuen Systems, für das die Sozialdemokratie kämpft.“

Eine Säuberin ist auch die Bergische Arbeiterstimme. In ihrer Nr. 103 vom 4. Mai 1915 brachte sie eine Notiz mit der Überschrift: „Krieg lehrt Sozialismus“. Sie erblickt den Sozialismus schon in der Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts, für den „nationale“ Kreise eintreten. Nun ist die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts zwar eine sozialdemokratische Programmforderung, aber Sozialismus in dem Sinne, was man nach sozialdemokratischer Lehre darunter versteht, ist sie nicht. Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts erstreben auch bürgerliche Kreise, vor allem die Lehrer. Die Essener Arbeiter-Zeitung war von der Notiz der Bergischen Arbeiterstimme so begeistert, daß sie sie schleunigst nachdruckte.

So wenig wie der Aufsatz in Nr. 45/1914 gibt der angegriffene Artikel des Korrespondenzblattes Ursache zu begründeter Verschwerbe. Wir brachten ihn als Stimmungsbild des Zentralblattes der Gewerkschaften Deutschlands. Soll das verboten sein? Angenommen einmal, der Artikel enthielte etwas durchaus zu Mißbilligendes, hieße es nicht die Leser der Metallarbeiter-Zeitung als urteilslose Menschen, der Bevormundung bedürftig, betrachten, wenn man annehmen wollte, sie könnten durch den Artikel an ihrer Seele Schaden leiden? Wieser ist uns keine öffentliche Erklärung darüber bekannt geworden, was an dem Artikel Schlimmes sein soll. Vielleicht erfahren wir es hier.

Die Aufsätze von Fritz Kummer in den Nummern 1 und 2/1915 haben auch Gegner gefunden. Die Gründe, die von ihnen vorgebracht wurden, sind alle unsichtbar. Ich gehe nur kurz auf die ein, die gegen den letzten Abschnitt im zweiten Aufsatz angeführt wurden, der ist ja besonders angegriffen worden. Es wird gesagt, die Unternehmerpresse habe von den dort enthaltenen Belegen gerügt, daß die Artikel seien also schädlich für unsere Bewegung. Kummer hat aber schon früher ähnliche über das Ausland berichtet wie in den beanstandeten Aufsätzen. Damals fand man daran nichts Anstößiges. Man lese nur seine Berichte über Amerika nach. Die Befürchtungen, die aus Kummers Darlegungen abgeleitet werden, sind schon deshalb grundlos, weil die Unternehmer über die Verhältnisse im Ausland doch ohnehin so gut unterrichtet sind wie wir. Wir haben es oft genug erlebt, daß uns die ausländischen Verhältnisse als Maßstab vorgehalten wurden. Durch Verschönerung der von uns erzielten Fortschritte und der erzwungenen Verbesserungen können wir die Unternehmer nicht täuschen. Wer genau liest, was Kummer geschrieben, der kann nicht zu den Folgerungen kommen, wie sie gemacht wurden. Kummer hat vollständig recht, zu betonen, daß wir bei der Kritik, die wir an unseren deutschen Zuständen üben, nicht verschweigen dürfen, was wir errungen haben. Unterlassen wir das, dann entsteht der Glaube, im Ausland sei alles besser und wir liefern dadurch, wenn auch ungewollt, den Feinden Stoff, die unsere Gewerkschaftsbewegung für rückständig, erfolglos, für zweckwidrig halten. Ich verweise da nur auf die französischen Syndikalisten. An Kummers Bemerkungen ist höchstens zu bemängeln, daß sie nicht ausführlich genug waren. Wenn er mehr in Einzelheiten eingegangen wäre, so hätte sich manches sagen lassen, was seinen Tadeln allen Wind aus den Segeln genommen hätte. Ich befreite mit aller Entschiedenheit, daß uns durch die Kummerschen Aufsätze die Werbetätigkeit erschwert wird. Wer das sagt und glaubt, muß auch dagegen sein, daß in unseren Flugblättern von unseren Erfolgen gesprochen wird. Sprechen wir aber davon, so erleben wir es doch fast regelmäßig, daß die Unternehmer und ihre Presse diese Erfolge bestreiten. Die Unternehmer haben uns auch bisher schon Vergleiche mit dem Auslande geliefert; das hat uns jedoch nicht abgehalten, das zu tun und zu fordern, was wir für nötig und erreichbar hielten. Selbst wenn unsere Verhältnisse um hundert Prozent besser wären als die des Auslandes, dann versicherten wir doch nicht auf weitere Verbesserungen. Wir streben unablässig nach dem Besten und möglichst Erreichbaren.

Ich meine also, es ist nicht schwer, die befürchteten Einwände zu widerlegen, wenn sie von den Gegnern erhoben werden sollten. Das wird in Zukunft um so leichter sein, weil uns während des Krieges sehr viel von der wirtschaftlichen Überlegenheit und Kapitalkraft Deutschlands gesagt wurde.

Ich bin nun auch noch etwas gespannt darauf, ob etwa die Zeitschrift des Vorwärts aus New York in seiner Nummer 145 vom 28. Mai 1915, die wir in Nr. 24 der Metallarbeiter-Zeitung nachdruckten, auch Enttäuschung auslösen wird. Der Schluß dieser Zeitschrift lautet bekanntlich:

„Wer die amerikanischen Zustände mit freischem Blick anschaut, der wird in dem Lande alles andere als ein Arbeiterparadies erkennen. Man könnte eher sagen, was Karl Marx von Belgien sagte: Amerika ist das Paradies der Kapitalisten und die Hölle der Arbeiter. Es ist bezeichnend, daß hier viele Arbeiter davon reden, nach dem Kriege wieder nach Europa zu gehen. Vielleicht ist diese Idee noch gescheiter als die des Auswanderns nach Amerika.“

Nach den Folgerungen, die aus den Kummerschen Aufsätzen gezogen wurden, muß diese Zeitschrift erst recht verurteilt und für unsere Arbeiterbewegung als schädlich erklärt werden. Vielleicht aber entgeht der Vorwärts einer Verurteilung, weil er als ein „tabulae“ Blatt gilt.

Ich komme nun zu dem Vorwurf im Düsseldorf Antrag, daß die Metallarbeiter-Zeitung bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sozialdemokratischen Partei eine reserviertere Haltung einnehmen und nicht durch persönliche Anempfehlungen Konflikte zum Schaden der Arbeiterklasse heraufbeschwören soll, wie es in Nr. 7/1915 geschehen sei. Damit werden die Dinge einfach auf den Kopf gestellt! Wo wir sollen einen Konflikt heraufbeschwören haben! Haben wir etwa Beschlüsse einer Körperschaft der Partei zu durchkreuzen versucht? Wir hätten! Wir haben nur die Handlung dessen kritisiert, der einen Konflikt hervorgerufen hat. Dafür nehmen wir das Recht in Anspruch, ja, wir erachten es als unsere Pflicht, zu solchen Disziplinlosigkeiten, wie sie begangen wurden, unsere Meinung zu sagen. Das ist notwendig wegen der Arbeiterklasse. Der Betreffende hat sich nicht nur der Disziplinlosigkeit schuldig gemacht durch sein Handeln im Parlament, er hat auch außer-

halb zum Schaden der ganzen Arbeiterbewegung gehandelt. Er reiste schon im August und September im Inland und im Ausland herum, um gegen die Reichstagsfraktion einen Sturm zu entfachen. In Stuttgart merkten wir seine Spuren sehr deutlich. Disziplinlosigkeiten sind doppelt verwerflich bei einem Manne, der vor wenigen Jahren sich rühmte, die Disziplin mit der Muttermilch eingesogen zu haben. Um solche Disziplinlosigkeiten wie die in Rede stehenden nicht mehr in der Metallarbeiter-Zeitung an den Pranger stellen zu können, soll es nach den Anträgen von Leipzig und Pries unter- sagt werden, innere Parteifragen zu behandeln.

Bei der Beratung des Antrags Leipzig über die Besichtigung der Parteischule meinte Rückert, daß wohl kaum die Liebe zur Bildung die Leipziger veranlaßt hat, ihren Antrag zu stellen. Umgekehrt will ich glauben, daß der Antrag 23 nur durch die Liebe zur Metallarbeiter-Zeitung veranlaßt ist. (Weiterkeit.) Wenn das überhaupt durchführbar sein sollte was verlangt wird, dann wäre auch genau festzustellen, was innere Parteifragen sind. Die Abstimmung der Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten ist keine innere Parteifrage. Sie geht nicht die Partei allein, sondern die ganze Arbeiterschaft, nicht zuletzt die Gewerkschaften an. Ja, sie geht das ganze deutsche Volk an! Wenn wir uns mit öffentlichen Angelegenheiten, mit Fragen, die im Reichstag verhandelt werden, überhaupt beschäftigen dürfen, dann darf die Kritik an Handlungen einzelner Abgeordneter auch nicht unterbunden werden. Wozu es führen würde, wenn derartige unüberlegte — eine andere Bezeichnung wäre richtiger — Anträge angenommen würden, erhellt daraus: Ist es eine innere Parteifrage, wenn in der Metallarbeiter-Zeitung zur Wahl von sozialdemokratischen Abgeordneten zum Reichstag, zu den Landtagen aufgefordert wird? Nächstes Jahr haben wir vielleicht Reichstagswahl, was sollen wir dann machen? Dürfen wir auch ferner für eine Änderung des Wahlrechtes zum preussischen Landtag eintreten und dazu unsere eigene Meinung sagen? Es könnte auch einmal der Fall eintreten, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter im Reichstag eine Angelegenheit unrichtig behandelt, die uns Metallarbeiter ganz besonders angeht. Soll da auch die Kritik schweigen müssen? Und so könnte ich noch Dutzende von Fragen stellen. Doch wozu noch weitere Worte! Die Sache ist einfach: wenn in der Metallarbeiter-Zeitung alles nach dem Sinn der Antragsteller behandelt würde, dann wäre diese wirkliche Einseitigkeit ganz recht, sie wäre sogar noch ein Vorzug.

Nun ist in den letzten Tagen etwas merkwürdiges geschehen. Es wurde uns ein Aufruf mit dem Ersuchen um Abdruck zugesandt, von dem Sie gewiß alle schon gehört haben, den Sie aber nicht alle kennen. Unter dem Aufruf stehen auch die Namen von Redakteuren des Vorwärts und der Leipziger Volkszeitung. Diese beiden Blätter brachten aber statt des Aufrufs nur die Bemerkung, daß ihnen der Aufruf zugegangen sei, sie könnten ihn aber aus den bekannten Gründen nicht bringen. Aber allen anderen Partei- und Gewerkschaftsblättern mutete man zu, ihn abzubringen! Ich habe den Aufruf hier; unter ihm steht auch der Name eines unserer Leipziger Verbandsdelegierten, die der Metallarbeiter-Zeitung einen Maulkorb anhängen möchten. Der Aufruf behandelt aber gerade die Streikfragen, die zurzeit die Genossen in große Erregung versetzen. Die Unterzeichner des Aufrufs gehören zur selben Richtung, die der Metallarbeiter-Zeitung das Recht der Kritik nehmen will. Wenn man also einen Beweis dafür haben will, daß man mit den Anträgen nur eine bestimmte Richtung treffen will, so ist er damit geliefert.

Der Vorwurf der Einseitigkeit gegen die Metallarbeiter-Zeitung ist auch in verschiedenen Versammlungen erhoben worden. In einer dieser Versammlungen wurde Protest erhoben gegen die Art, wie die Redaktion zu den Gegenständen in der sozialdemokratischen Partei Stellung genommen habe. Diesen Protest suchte man damit zu stillen: Die Haltung der Zeitung sei einseitig; während sie nämlich „gegen Handlungen der Linken in schärfster Weise polemisierte, erwähnte sie die schweren Fehler, die von rechtsstehender Seite begangen worden seien, mit keinem Wort“. Besonders wurden dann die Aufsätze von Kummer und ein Mundschauartikel in Nr. 13 erwähnt.

In bezug auf unsere Stellung zu den Gegenständen in der sozialdemokratischen Partei haben wir dagegen zu erklären: Für uns hat es nie eine „Linke“ und eine „Rechte“ gegeben, von denen die eine gefördert, die andere bekämpft werden mußte. Wir haben getreu unserer Pflicht den politischen Dingen sowie unsere Aufmerksamkeit zugewandt, wie sie für unsere eigene gewerkschaftliche Bewegung von Bedeutung ist und haben keinen Schritt über diese Grenzen hinaus getan. Auch in dieser Kriegszeit ist es uns nicht eingefallen, in dem Kampf der Geister Partei zu ergreifen. Wir haben vielmehr nur aus völliger Überzeugung die Haltung der großen Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gebilligt und vertreten, die der kleinen Minderheit aber zurückgewiesen. Mit der alten Aufschreibung für Rechte und Linke kommt man aber bei Kennzeichnung der Mehrheit und Minderheit in der sozialdemokratischen Partei jetzt nicht aus. In der Mehrheit gehören viele, die sich bisher und vielleicht auch in Zukunft zu den entschiedensten Vertretern der Linken zählten, und die Minderheit umfaßt außer Liebknecht, Herzfeld, Heule und einigen andern auch — Eduard Bernstein.

Müssen wir also den Vorwurf, daß wir die Linke bekämpft, die Rechte aber begünstigt hätten, in dieser Form entschieden ablehnen, so müssen wir ebenso nachdrücklich auf dem Boden unserer Pflicht beharren, die allein dem gewerkschaftlichen Besten dienende Politik der Mehrheit der Reichstagsfraktion zu unterstützen. Das geschieht nicht um der schönen Augen der einen willen und deshalb, weil uns die Pfaffen der andern nicht geisteln, sondern aus der klaren Erkenntnis des tatsächlichen Notwendigen. Wenn wir die Politik der in sich auch wieder mannigfaltig gespaltenen Minderheit für richtig und für unsere Gewerkschaftsbewegung ersprießlich halten könnten, dann würden wir sie mit derselben Kraft vertreten, mit der wir immer wissen und frei unsere Meinung gesagt haben.

Über die tatsächliche Richtigkeit der Mehrheitspolitik vom 4. August 1914 und der diesem Tage folgenden Zeit kann aber unter überzeugten Gewerkschaften kein Streit sein. Bisher hat noch kein Vertreter der Minderheit ungewandelt gesagt, wie sich nach seiner Meinung die Entwicklung der Dinge für unsere Gewerkschaften, für die sozialdemokratische Partei und für unser ganzes Land gestalten haben würde, wenn das Zahlenverhältnis und die Abstimmung umgekehrt gewesen wären. Meinungsverschiedenheiten können natürlich darüber herrschen, wie sich die politischen Zustände nach Friedensschluß weiterentwickeln werden. Da mag der eine zuversichtlicher als der andere urteilen, der eine mehr Licht, der andere mehr Schatten sehen. Aber bei den Erörterungen darüber sollte auch die strengste Sachlichkeit unsere Richtschnur bilden. Deshalb ist es nicht recht, daß man in der betreffenden Versammlung die Dinge so dar- gestellt hat, als ob in den Spalten der Metallarbeiter-Zeitung die Zukunft „in Butter und Honig“ ausgemalt worden wäre. Das ist niemals geschehen, auch nicht in dem Mundschauartikel der Nr. 13, der sich auf dem Boden der Tatsachen hält. Man lese ihn nur un- befangen. Der Artikel lehnt allerdings das Verfahren derer ab, die die höchste Weisheit in der wiederholten Betätigung sehen, es werde sich gar nichts ändern. Diese kleinmütige und aus psycho- logischen Gründen unseren Gegnern sicherlich äußerst un- genehme Haltung mit dem Hinweis auf das Benehmen einzelner Gruppen von Industriellen zu rechtfertigen, läßt auf eine in unseren Kreisen doch sonst immer bekämpfte Neigung schließen, aus einzelnen Erfahrungen allgemeine Schlüsse zu ziehen. Weber die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung noch einer ihrer Mitarbeiter steht auf dem lächerlichen Standpunkt, als ob nach dem Kriege die Gewerkschaftsbewegung sojuzugewandelt wäre, weil den Arbeitern von selbst alles in den Schopf falle, was sie sich wünschen. Im Gegenteil: wir sind der Meinung, daß auf einer andern und breiteren Grundlage unsere verdoppelten Anstrengungen uns zu viel größeren Erfolgen als bisher führen müssen und werden. Das werden wir aber nicht erreichen, wenn wir der Riesmacherei Vorzugs- leisten, sondern — und darin stimmen wir der in jener Versammlung erlassenen Mahnung freudig zu — wenn wir für den Zusammen-

schluß aller Metallarbeiter und der Arbeiter überhaupt als einzigem Mittel zur Erreichung unserer Ziele tätig sind.

Der Schluß meiner Rede kann nach meinen Ausführungen selbst- verständlich nur dahin ausfallen: Lehnen Sie die in der Vor- lage enthaltenen Anträge ab!

Es wird zu dem Punkte noch folgender Antrag von Heller (Berlin) gestellt:

„Sollte die Generalkommission den Antrag auf Schaffung einer gewerkschaftlichen Berufszeitung ablehnen, wird der Hauptvorstand beauftragt, unsern Verbandsorgan 14tägig eine Frauenbeilage beizufügen.“

Schäfer (Leipzig): Wenn gesagt worden ist, man könne es nicht verstehen, wie Kollegen aus einer Verwaltungsveranstaltung die Besichtigung der Parteischule verlangen und andererseits wünschen, daß innere Parteifragen nicht im Verbandsorgan behandelt werden, so sehen wir darin keinen Widerspruch. Mit einem gleichlautenden Antrag hat sich bereits die Generalversammlung in Breslau beschäftigt. Es war der Antrag 58: „Ausgehend von der Erwägung, daß die Regelung von Parteidifferenzen und Streitigkeiten innerhalb des Rahmens der politischen Organisation und deren Organen ihre Regelung finden muß, wird die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung ersucht, in Zukunft eine Behandlung von inneren Parteidifferenzen, wie sie im besonderen anlässlich der Stuttgarter Parteidifferenzen in den letzten Jahren in unserm Verbandsorgan erfolgte, zu unter- lassen.“ Dieser Antrag ist in Breslau mit überwältigender Mehrheit angenommen worden, aber die Redaktion hat sich danach nicht gerichtet. Im Nr. 7 der Metallarbeiter-Zeitung hat man zum Beispiel den Fall Liebknecht, auch eine innere Parteifrage, behandelt. Wir wiederholen: Solche inneren Parteifragen gehören nicht in ein Gewerkschaftsblatt. Wir schließen uns da der Mehrheit des Breslauer Verbandstages an und müssen verlangen, daß Verbands- tagsbeschlüsse auch für die Redaktion maßgebend sind. Zum min- desten muß die Redaktion versuchen, im Interesse der Arbeiterbewegung vermittelnd zu wirken, wenn sie sich auch nicht ganz abseits ihrer gewaltigen Vorgänge stellt. Unverständlich war es uns in Leipzig, wie die Redaktion den Spectatorartikel in Nr. 3 ohne Nummerung aufnehmen konnte. Der Kritikkritiker berichtet, daß er auch Leipzig besucht und überall Begeisterung für den Krieg wahrgenommen hat. Das heißt in freierem Wortlaut: Er hat den Krieg begrüßt. Wir haben in Leipzig, soweit organisierte Arbeiter in Frage kommen, nichts von einem chauvinistischen Lärmelöcher hören können. In einer großen Anzahl von Feldpostbriefen haben es die Kollegen als Beleidigung hingestellt, daß sie in so kurzer Zeit umgekehrt haben sollten, wie man es ihnen in diesem Spectatorartikel angebilligt hat. — Dann der Artikel in Nr. 5: „Wie ausländische Kollegen über den Krieg denken.“ Wir können der Redaktion nicht vorwerfen, mit wem sie korrespondiert, jeder hat das Recht, Privatbriefe zu schreiben. Aber wenn ich einen Privatbrief für so wichtig halte, daß ich ihn in dem mir anvertrauten Organ veröffentlichen, dann hört damit der private Charakter des Briefes auf. Was bezweckt man mit diesen zwei Stimmen aus dem Ausland? Man wollte doch den Kollegen sagen, so denkt das Ausland über die Ursachen des Krieges. Da sollte man doch etwas unparteiischer sein. Die Anmerkung der Redaktion in Nr. 7 zur Liebknecht-Geschichte schließt mit den Worten: „Sie verfügen über weiter nichts, als über ein recht leistungsfähiges Mundwerk.“ Es mag sein, daß die Kollegen ein gutes Mundwerk besitzen, aber wenn man einige Jahre vorher geschrieben hat, daß derselbe Liebknecht sich unerbittliche Verdienste um die Arbeiterbewegung errungen hat (Aufruf: Der Vater!), — ich erinnere an den Fall Krupp (Aachen), so darf man jetzt behaupten, er sei ein Idiot in der Arbeiterbewegung, er schädliche sie. Das trägt nicht zur Erziehung der Kollegen bei. In Nr. 13, wo es sich um die Bewilligung der Kriegskredite handelt, heißt es dann, man kann sich nicht auf formalistische Buchstaben gläubigkeit stützen. Als wir auf dem außerordentlichen Verbandstag in Berlin darauf hinwiesen, wir müßten damit rechnen, daß das Statut durchbrochen werden könne, da erklärte Schilde, dann brauchen wir ja gar kein Statut, gar keine Gesetze. Mit demselben Recht sagen wir, auch die Parteigesetze werden gemacht, daß sie gehalten werden. Auf den Kummerschen Artikel will ich nicht eingehen. Darüber urteilt man auch in den Reihen der Kollegen im Schönen- graben anders als die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung. Man darf ja bedauerlicherweise Feldpostbriefe nicht veröffentlichen. Ich kann Ihnen aber verraten, daß wir eine ungeheure Anzahl Feldpost- briefe erhalten, worin die Kollegen sich gegen die Stellungnahme der Metallarbeiter-Zeitung verwahren. Wenn man sagt, dieser Krieg muß durchgehalten werden, wie das in einem Briefe Quitts an einen Leipziger Kollegen geschehen ist, so strafen doch die Tatsachen die Redaktion Lügen. Ich erinnere an die Haltung der Kollegen im Schönengraben während der Weihnachtstage. Man hat Feld- postbriefe abgedruckt, aber es sind auch Briefe aus dem Schönen- graben gekommen, die eine andere Meinung vertreten haben, und die gesagt ohne weiteres zu, daß man nicht alles hat abdrucken können wegen der 3. Nr., daß scharfe Ausdrücke herausgelassen werden mußten. Aber man hätte den guten Willen haben müssen. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Vorhöfger (Stuttgart): Es ist immerhin erfreulich, daß die Leipziger die Dämpfung noch nicht aufgegeben haben, daß die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung noch etwas lernen kann. Andere Leute glauben, daß es Personen gibt, die nichts lernen, aber alles vergessen. (Weiterkeit.) Die Anträge, die zum Verbandsorgan vorliegen, muten eigentlich ganz komisch an. Sie kommen alle von einer Seite, die das Wort Freiheit in ganz prononziertem Maße stets im Munde führt, die aber alles unterdrücken will, was irgendwie gegen ihre Ansichten verstoßt. (Sehr gut.) Das ist doch eine ganz komische Freiheit, wenn nur das als Freiheit anerkannt wird, was einem in seinem Kram paßt, jede andere Meinung aber unterdrücken will, schlimmer als der Wohlhabensmenschen Feindzeit in Paris. So ver- stehen wir die Freiheit denn doch nicht. (Zuruf: Umgekehrt ist es!) Die Beweise haben wir, bis zu schlagenden Gründen wurden sie bei uns in Stuttgart gelebt. (Weiterkeit.) Ist denn Leipzig schöner als Stuttgart? Auf dem Gebiete sicher nicht. Wenn man nun gegen die Artikel von Kummer zu Felde zieht, so glaube ich, ist hier schon eine Wendung zum Besseren eingetreten. Kummer scheint selbst von der ihn erfüllenden Schlechtlichkeit durchdrungen zu sein, denn seit sechs Monaten genießt er schon in Leipzig rechtlichen Unterricht, da er sein Domizil dorthin verlegt hat. Das Milieu wird schon auf ihn abfärben und schließlich wird er auch noch einmal ungenehmbar. (Große Weiterkeit.) Der Antrag von Göttingen ist auch ganz nett, aber ich glaube, die Kollegen, die ihn gestellt haben, seien herzlich wenig andere Zeitungen, worin sie sich informieren können über das, was wirklich ist, genau so wenig wie die Düsseldorf, wenn sie sagen, die Metallarbeiter-Zeitung solle den internationalen Charakter des Proletariats mehr berücksichtigen. Ich würde viel lieber hören, man würde sagen, die Internationale solle weniger vergessen, was aus den internationalen Kongressen gesprochen worden ist. (Sehr richtig!) Die deutsche Arbeiterbewegung hat in der Beziehung ein reines Brautbad. Ob die Betreffenden etwas mehr rechts oder links stehen, ich habe keinen gefunden, der irgendwie in Chauvinismus oder Kriegseigerei macht. Wir alle bedauern das ungeheure Völkermorden, in dem Hunderttausende deutscher und auch andere Familien- väter verbluten oder als Krüppel zurückkommen. Aber nehmen Sie zu den Leuten, die auf Duzenden von Kongressen sich nicht genug tun konnten im Rahmen von Resolutionen gegen den Krieg, welche Stellung sie jetzt einnehmen. Zu bedenken ist, daß der Kampf gegen den deutschen Militarismus, von dem sie immer sprechen, nur auf Kosten der deutschen Arbeiter stattfinden kann. Das ist doch eine ganz eigenartige Unterlassung, deren die Syndonien, Burgen und wie sie alle heißen, sich schuldig machen. Wo finden Sie denn die gleichen Leute in Deutschland? Wäre es nicht mehr als Vogel-Strauß- politik, an allen diesen Dingen stillschweigend vorüberzugehen? Es ist unsere Pflicht, den Finger darauf zu legen und zu zeigen, wo etwas krank ist. Wir brauchen uns dessen gar nicht zu scheuen. Wir Deutsche sind bisher in der großen Internationale immer noch die ziemlich gutmütigen deutschen Mische gewesen (Sehr richtig!), die all ihre Beschüsse und ihre Worte davon abhängig machten: Was sagt der Franzose, was sagt der Engländer, der Russe oder der Amerikaner dazu? Die anderen waren etwas weniger befeiden

und ich glaube, es jähnet gar nichts, wenn wir auch einmal die eine oder andere Sache von unserm rein deutschen Standpunkt betrachten. (Bravo!) Nun wir das, dann kann ich das, was Schärer sagte, nicht unterschreiben. Wie stellen Sie sich denn das Los der deutschen Arbeiterbewegung vor, wenn Deutschland in diesem Kriege nicht durchhalten kann — vom Durchhalten wollen will ich gar nicht reden —, wenn uns unglücklichweise der Fuß auf den Nacken gelegt würde von all den guten Freunden, die auf uns einhaben? Wo meinst du denn dann, lieber Schärer, soll all das hinstimmen, was die deutsche Arbeiterbewegung in 30, 40 Jahren mühsam erungen hat? (Sehr gut!) Glaubst du, daß die Unternehmer dann noch liebenswürdiger gegen uns werden als sie jetzt schon sind? Ich glaube, wir würden wohl eine bitterböse Feste zu begehren haben. So wenig wir wünschen, daß Deutschland die anderen so niederfährt, daß sie sich nicht mehr rühren können, noch viel weniger wünschen wir, daß Deutschland unterliegt, weil wir die Kosten zahlen müssten. Unsere Ansicht haben wir in unserm Geschäftsbericht als Einleitung niedergelegt. Auch Kollege Schumann wird daran nichts zu kritisieren finden. Aber es ist nicht nötig, daß wir in Deutschland alles mögliche machen, was im Ausland gegen uns gemündigt werden kann und unsere Stellung schwächt. Man muß da sehr vorsichtig sein. So hat zum Beispiel ein Pforzheimer Kollege in ganz guter Meinung einen Artikel in der Metallarbeiter-Zeitung und auch im Pforzheimer Parteiblatt veröffentlicht, worin er die Pforzheimer Verhältnisse während des Krieges ein wenig schildert. Ein paar Tage darauf stimmte die Pariser Presse schon ein großes Hallelujageschrei darüber an, daß sich die Pforzheimer Industrie endlich einmal auf dem Wege zur Vernichtung befindet, daß das Ausland also für die Zukunft triumphieren könne. Wo aus allem wird Kapital geschlagen. Wir haben wirklich keinen Grund, unseren Gegnern fortwährend Material zu verschaffen. — Von Leipzig wird gewünscht, wir sollen uns mit Parteigeschichten nicht befassen. Es wurde schon gesagt, in welchem Widerspruch das steht mit einem Antrag, den wir vorher behandelt haben. Wir sollen doch auch für Aufklärung sorgen. Wir sollen die Kollegen erziehen, politisch zu denken und zu handeln, und die Zehntausende von Metallarbeitern, die in kleinen Provinzorten arbeiten, sollen durch ihr Verbandsorgan nicht einmal über politisch wichtige Vorkommnisse unterrichtet werden?! Das wäre doch eigenartig. Da braucht man sich noch lange nicht in den Parteigeschichten hineinzumischen, wo es manchmal stinkt, und der gewiß keiner ehrlichen Sozialdemokraten gefällt. Also, es ist unbedingt notwendig, unsere Leute dahin zu erziehen, daß sie nicht politisch interesselos werden. Das wäre die Folge, wenn wir diese Anträge annehmen. Wir brauchen unserer Zeitung keinen Maulkorb umzuhängen. Hat Schärm im Laufe der zweijährigen Tätigkeit in der Zeitung einmal eine Dummheit gemacht, so waschen wir ihm den Kopf. Aber dafür einen Maulkorb für die Presse zu schaffen, sollte sich der Deutsche Metallarbeiter-Verband behalten. Die Presse soll so schreiben, wie es die Redaktion glaubt verantworten zu können. Was bisher vor, genügt auch für die Zukunft. Ein Maulkorbgesetz in einer demokratischen freiheitlichen Organisation würde schändend auf uns zurückfallen. (Bravo!)

Hauschofer (Harburg): Die Schreibweise unseres Verbandsorgans hat sehr viele Mitglieder vor den Kopf gestoßen. Besonders mit den Artikeln Kummer's kann ich mich nicht einverstanden erklären. Schärm meinte, daß in unserer Organisation die Demokratie vorherrschend sein soll. Gewiß, aber die Demokratie darf nicht zur Phrase werden. Wir können doch nicht in unserer Zeitung Artikel erscheinen lassen, die vielleicht in eine Arbeitgeberzeitung hineingehören. Wenn man behauptet, was vor dem Kriege für Vorkommnisse gegenüber England stattgefunden haben und heute die Artikel Kummer's und andere liest, so weiß man überhaupt nicht mehr, was man eigentlich glauben soll. Dann sagte Schärm, man habe gegen die früheren Artikel Kummer's keine Proteste eingelegt. Ja man hat eben angenommen, daß das, was in unserer Zeitung geschrieben wird, auf Wahrheit beruht. Wer Kummer's frühere Artikel kennt und seine jetzigen liest, muß dem zustimmen, was der Proletarier schreibt: „Es ist für manchen ein Kummer, wie dieser Kummer sich verändert hat...“ Es ist bei uns ja nicht der erste, der von einem Extrem ins andere fällt. Dafür ist mir doch der Platz in unserm Verbandsorgan zu heilig, um solchen Kollegen die Spalten zu öffnen. Wenn man nichts anderes zu schreiben hat, als die Dienste der Arbeitgeber zu besorgen, sollte man lieber den Mund halten. Ein Direktor hat mit dem Verbandsorgan in der Hand zu Kollegen gesagt: Lesen Sie doch das, bedenken Sie, hier in Deutschland haben wir die allerbesten Verhältnisse! Ich habe den Kollegen gesagt, sie hätten dem Direktor ruhig antworten sollen: Es ist leider zu bedauern, daß wir in unseren Reihen Kollegen haben, die ihre Ideale für schändlichen Sold verkaufen. (Schärm: Was soll denn das bedeuten? Wer ist damit gemeint?) Der, der solche Artikel schreibt, der jetzt gerade das Gegenteil schreibt von dem, was er früher geschrieben hat. Wer das Buch von Kummer von früher gelesen hat und heute die Artikel liest, muß sagen, daß das eine völlige Gesinnungsänderung ist. Ich kann mich nur dem Antrag Leipzig anschließen, daß eine Änderung herbeigeführt wird.

Ufermann (Düsseldorf): Die Metallarbeiter-Zeitung war früher und in ihrem gewerkschaftlichen Teil auch heute noch eines der bestredigierten Gewerkschaftsblätter. Fast alle, die hier anwesend sind, werden an den Briefen der Metallarbeiter-Zeitung die erste Kritik der gewerkschaftlichen Erziehung genossen haben. Aber während des Krieges sind, wie die Anträge beweisen, scharfe Proteste gegen die Metallarbeiter-Zeitung gekommen. In Nr. 1 wird in einem Artikel „An der Jahresversammlung“ ein Brief abgedruckt aus dem Jahre 1914 gegeben und natürlich auch auf den Krieg Bezug genommen. Hier finden sich Bemerkungen, die fast wörtlich mit Bemerkungen von Schärpacher-Zeitungen à la Pöschel und Äußerungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller übereinstimmen. Man wird vielleicht sagen, mit dem, was wir schreiben, meinen wir etwas ganz anderes, als was die Gegner meinen. (Zuruf: Selbstverständlich!) Aber wenn fast wörtlich dasselbe gesagt ist, so können wir Arbeiter, die das schärfere Begriffsvermögen des Schriftleiters der Metallarbeiter-Zeitung nicht haben, zu der Überzeugung kommen, daß diese Artikel auf den Lor der Schärpacher gestimmt sind. — In Nr. 3 ist dann ein Artikel aus dem Korrespondenzblatt an erster Stelle genommen. Ich nehme an, daß die Redaktion sich mit dem Inhalt völlig einverstanden erklärt. Es heißt da: „Der Feind sollte sein durch innere Streit zerfallen. Deutschland vor sich sehen, sondern ein Volk von Brüdern, das sich in der Stunde der Not und Gefahr nicht trennt noch zerfällt.“ Wir müssen alle, daß wir auch in Zukunft noch jährliche Kämpfe gegen das deutsche Unternehmertum zu führen haben werden. Daß ich diese Leute als Brüder betrachten soll, das sehe ich denn doch nicht ein. Sieber erklärt ich die ausländischen organisierten Arbeiter als meine Brüder als die deutschen Großkapitalisten. Am Schluß des Artikels des Korrespondenzblatts heißt es dann: „Ihrer allen, die die Erde der Heimat und des fremden Landes kündigt, haben wir zu danken für die Opfer ihres Lebens, nicht wider den Zweck der Unterwerfung des Landes für die Feinde, die sie uns widerumgenen wollten.“ Die Sprache dieses Krieges werden sie und immer der Arbeiterklasse zugute kommen, das kann nur keiner planlos machen. Wenn man die Eingaben der Schärpacher liest, die systematische Fälschung ihrer Briefe, was die von der Regierung verlangt, welche falsche Hoffnungen die Arbeiterklasse an den Krieg knüpfen, so muß man der reinen Überzeugung sein, daß die Sprache dieses Krieges den Landvolk ein großes Repas in den Schoß fallen. Wo die Worte des Reichstages in Erfüllung gehen werden, ob politische Freiheit in Deutschland für die Arbeiterklasse erreicht werden wird, darüber will ich mich jetzt nicht aussprechen. — Schärm ist hier sehr verständlich angekommen worden. Ich habe sein Buch gelesen und lasse sagen: mit Dingen. Am Schluß macht er dort einige sehr scharfe Bemerkungen darüber, wie er wieder nach Deutschland kam und mit dem Reichsrat und dem Reichstag hier im Lande herumgelaufen würde und er sich nach dem Lande der wirtschaftlichen Freiheit sehnt. Er hat der internationalen Arbeiterbewegung allezeit zu verdanken und ich kann nicht verstehen, was er in seinem Artikel teilweise die ausländische Arbeiterbewegung herunterreden sucht. Dann muß ich mich noch gegen die kleinen Notizen in der Metallarbeiter-Zeitung wenden, worin zum Beispiel vom belgischen Volk als einem

dreieigen Volk geredet ist. Nachher mußte man eine Berichtigung aufnehmen. Unser Verbandsorgan sollte doch auf die internationale Arbeiterbewegung mehr Rücksicht nehmen.

Reichle (Göppingen): Auch wir sind mit der Schreibweise des Verbandsorgans während des Krieges nicht einverstanden. Die Redaktion hat sich ja bemüht, sich einen besonders guten Rechtsbeistand beizulegen in der Person des Kollegen Vorhöfzer. (Zuruf: Dafür können wir doch nicht!) Wir haben ihn doch nicht bestellt! Jedenfalls hat er es großartig verstanden, die Redaktion herauszureißen. (Zuruf: Das ist sein gutes Recht!) Wir haben schon gehört, daß Einigkeit und Geschlossenheit uns jetzt am allermeisten nottut. Das sollte auch in der Presse seinen Ausdruck finden. Es sollte darin alles Berlebende vermieden werden. Wir in Göppingen haben es unliebsam empfunden, daß in Nr. 52 in der Rundschau auf die früheren Verhältnisse, die jetzt überwunden sind, wieder zurückgekommen wurde. Solche Bemerkungen sind nicht dazu angetan, den Frieden und die Einigkeit unter den Kollegen zu wahren. Kummer wird jetzt unter dem Einfluß der Leipziger schon etwas für die Zukunft lernen. Die Artikel der Arbeitgeber-Zeitung über das Kriegsziel hätten von unserm Verbandsorgan mehr unter die Lupe genommen werden müssen. Die Parteigegegenstände sollte man nicht in das Gewerkschaftsleben hineintragen. Ich will nicht sagen, daß unser Verbandsorgan auf nichts Bezug nehmen soll, was in der Politik vorgeht, aber es sollte nicht nur eine bestimmte Richtung zum Ausdruck kommen.

Weber (Frankfurt a. M.): Auch die Frankfurter Kollegen schließen sich in ihrer überzogenen Mehrheit der Kritik der Vorredner an. Ich stimme den Vorträgen zu, daß unsere Zeitung sich in innere Parteifragen nicht hineinzumischen darf. Die Art, wie manchmal mit Gewissen in unserm Blatt umgesprungen wird, kann auf unsere Kollegen in den Verbständen nicht gut wirken. Ich erinnere nur an den Fall Liebnacht. Mit den Artikeln Kummer's, die uns früher erwehnt haben, waren wir in der letzten Zeit auch nicht zufrieden. Sollte er sich besser, so werden wir uns freuen. Mit dem Antrag Duisburg bin ich nicht einverstanden. Mit internationalen und volkswirtschaftlichen Fragen muß sich unser Blatt auch während des Krieges befassen, nur nicht mit Parteifragen. Wir haben keinen Grund, den bedauerlichen Konflikt in der Partei noch zu verschärfen, wo das zum Beispiel durch die Haltung der Redaktion gegenüber Liebnacht geschieht. Wir müssen dafür sorgen, daß wir auch am Ende des Krieges noch als geschlossene Masse zusammenstehen, um uns in der bevorstehenden Kämpfe wehren zu können. Wenn die Redaktion heute verpflichtet ist, sich zu bessern, werden wir das begrüßen.

Steinbock (Essen): Auch in Essen hat sich eine Generalversammlung mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung befaßt. Die Sache wurde an die Vertrauensmännerprüfung verwiesen und diese nahm gegen zwei oder drei Stimmen eine Resolution an (Kleber verliest sie), die sich fast wörtlich deckt mit dem Antrag Düsseldorf, um dessen Annahme ich bitte, weil darin alles gesagt ist, was gesagt werden muß. Die Bemerkung, daß die Verbandszeitung mehr den internationalen Charakter respektieren solle, trifft besonders auf die Kummer'schen Artikel zu. Die inneren Parteizwistigkeiten dürfen uns nicht kümmern, es ist erforderlich zu verzeihen, wenn ein Gewerkschaftsblatt für die eine oder die andere Richtung Stellung nimmt.

Marburger (Wormen): Schärm meinte, die sachlichen Zuschriften von Kollegen würde er gern veröffentlichen. Auch auf diesem Gebiet haben wir schon Erfahrungen hinter uns. Er sagte weiter, Kritik wäre ihm sehr lieb. Aber wie heute Kritik möglich ist, das wissen wir doch alle. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß Haack und andere auf dem Standpunkt stehen: Was kann von Nazareth Gutes kommen, sobald es sich um Anträge aus Leipzig oder auch aus Göppingen handelt. Es ist auf die Majorität hingewiesen und gesagt worden: Das war nicht die Majorität der Mitglieder, sondern nur die Majorität der Versammlung. Aber die, die nicht in die Versammlung kommen und am inneren Verbandsleben kein Interesse haben, nehme ich aus, auch sonst fragt man ja nur nach der Majorität in der Versammlung. (Sehr gut!) Es ist auch nicht richtig, daß die Kollegen nur künstlich erregt werden, gerade unter den Kollegen in den Fabriken herrscht die Erregung. (Sehr richtig!) Ich erinnere Sie an den Feldpostbrief, den die Malerzeitung veröffentlicht hat, worin der Schreiber seiner Freude Ausdruck gibt, daß die Malerzeitung noch nicht in das Jahresschiff der Metallarbeiter-Zeitung geraten ist. Schärm sagt, wir sollten die Zeitung mit Zuschriften beehren. Nun, wir wissen doch, wie es ist, ein Zeitungsmanuskript behält in seiner Zeitung immer recht. (Heiterkeit!) Ich erinnere nur an den Bericht über die Jenaer Mitgliederversammlung über die Angriffe gegen Liebnacht, wo die Redaktion am Schluß den Jenaer Kollegen rät, sie sollten sich an die Adresse von Liebnacht wenden und ihn rufen. Das ist Aufgabe der Partei.

Schumann (Leipzig): Ich bedaure, daß wir bei diesem Punkte keine unmittelbare Redezeit haben, denn die Kritik an der Metallarbeiter-Zeitung beschäftigt uns ja nicht erst seit gestern und heute, sondern schon auf einer ganzen Reihe von Verbandsstagen. Die Anträge haben wir über die einseitige Haltung unseres Organs zu fassen. Die Haltung von Liebnacht ist auch von Gegnern als mautvoll anerkannt, jedenfalls war sie viel mutvoller als die Haltung derer, die mit dem Strom geschwommen sind und für ihr Verhalten keine Rechenschaft abgeben konnten. Die Haltung unseres Organs steht im starken Gegensatz zu den Ausfahrungen, die am ersten Tage vom Vorstand bei Begrüßung der ausländischen Delegierten gemacht sind. Da ist gesagt worden, die Internationale habe nur vorübergehend eine kleine Störung erfahren, aber jetzt und auch nach dem Kriege würden die internationalen Verbindungen wieder aufracht erhalten. Aber wie sieht es in der Metallarbeiter-Zeitung aus? Fast jede Nummer bringt gebällige Ausfahrungen und Angriffe sogar aus bürgerlichen Zeitungen, und uns gegen unsere ausländischen Freunde angewandt. Es ist doch bekannt, daß heute alle Nachrichten durch Wolff's Telegraphenbureau gehen, das in Händen der Regierung ist. Die Nachrichten werden also, wie das kürzlich Professor Wächter in Leipzig in einem Vortrag betont hat, so angeordnet, wie sie im Interesse des Staates liegen, und die Leser der Parteipresse werden amtlich informiert, nicht aber so, wie wir es wünschen, und aus dem Grunde muß man besonderes Gewicht darauf legen, daß wenigstens die Ausfahrungen, die nicht der Zensur unterliegen, von solchen Tendenz frei sind. Es ist bedauerlich, daß die Metallarbeiter-Zeitung besonders in der Antriebs „Rundschau“ eine Tendenz hat, wie wir sie sonst nur in der niedrigsten Klatschpresse finden. Sehen Sie sich den Artikel in Nr. 24 an, der sich auf die italienische Regierung bezieht, worin von einer Schullosigkeit der Westpolitiker und ihres meinelidigen Königs die Rede ist. Weiter spricht der Artikel von der Füglosigkeit der italienischen Presse. Ich etwa bei uns die bürgerliche Presse gegügelt gewesen? Wir wissen doch, wie die bürgerliche Presse in den Tagen von Sarajewo bis zum 4. August gehet hat. (Sehr richtig!) Soll ich weiter erinnern an den Artikel „Kriegsminister“ in Nr. 18, wo England als der böse Feind hingestellt wird, der den Krieg inszeniert hat? Haben nicht selbst Vorstandsmitglieder früher in Parteiversammlungen nachgewiesen, daß die Kriegsstiftungen zum Kriege führen müssen? Wenn man dann jetzt solche Dinge schreibt, so was das Bewusstsein heraufzurufen.

Vitmann (Hamburg): Ich war erstaunt über die gestrigen Ausfahrungen von Severing. Ich stimme mit Cohen darin überein, daß wir alle, ganz gleich, auf welcher Seite wir stehen, uns vereinigen sollten in dem Bestreben, die Organisation möglichst unberührt durch die Gezeigge hindurchzubringen, die man leider einmal auf politischem Gebiete bezieht. Wir haben was schon recht oft über die Unvollkommenheit der Redaktion zu schreiben, und erst die letzte ordentliche Generalversammlung hat sich genügt gefeiert, ihr eine Zurechtweisung zu erteilen, wenn auch später ein Präsidium darauf gelegt ist. Die Tätigkeit kann man der Redaktion nicht absprechen, aber ganz besonders scheint die möglichst zu vermeiden zu sein, den Widerstand großer Teile der Mitglieder herauszuheben. (Heiterkeit!) Das ist zu vermeiden, solange wir nicht beide Parteien viel zu alt (Heiterkeit!) Es ist aber Tatsache, daß zwei Personen einen großen Teil unserer Zeit in Anspruch nehmen. Es ist verständlich darauf hingewiesen, daß der Verband auch so noch seinen

Kummer hat. (Heiterkeit.) Auf die Artikel von Kummer einzugehen, kann ich mir verheizen, es genügt festzustellen, daß ein so hochreaktionäres Blatt wie die Hamburger Nachrichten mit Vergnügen seinen Artikel abgedruckt und gegen uns vermerkt hat. (Zuruf: Gefäßst hat!) Wir wissen ja, daß das, was die Hamburger Nachrichten über die Arbeiterbewegung schreiben, bisher immer nur das Prädikat „niedriger hängen“ von uns erhalten hat.

Trost (Kiel): Ich glaube nicht, daß es Schärm gelingen ist, die Mißstimmung zu beseitigen. Man darf nicht vergessen, daß die Mißstimmung gerade aus den Reihen der in Arbeit stehenden Kollegen kommt. Es hat einen eigentümlichen Eindruck erweckt, daß gerade Vorhöfzer als erster Redner die Redaktion in Schutz nahm. Unter den heutigen Verhältnissen wird die Metallarbeiter-Zeitung mehr gelesen als sonst, denn die Parteipresse vermag in mancher Beziehung nicht so gut zu bringen, was sie will. Das Recht, sich auch mit Politik zu befassen oder das Recht der freien Meinungsäußerung will ich der Redaktion unter keinen Umständen nehmen, ich werde mich aber ganz entschieden gegen die persönliche Kampfesweise, namentlich im Kampf gegen Liebnacht. Ich will Liebnacht durchaus nicht in Schutz nehmen, aber es war nicht Aufgabe der Gewerkschaftspresse, ihn anzugreifen. Das ist Sache der Partei. Die Einsetzung einer Preiskommission würde die Verhältnisse für uns nicht verbessern, sondern verschlechtern. Heute haben wir Gelegenheit, in jeder Versammlung die Presse Stellung zu nehmen, aber wenn wir uns eine Preiskommission schaffen, dann wird die Redaktion in Zukunft sagen: Das geht uns nichts an, wendet euch an die Preiskommission. Wir würden also nur einen Verschleppungsapparat geschaffen haben.

Koch (Halle): Die Ansichten werden immer auseinandergehen, und ich glaube, auch wenn wir tausendmal zusammenkommen, würden wir stets Kritik üben müssen, denn wenn die Kritik aufhört, so würde das für die Arbeiterzufriedenheit bedeuten, und was das bedeutet, das wissen wir. Als ich die Artikel von Kummer las, sagte ich mir: Donnerwetter, bist du denn bis jetzt belogen worden? Als dann der leitende Redakteur unseres Parteiorgans, das gewiß nicht recht's steht, der Genosse Hennig in Halle uns in einer Sitzung der Funktionäre einen Vortrag über England hielt, da fand ich, daß wir tatsächlich bis jetzt dupiert waren, denn Hennig hat vieles von dem, was Kummer geschrieben hat, auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen in England bestätigt. Ich habe daraus entnommen, daß wir auch von der Partei einseitig unterrichtet worden sind. Der ganze Streit ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß einzelne freie Schriftsteller nichts zu tun haben, sie verbrechen einen Artikel und wenn ein Zipselchen über dem i daran fehlt, dann greift ein anderer das auf und der kriegt seinen Artikel auch wieder bezahlt. (Große Heiterkeit.) Zum Schaden der oberen Zehntausend in der Arbeiterbewegung zerstreuen sich die unteren Massen. Damit, daß die inneren Parteifreitigkeiten unterbleiben sollen, bin ich einverstanden, aber das darf nicht gleichbedeutend sein mit der Unterbindung jeder freien Meinungsäußerung. Ich glaube, die Leipziger wollen auch nicht, daß die Metallarbeiter-Zeitung zu Parteiongenheiten allgemein keine Stellung mehr nimmt, sondern ihr Antrag bezieht sich nur auf innere Parteiongenheiten. Wenn ein moralischer Druck auf die Redakteure ausgeübt werden soll — nun, ich möchte den Redakteur sehen, der gegen seine Überzeugung schreiben könnte! Solche Angelegenheiten können wir in unseren Reihen nicht brauchen, denn das wären Heuchler und die darf es in der Arbeiterbewegung nicht geben. Die Kritik wird immer wieder kommen, die Hauptsache ist, daß sie sachlich bleibt. (Bravo!)

Die Verhandlungen werden um 12 Uhr vertagt.

In der Nachmittagsitzung wird die Erörterung über das Verbandsorgan fortgesetzt.

Zurif: Hauschofer hat dem Kollegen Kummer den Vorwurf gemacht, er hätte seine Gesinnung verkauft. Wir sind gewiß nicht zimperlich und nehmen einen falschen Jungensschlag nicht übel, am wenigsten von einem Kollegen aus der Werkstätte. Aber wenn unsere Gegner eine solche Äußerung erfahren, so wird uns das stets nur die Ohren schmerzen. Ich erwarte, daß Hauschofer diese Äußerung zurücknimmt; wenn nicht, so müssen wir sie auf das schärfste zurückweisen. Dann hat Schärer meinen Brief an Frey geteilt. Der Zweck dieses Briefes war lediglich, zu zeigen, daß wir trotz der furchtbaren Gefahren, die uns drohen, noch ganz unverzagt sind und vor allem auch, daß wir den Äußerungen vom Ausland, daß man uns so große Freiheiten bringen will, ziemlich mißtrauisch gegenüberstehen, daß uns der deutsche Spieß in der Hand immer noch lieber ist als die französische, englische oder gar russische Laube auf dem Dache. Der Brief war auch nicht zur Veröffentlichung bestimmt; erft nachher, als wir einen Brief von einem schweizerischen Kollegen erhielten, auf den wir eine Erwiderung in der Zeitung für notwendig erachteten, haben wir gedacht, es könnte nichts schaden, wenn dieser Brief veröffentlicht wird, nachdem verschiedene andere Gewerkschaftsvorstände an ihre ausländischen Kollegen geschrieben hatten. Es sind ganze 13 Zeilen, die in diesem Briefe Anstoß erregt haben. Wir erhielten dazu eine lange Beschwerde von einem Kollegen. Zu unserer Antwort kam die Stelle vor, daß wir nach unserer Meinung durchhalten müßten, worauf Schärer anspielte. Es wäre zweckmäßiger gewesen, wenn Schärer auch die Fortsetzung mitgeteilt hätte. (Schärer: Die Zeit war zu kurz.) Der betreffende Leipziger Kollege wandte sich in einem ziemlich langen Briefe außerdem noch einmal gegen diese kurze Bemerkung. Darauf habe ich dann dem Leipziger Kollegen geantwortet, wenn er einen besseren Vorschlag hätte, so möchte er ihn machen, die ganze Welt würde ihn dafür segnen. Die Antwort darauf ist der Leipziger Kollege schuldig geblieben. Ufermann hat dann bemängelt, daß wir in unserer Zeitung Redewendungen gebraucht hätten, die auch in Schärpacherblättern stehen könnten. Das wird sich auch in Zukunft nicht ganz vermeiden lassen, denn wir schreiben nun einmal in derselben Sprache. Es kommt nur darauf an, in welchem Zusammenhange das geschrieben ist und von welchen Gesichtspunkten man dabei ausgeht. (Sehr richtig!) Man sollte also mit solchen Behauptungen etwas vorsichtiger sein als Ufermann. Die Bemerkung, daß die Belgier schmutzig seien, war in einem Feldpostbriefe enthalten. Der Schreiber meinte natürlich die Belgier, die er kennen gelernt hatte. Dann bekamen wir von einem andern einen Brief, der entgegengegesetzte Erfahrungen gemacht hatte. Das brachten wir auch, und dann ist das wieder nicht recht. Wie sollen wir es denn machen? (Ufermann: Man soll nichts bringen, was man den andern Tag widerrufen muß!) Es kann auch einmal aus Düsseldorf ein Bericht kommen, der nachher widerlegt wird, allwissend sind wir nicht. Kollege Reichle, von dem ich anerkennen will, daß er so verständlich wie möglich gesprochen hat, hat uns wegen einer Bemerkung, die sich auf Göppingen bezogen haben soll, geladelt. Wir haben aber damit durchaus nichts gegen die Göppinger sagen wollen. Das bezieht auf einem Mißverständnis der Göppinger. Wir wollten lediglich eine Warnung nach Braunshweig richten. — Wer der Annahme der Invokate möchte ich warnen. Wir wären bei ihrer Annahme nicht in der Lage zu erwidern, wenn uns zum Beispiel in der gegnerischen Gewerkschaftspresse unangenehme Parteifreitigkeiten vorgefallen würden. Die Schuld würde dann allerdings nicht uns, sondern die Generalversammlung treffen. Jedenfalls kann das zu Folgen führen, die heute unübersehbar sind. Die in Essen angenommene Resolution hätte Steinbock besser nicht wörtlich hier anzuhören sollen. Es handelt sich da um die Beipredung eingegangener Briefschaften, eine Abteilung in unserm Blatt, die nur wörtlich befragt werden kann. Wir können darauf nicht so viel Geld verwenden wie andere große Blätter, die besondere Mitarbeiter zur Beipredung von Briefen bezahlen. Wir müssen nach bestem Wissen und Gewissen eine Auswahl treffen und können es dabei nicht jedem recht machen.

Otto Schulz (Kiel): Man geniert sich scheinbar, das zu sagen, was Tatsache ist. Die Hauptkritik ist gegen die Kummer'schen Artikel gerichtet worden, besonders wohl gegen den Artikel: „Der Krieg, die Internationale und wir.“ In seinem Schlußsatz betont Kummer, daß wir früher die Zustände in Deutschland gegenüber dem Ausland nicht allzuschlecht hätten darstellen können. Das das geschehen ist, kann man verstehen, weil wir doch vorwärts kommen wollen. Nach Ausbruch des Krieges aber haben wir gesehen, daß daraus auch Schaden für uns erwachsen ist. (Sehr richtig!) Die

großen Massen der Arbeiter im Ausland sind unter dem Einfluß der Zensur leicht dazu zu bringen, daß sie uns feindlich gesinnt sind. Die intelligenten Arbeiter in Frankreich und England werden ja wissen, was ist, aber die breiten Massen werden sich jedenfalls sagen, daß die Verhältnisse so sind, wie wir sie selbst kritisiert haben und sie müssen der Ansicht sein, daß ihre Verhältnisse besser sind. Daraus ist die Feindschaft zu erklären. Ich möchte also wünschen, daß man nach diesem Kriege lieber mit Tatsachen arbeitet und nicht mit Phrasendrescherei. (Sehr gut!) Den Antrag Pries lehne ich ab. Die Redaktion muß das Recht haben, ihre Meinung zu äußern. Ich bin übrigens überzeugt, daß der Genosse Karl Liebknecht nicht die ihm zugeschriebene Bedeutung erlangt hätte, wenn nicht sein Vater der alte Liebknecht gewesen wäre. (Sehr richtig!) Ich bin nicht der Ansicht, daß Karl Liebknecht bisher für die Arbeiterbewegung eine besonders große Bedeutung gehabt hätte. (Sehr richtig und Widerspruch.) Wie Resolutions in Verwaltungstellen übrigens manchmal zustande kommen, weiß man ja. Es wird bis in späte Abendstunden darüber geredet und dann wird die Resolution von einem hunderttausend Kollegen angenommen. (Sehr richtig!)

Ufermann (Düsseldorf): Die letzte Bemerkung meines Vorredners trifft für Düsseldorf und Essen nicht zu. Unsere Resolution wurde einstimmig angenommen, es war eine stark besuchte Versammlungsmännerversammlung. Man hat es so hingestellt, als ob wir Vergünstigungen daran finden, auf die Schriftleitung loszugehen. Wir fühlen uns aber lediglich veranlaßt, was wir denken, hier zur Sprache zu bringen. Zweifelslos ist man bei der Polemik gegen einzelne Personen in der Metallarbeiter-Zeitung nicht immer richtig vorgegangen, zum Beispiel im Fall Liebknecht. Kummer wurde von der Bremer Bürgerzeitung als Vetschweiser betitelt. Dazu schrieb die Metallarbeiter-Zeitung: „So etwas nennt man sachliche Polemik.“ Wenn aber die Metallarbeiter-Zeitung Liebknecht einen noch schlimmeren Vorwurf macht, so hat sie keinen Grund, sich über andere Blätter zu enträsten. (Sehr richtig!) Keiner denkt daran, der Redaktion das Recht der freien Meinungsäußerung zu nehmen. Wenn die Kollegen das Bedürfnis haben, über Parteifragen zu schreiben, so können sie das in Parteizeitungen tun. Duff sagte, die Redaktion könnte bei Annahme der Anträge auf geeignete Gewerkschaftsblätter nicht mehr antworten. So sind die Anträge aber nicht gemeint. Natürlich hat sie das Recht, sich gegen unsere Gegner zu verteidigen, und daß sie dabei ihre Meinung zum Ausdruck bringt, ist auch selbstverständlich. Als Verfasser des Artikels in Nr. 45 hat sich Kollege Reichel in einer Zuschrift an die Essener Verwaltungsstelle bekannt. Einige rechtsprechende Blätter haben seine Ausführungen in Sperrdruck hervorgehoben. Die Meinungsäußerungen des zweiten Vorsitzenden gelten eben als offizielle Meinungsäußerungen des größten Verbandes Deutschlands. Deshalb verlangen wir, die Redaktion und der Vorstand sollten sich in so äußerst strittigen Fragen so viel wie möglich Reserve aufheben. Was nach dem Kriege kommt, können wir heute noch nicht voraussehen, deshalb sollte man sich nicht auf bestimmte Meinungen festlegen. Wenn es zu einer Parteizersplitterung kommen sollte, die keiner von uns wünscht, so würde die Gewerkschaftsbewegung davon den allergrößten Schaden haben.

Zahnke (Berlin): Ich spreche nicht im Auftrage der Verwaltungsstelle Berlin, aber persönlich bin ich mit der Haltung der Redaktion nicht einverstanden. Die ganze Debatte wäre vermieden worden, wenn der Weltkrieg nicht gekommen wäre, der große Verwirrung in manchen Köpfen angerichtet hat. Viele haben umgelernt und ein Teil wird nachher wohl wieder von vorne anfangen, umzulernen. (Sehr richtig!) Warum sollen wir dann umlernen? Wir führen den Klassenkampf weiter trotz des Burgfriedens. Der ist für uns nur eine rhetorische Floskel. Trotz des Burgfriedens scheuen sich gewissenlose Elemente im Unternehmertum nicht, 14- und 15-jährige junge Burschen in 10- und 12stündiger Nachtarbeit auszubeuten. In öffentlichen Versammlungen können sie so etwas nicht mitteilen, die Metallarbeiter-Zeitung darf das nicht schreiben. (Widerspruch der Redaktion.) Man hat sich oft genug gegen die Preßkommission als gegen einen „Stein des Anstoßes“ getraut. Die Parteiredaktionen aber, die heute eine Preßkommission haben, fühlen sich ganz gewiß viel mehr als die vergangene Redaktion der Schwäbischen Tagwacht unter der Zensur des württembergischen Landesvorstandes. (Laut: Neben Sie doch nicht von Dingen, von denen Sie nichts verstehen, Sie kennen die Sache ja gar nicht!) Genau so wenig wie Sie, als Sie noch in Kiel waren! (Laut: Da habe ich auch noch nicht darüber geurteilt!) Wenn die Redaktion in Berlin wäre, wäre die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung gewiß eine andere (Scherer: Oder Ihre Denkwelt!) und Scherer wäre nicht Redakteur. Es ist möglich, daß Scherer den Berlinern eine andere Denkwelt beibringen würde. Mit Anrempelungen, wie er sie sich Liebknecht gegenüber geschaffen hat, würde er jedenfalls bei den Wählern des 11. Landtagswahlbezirks glatt abfallen. Liebknecht wird es jedenfalls niemals so gehen wie Scherer seinerzeit in Nürnberg, daß er nicht mehr Landtagsabgeordneter bleibt.

Vorsitzender Schlicke: Eine derartige Bemerkung verbietet ich mir, das hat mit der Sache gar nichts zu tun. Ein Redner, der sich so wenig bezähmen kann, sollte anderen nicht solche Vorwürfe machen. Ich rufe Sie zur Ordnung!

Zahnke (fortfahrend): Ich sage das, was ich für notwendig finde. Den Ordnungsruf stecke ich ein. Ich habe keine Ursache, von dem, was ich gesagt habe, etwas zurückzunehmen. (Zuruf: Liebknechtsche Schule!) Ich bin noch nicht bei Liebknecht in die Schule gegangen und habe auch nicht nötig, dem Vater etwas nachzubeten und dem Jungen etwas anzuhängen, wie das andere tun, die nicht mehr fähig sind, umzulernen. (Zuruf: Cohen!) Wenn Cohen seine Ausführungen zum Antrag Leipzig wegen der Parteischule auf die Redaktion angewandt hätte, so hätte ich mir meine Ausführungen ersparen können.

Zackel (Berlin): Den letzten Ausführungen Zahnkes kann ich nur zustimmen. Ich unterstütze die Anträge von Leipzig und Pries. Ich habe mich bisher immer geäußert, ein Mandat zum Verbandsantrag anzunehmen, trotzdem ich schon lange Jahre in der Agitation stehe. Diesmal habe ich notgedrungen das Mandat annehmen müssen. Aber ich muß sagen, wenn man das Verhältnis zwischen den Leipziger Kollegen und der Bezirksleitung in Sachen sieht, so macht das keinen schönen Eindruck. Das fördert unsere Arbeiter nicht. (Vorsitzender Schlicke: Wir sind jetzt bei der Presse und nicht beim Vorstandsbereich.) Die Behandlung des Falles Liebknecht hat in unseren eigenen Reihen verschiedene Lücken gerissen. Wenn ich auch nicht ganz konform mit Liebknecht gehe, so war das doch der kräftigste Fall in der Metallarbeiter-Zeitung.

Vorsitzender Schlicke: Es ist folgender Antrag eingelaufen: „Die Generalversammlung erklärt, daß sie die Anträge 20 bis 24 durch die sehr rege Aussprache für erledigt hält, erwartet aber von der Schriftleitung des Verbandsorgans, daß sie in Zukunft dieser Aussprache möglichst Rechnung trägt und sich ganz besonders während des Krieges einer angemessenen Zurückhaltung befleißigt. Diese Zurückhaltung und Sachlichkeit erwartet die Generalversammlung auch auf das bestimmteste in der Behandlung von inneren Parteifreitigkeiten. Haas, Brandes, Dittmann, Ufermann.“

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Koch (Hamburg): Die Ansichten über die Haltung eines Gewerkschafts- oder Parteiorgans werden wohl in keiner Organisation einheitlich sein. Wenn die Redaktion einen Teil der Oppositions-Haltung tragen würde, dann würde die andere Seite vielleicht noch stärker gegen die Redaktion sein, wie die bisherige Opposition. Ich sehe auch in Opposition gegen die Redaktion, nur hat meine Opposition eine andere Ursache. Ich meine, es kann nicht scharf genug vorgegangen werden dort, wo es nötig ist. Ein gewisser Genosse Pannekoek, der auch seine Bildung der Masse der deutschen Arbeiter zugänglich gemacht hat, hat sich auch einmal mit der Frage „Massen und Führer“ beschäftigt und hat sich dabei dazu verhalten, dem Gewerkschaftsbeamten mit 2000 M Gehalt das proletarische Klassenempfinden abzupfeifen. Als die Redaktion des Korrespondenzblattes ihm nachgewiesen hat, daß sein Gehalt viel größer ist, hat sich der Herr sehr beleidigt gefühlt. Bei Ausbruch des Krieges, als der Boden in Deutschland sehr heiß wurde für alle, die mit Phrasen nicht zu wenig um sich geworfen hatten, war es Pannekoek, der den

Staub des deutschen Vaterlandes von seinen Füßen geschüttelt hat und in das neutrale Holland geflüchtet ist. (Zuruf: Das ist nicht wahr!) (Vorsitzender Schlicke: Ich bitte, diese Sache nicht zu weit auszubehnen, es genügt vollständig der Hinweis auf den Angriff auf die Gewerkschaftsbeamten, das andere brauchen wir ja nicht zu wissen!) Ich muß doch darauf eingehen, daß gerade Pannekoek es war, der die deutsche Arbeiterbewegung auf schwerste beleidigt hat, indem er ihr Feindschaft vorgeworfen hat, weil sie bei Kriegsausbruch nicht Straßendemonstrationen veranstaltet hat. Er schrieb: „Natürlich würde die Regierung versucht haben, die Demonstrationen durch Polizei zu unterdrücken, aber erst durch Durchsetzen der Demonstration gegen alle Verbote, ohne dabei Opfer zu scheuen, hätte auf die Regierung der nötige Druck ausgeübt werden können. Hätte es auch Opfer zu Tausenden gekostet, was ist das mit den Hunderttausenden verglichen, die heute im Kriege fallen. Aber die Organisationsvertreter wichen dem Kampfe aus.“ Dadurch hat er die deutsche Arbeiterbewegung aufs schwerste beleidigt. Das ist nicht schön von einem Parteigenossen, der jahrelang die Volkswirtschaft und die Unterstützung der deutschen Arbeiterbewegung genossen hat, sie dann vom Ausland aus derartig anzugreifen. (Zuruf: Das gehört gar nicht zur Sache!) Ich hätte erwartet, daß die Redaktion das in schärferer Weise zurückgewiesen hätte. Denn diese Ausführungen haben selbstverständlich auch zu irigen Auffassungen in der internationalen Gewerkschaftspresse geführt. (Dittmann: Das hätte du uns in Hamburg erzählen müssen.) Das kann ich noch tun, wenn du es haben willst. Über den Artikel Kummer's kann man gewiß keine eigene Auffassung haben, jedenfalls entspricht es doch der Wahrheit, wenn er schreibt, es ist nicht richtig, das eigene Volk zu beschützen, und wenn er dann nachweist, daß wir wohl in Deutschland mit den sozialpolitischen Errungenschaften noch nicht zufrieden sein können, aber sie auch nicht schlechter hinstellen brauchen als sie sind. Dittmann führte an, daß Kummer von den konservativen Hamburgern Nachrichten gelobt worden sei. Er wurde aber auch im Hamburger Echo gelobt. (Dittmann: Das ist auch kontrapunkt! — Heiterkeit.) Kollege Dittmann, du hast doch selbst gesagt, daß nur antändliche Leute das Hamburger Echo lesen. (Heiterkeit.) Ein großer Teil unserer Kollegen, der über den Namen der schwarzweißroten Grenzpfähle hinausgekommen ist, ist mit den Ausführungen Kummer's einverstanden. Also braucht man Kummer nicht Gesinnungsbereit vorzuwerfen. Gesinnungswechsel ist ja beim Ausbruch des Krieges vielfach zu verzeichnen gewesen. Die Leipziger verurteilen heute auch ihren Chefredakteur, den sie früher in den Himmel gehoben haben. Andere Gewerkschaftsblätter, wie der Grundstein, führen eine viel schärfere Sprache. Der Grundstein scheut sich nicht, im Kampfe gegen die Parteiführer das Kind beim rechten Namen zu nennen.

Schumann (Leipzig): Mein Vorredner war der Typ eines Gewerkschaftsbeamten, der seine Kenntnisse nur aus der Metallarbeiter-Zeitung zu beziehen scheint, sonst hätte er die Erklärung des Bremer Parteisekretärs gelesen haben müssen. (Sehr richtig!) — In Nr. 19 der Metallarbeiter-Zeitung stehen in der „Rundschau“ mit der Überschrift: „Jeder Deutsche ein Spion“ vier Zeilen aus einem englischen Blatt, von dem es dann unten heißt, daß dies Blatt eines der beiden Tagesblätter ist, die die britischen Gewerkschaftler und Sozialdemokraten nach jahrelangen Anstrengungen gegründet hätten. Es heißt dc, ein Deutscher bleibt stets ein Deutscher. Das bedeutet, daß jeder gehörige Deutsche ein möglicher Spion ist. Daran hängt nun die Metallarbeiter-Zeitung eine Notiz, worin es heißt: Man sucht nie einen hinteren Busch, wenn man nicht selbst dahintergeheissen hat. Wenn also die Angehörigen der britischen Nation in Deutschland nicht mehr die große Bewegungsfreiheit haben wie früher, so mögen sie sich bei diesem britischen Gewerkschaftsblatt dafür bedanken. Damit spricht die Redaktion sich für die Nevancheppolitik aus. (Zuruf der Redaktion: Ist uns gar nicht eingefallen!) Ich lese das in den Sinn hinein. (Zuruf: Ja, Sie lesen es hinein!) Aber von dem Briefe eines Kunsthändlers im Berliner Tageblatt, wo ein Engländer schildert, daß er acht Monate lang von allen Seiten, auch von seiner Gemahlin, auf das Aufmerksamste beobachtet worden ist bis zu seiner Abreise, nimmt die Metallarbeiter-Zeitung keine Notiz. Eine weitere Notiz in Nr. 20, überschrieben: „Internationaler Gewerkschaftsbund“ beschäftigt sich mit dem Vorschlag, den Sitz des Internationalen Sekretariats einstweilen nach Bern zu verlegen. Sie schreibt, wir halten die Sicherlegung nicht für notwendig, und es erscheint uns nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß sich in Bern ein deutsches sozialdemokratisches Blatt befindet, das sich seit Ausbruch des Krieges bemüht, in Beschimpfung der deutschen Arbeiterbewegung die Presse der feindlichen Länder zu überbieten. Vor allem war es notwendig, sich zu vergewissern, wie weit die leitenden Gewerkschaftler in Bern sich die Gedankenorgane dieses Blattes zu eigen gemacht haben. Ich bin der Meinung, daß man ruhig zu dieser Verlegung des Sitzes des Sekretariats kommen könnte, jedenfalls kann man nicht solche Gründe dagegen anführen. Dann will ich noch eine Stimme aus einer Verwaltungsstelle vorführen, da der Delegierte der Verwaltungsstelle diese Ansicht nicht vertreten hat. In einem Bericht aus Jena in Nr. 14 der Zeitung heißt es, daß nach einer Aussprache in der Generalversammlung eine Resolution gegen die Metallarbeiter-Zeitung angenommen wurde. (Redner verliest sie.) Im Zeichen des Burgfriedens ist zu verlangen, daß die Metallarbeiter-Zeitung sich in innere Parteifragen nicht einmische, sondern das den dazu berufenen Parteinstanzen überläßt.

Schlicke: In der Kritik an der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung spielt auch die Internationale eine Rolle. Ich mag mir nicht an, alles beurteilen zu können, aber etwas kann ich vom Ausland doch beurteilen kraft meines Amtes als internationaler Sekretär. Warum greift man mich nicht auch an, der ich schon wiederholt auf die Schwächen der internationalen Bewegung hingewiesen habe? Internationale Beziehungen können nur gestärkt werden, wenn wir gegenseitig unsere Schwächen kennen. Die Kollegen vom Ausland werden mir beistimmen, daß wir in den Sitzungen kein Blatt vor den Mund nehmen, sondern uns offen unsere Schwächen sagen. (Sehr richtig!) Dadurch kann die Bewegung auf dem internationalen Gebiet vorwärts kommen, wenn einer von dem andern lernt. Wenn es bis jetzt vor dem Kriege in der deutschen Arbeiterbewegung Übung gewesen ist, die Schwächen der einzelnen zu verdecken und immer wir die Dichtseiten zu schildern, so habe ich das von jeher bedauert. Ich halte das nicht für die richtige Erziehung und ich für meine Person habe in diesem Punkt nichts umzulernen, ich würde sogar sehr froh sein, wenn ich nach der andern Richtung hin umlernen und erklären könnte, daß ich mir überall die Verhältnisse des Auslands zum Maßstab nehmen könnte. Ich bestritte aber entschieden, daß das eine Schwächung der internationalen Beziehungen ist. Ich habe auch in Friedenszeiten Gelegenheit genug, die Presse der ausländischen Organisationen zu lesen und wer die Presse verfolgt, wird mir recht geben, wie schlecht wir manchmal ausgekommen sind gerade in französischen Zeitungen, wie wir da als Zahnmähdchinen u. s. w. bezeichnet wurden. Hat uns das geteert, die Verbindung aufrecht zu erhalten? Nein! Je öfter wir zusammenkommen, je mehr wir uns schämen, kennen lernen, desto mehr lernen wir uns auch verstehen. Aber damit sollte man endlich einmal aufhören, daß man nur immer die Lichtseiten des Auslandes schildert und nicht auch die Schattenseiten hervorhebt. Wir haben hier verschiedene Einrichtungen Deutschlands erst lieb gewonnen haben durch einen Vergleich mit denen des Auslandes. (Sehr wahr!) Es kann uns nichts schaden, wenn wir uns ehrlich darüber auseinandersetzen, es ist aber falsch, hinter jedem Wort gleich Verbrechen und Verrat zu mitteln. Die ganze heutige Kritik und die Kritik in den Verammlungen beruht ja darauf. Es ist erklärlich, daß man, wenn man öfter nach einem fremden Lande kommt, einen ganz anderen Eindruck mitnimmt als das erstemal. Das ist kein Meinungswandel, sondern man sieht klarer, weil man die Leute besser kennen lernt und weil man eine bessere Unterlage gewinnt. Wenn man das Wort umlernen in dem Sinne aufstellt, wie es von verschiedenen Seiten geschieht, dann könnten wir uns degraßen lassen, dann müßten wir einfach sagen: Hier stehe ich, alles andere ist mir wurst, ich lerne nicht um! (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, einmal von

diesem Gesichtspunkt aus die Artikel von Kummer zu lesen, dann werden Sie zu einem objektiven Urteil kommen. Nun aber frappterte mich eines nicht erst heute, sondern schon in Breslau, soweit mich noch etwas frapptieren kann. (Heiterkeit.) Bei jeder Gelegenheit sagen wir, wir können ein hartes Wort, wir können eine Kritik vertragen, aber heute erklärt man: Wir wissen noch gar nicht, wie der Krieg ausgeht, wir wissen nicht, was dann kommen kann und wenn uns dann später solche Meinungen vorgehalten werden, dann werden wir nicht fertig werden. Zum Bestenmilde einer solchen Schwäche haben wir keine Ursache. Schiller sagt: „Es bringt die Zeit ein anderes Geßes“ und der alte Liebknecht hat ja auch einmal gesagt, „wenn die Verhältnisse sich ändern, ändere ich alle 24 Stunden meine Taktik“. (Sehr gut!) Sind wir denn Phrasen, möchte ich sagen, sind wir Dogmatiker, sind wir Talmudisten, die sich an den Buchstaben halten? Nein, wir müssen aus dem Leben lernen und wenn wir das tun, dann dürfen wir nicht immer spätlich vom Umlernen reden. Mir wird ja immer der Vorwurf gemacht, daß ich zu den hartgesottenen Sündern gehöre, die überhaupt nicht umlernen. Allerdings in anderer Beziehung. Aber eines möchte ich sagen: daß einem alten Gewerkschaftler, einem alten Sozialdemokraten, der an Disziplin gewöhnt ist, die Galle überläuft, wenn er Erscheinungen beobachtet, wie sie lethgin in unserer Arbeiterbewegung vorgekommen sind. Man redet so viel über Disziplin, aber wenn dann einmal die Feder in die Linke getaucht und über Mängel an Disziplin geschrieben wird, dann ist das eher eine Pflicht der Gewerkschaftspresse als Mangel an Pflicht. (Sehr richtig!) Und was heißt es denn, keine Politik treiben? Stehen wir denn auf dem Standpunkt der Politikbehörde, interessieren uns in der Politik nicht verschiedene Fragen? Es wurde gestern mit Recht darauf hingewiesen, daß trotz Burgfriedens gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, die die Arbeiter schwer schädigen. Soll dazu die Metallarbeiter-Zeitung keine Stellung nehmen können? Selbstverständlich! Aber wenn uns dann ein Parteiblatt angreift, sollen wir dann ruhig den Säbel in die Scheide stecken und zugucken? Nein, das ist nach den üblichen Verhältnissen unhaltbar. Eben weil zur Klärung der Ansichten ein Meinungsaustausch notwendig ist, darum geben Sie auch der Metallarbeiter-Zeitung das Recht, ihre Meinung auszudrücken. (Bravo!)

Schalinski (Dsnabrück): Ich habe mich eigentlich nur zum Wort gemeldet, um die schlechte Schrift der Metallarbeiter-Zeitung zu bemängeln und um Abänderung zu bitten. Die Erörterung aller politischen Fragen aus der Zeitung auszuschalten, ist unmöglich, denn woher würden wir dann kommen? Ich erinnere nur an die Artikel, in denen das Blatt bei Beratung der Reichsversicherungsordnung Stellung zu dieser Frage genommen hat. Es gibt noch eine Reihe anderer politischer Fragen, die in unsern Verbandsorganen besprochen werden müssen. (Zuruf: Das ist doch selbstverständlich!) Es geht zu weit, wenn man der Redaktion einen Maulkorb umhängt. Es sind gewiß Fehler gemacht worden, die persönlichen Angriffe wären besser unterblieben, aber daß das, was in den Artikeln von Kummer stand, unwahr ist, hat noch keine Beweisen, und man kann doch wohl annehmen, daß es auf Wahrheit beruht, denn er kennt die Verhältnisse. Es muß einmal damit aufgeräumt werden, daß einzelne Personen ihr persönliches Licht leuchten lassen zum Schaden der gesamten Arbeiterbewegung. Ich glaube, die heutige Aussprache wird dazu beitragen, daß die Schriftleitung beiden Richtungen gerecht wird. Kritik muß sein, aber eine gesunde Kritik, wie sie notwendig ist. (Bravo!)

Schulenburg (Straßburg) beantragt, die Aussprache zu schließen. Ulrich (Berlin) bekämpft den Antrag, damit noch über den neu eingegangenen Antrag von Haas und Genossen gesprochen werden könne.

In die Rednerliste sind noch eingezeichnet Duff, Ulrich, Haas und Schwarz.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Scherer (Schlußwort): Mein Kollege Duff und ich erklären: Wenn Sie überhaupt der Meinung sind, daß der Redaktion Fesseln angelegt werden sollen, dann ist es besser, die Anträge aus der gedruckten Vorlage anzunehmen, anstatt des neu eingelaufenen Antrages, denn dann wissen wir wenigstens, woran wir sind. Dieser neue Antrag aber ist Raufschuß, man kann alles mögliche herauslesen, man kann das Nötige hineinlegen. (Sehr richtig!) Wenn Sie schon einmal ein Geßes schaffen wollen, dann nehmen Sie lieber einen bestimmten Antrag an. Das Liebste wäre uns natürlich, wenn alle Anträge in der Versenkung verschwanden. Würden Sie einen der Anträge annehmen, dann würden die Kollegen von der Opposition auch wenigstens auf ihre Rechnung kommen. Es würde dadurch sehr leicht wieder die Frage der politischen Neutralität der Gewerkschaften heraufbeschworen und gerade das würde Ihren Wünschen nicht entsprechen. Es gibt viele Kollegen, die der Meinung sind, man müsse sich angeichts der gegenwärtigen Parteivirren überhaupt vom Parteileben zurückziehen. Das wäre ebenso verkehrt wie das andere. Ich bitte Sie also, es bei der heutigen Aussprache bewenden zu lassen; das genügt vollkommen. — Auf die Bemängelungen, die an einzelnen Artikeln gemacht wurden, gehe ich nicht mehr ein, das würde zu weit führen. Es ist schon gesagt worden, daß gegen die Kummer'schen Artikel nichts Stichthaltiges vorgebracht wurde, daß die darin enthaltenen Tatsachen nicht widerlegt werden konnten. Geht uns eine tatsächliche sachliche Erwiderung darüber zu, dann werden wir sie berücksichtigen und Kummer wird nicht abgeneigt sein, sachlich darauf einzugehen. — Schächer hat angeführt, daß wir hartgesottene Sünder seien, mit denen sich jede Generalversammlung zu beschäftigen habe. Tatsächlich hat sich jede Generalversammlung mit der Metallarbeiter-Zeitung beschäftigt, aber nicht in dem Sinne, wie Schächer es darstellte. Man hat sich früher fast nur über die Ausgestaltung, über den Umfang des Blattes und über die Beilage unterhalten, aber wenig die Haltung des Blattes getadelt. Das ist erst in Breslau der Fall gewesen. Bei den Stuttgarter Wirren, die in Breslau in Frage standen, kamen wir aber nicht nur als Parteimitglieder in Betracht, sondern auch als Beamte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, deshalb hatten wir uns in der Metallarbeiter-Zeitung damit beschäftigen müssen. Hätte man uns als solche in Stuttgart ungeschoren gelassen, dann würden wir uns in die damaligen Wirren auch nicht eingemischt haben. So aber waren wir dazu verpflichtet. Im übrigen hat die Breslauer Generalversammlung erklärt, daß sie mit ihrem Wunsch, daß wir uns bei solchen Fragen zurückhaltung auferlegen sollen, kein Mißtrauen gegen uns ausdrückt. — Dittmann meinte, die beiden Redakteure nehmen immer die Zeit der Generalversammlung in Anspruch. In Wirklichkeit hat sich nur die Breslauer und die diesjährige Generalversammlung mit uns beiden beschäftigt, aber ich kenne eine Person, mit der sich schon fünf Generalversammlungen beschäftigt haben, und das ist Dittmann. In Hamburg 1909 hat er eine Rolle gespielt, in Mannheim 1911, in Breslau 1913, dann auf der außerordentlichen Generalversammlung in Berlin und auch heute wieder. Zählen Sie einmal die Zeit zusammen, die er und die wir in Anspruch nehmen, dann wird der Überschuß, der auf ihn entfällt, sehr bedeutend sein. Im übrigen ist das, was er verschiedentlich gesagt hat, schon von den Christlichen, den Gelben und den Christ-Druckern gegen uns ausgeht worden. — Marburger hat gesagt, die Kollegen hätten mit der Einsendung von Artikeln schlechte Erfahrungen gemacht. Ich weiß nicht, was er damit gemeint hat, ob er etwa persönlich schlimme Erfahrungen mit der Redaktion gemacht habe. Falls ich es auch, so behaupten, wie das Schumann getan, daß wir unzutreffende Nachrichten aus dem Ausland brachten. Wir beziehen uns nur auf die ausländischen sozialistischen und gewerkschaftlichen Organe, nicht aber auf die Volkspressen, die werden schon von der Leipziger Volkszeitung gebracht, darum brauchen wir uns nicht auch noch zu kümmern. Unser Artikel über Italien, über den sich Schumann beschwert, war in demselben Sinne gehalten, in dem das italienische sozialdemokratische Organ Avanti auch geschrieben hat. Das wir gegen das Ausland gehen, ist nicht der Fall, das können wir jederzeit beweisen, aber wie wird im Auslande, besonders in Frankreich, gegen Deutschland gehetzt? Ich habe hier das Blatt La guerre sociale von Hervé, einem Führer der sozialdemokratischen Partei Frankreichs. Darin findet sich am 24. Juni folgende Notiz: „Letzte Mode. Die Frage der Mode ist in Deutschland eine sehr wichtige Frage geworden. Jeder weiß das. Die Parol:

ist ausgegeben worden, alles zu unterdrücken, was von fern oder von mettem an den guten Geschmack unserer Pariserin erinnern könnte. Nun wird ihr wohl, welches der letzte Teil in Schmuckstücken in Berlin ist? Ein Halsband. Es ist weder von Gold, noch von Silber, noch von Platin. Es ist gemacht aus kleinen Zinkplättchen, die zu einer Kette aneinander gereiht sind. Jedes dieser Plättchen, das auf unseren Schlachtfeldern gesammelt wurde, trägt den Namen einer unserer Helden. Das sind die Erkennungsmarken unserer Soldaten. Bei den Wilden allein besteht der Brauch, sich mit der von ihren Opfern abgenommenen Beute zu schmücken. Es blieb den Wochen überlassen, von den Wilden diese letzte Mode zu entnehmen."

Das steht in dem sozialistischen Organ des Sozialisten Gustave Hervé. (Hört, hört!) Das ist eine Probe davon, wie gegen Deutschland gehetzt wird. (Zuruf: Das ist doch kein Gewerkschaftsblatt!) Da mag Schumann einmal prüfen, ob sich das mit der Internationalen verträgt. Er sagt, wir verschwiegen, was sonst im Ausland noch vorgeht. Dafür sollte er uns dankbar sein, denn wir hätten weit mehr Unangenehmes als Angenehmes berichtet. Was wir von Angenehmem berichten konnten, haben wir getan, besonders haben wir mitgeteilt, daß Merheim, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes in Paris, es abgelehnt hat, mit den politischen Führern durch die und bann zu gehen. Gewiß sind wir durch diesen Krieg viel klüger geworden, wir haben die englische und auch die französische, ebenso die amerikanische Psyche weit besser kennen gelernt und wir werden noch manche nützliche Lehre aus dem Kriege ziehen können. — Es wurde von den Folgen gesprochen, die die Parteipflichterfüllung haben könnte. Das ist ganz richtig, aber wer trägt denn die Schuld daran? Doch nicht die Genossen, die mit übergroßer Mehrheit einen Beschluß gefaßt haben, dem sich nach demokratischem Brauch die Minderheit zu fügen hätte, sondern die Minderheit, die sich nicht fügt. — Ich will Ihre Zeit nicht länger in Anspruch nehmen, ich möchte Sie nur nochmals ersuchen, sämtliche Anträge abzulehnen. Das ist das Beste, was Sie tun können. Was in dem Duisburger Antrage gesagt ist, ist eigentlich das selbe, was jeder Reaktionsär, jeder Schamacher und preußische Landrat wünschen, daß die Gewerkschaften sich nicht mit politischen Fragen befassen sollen. Wir aber müssen für volle Rede- und Schreibfreiheit, für volle Vereins- und Versammlungsfreiheit eintreten.

Es folgen persönliche Bemerkungen.
 Matthes (Sena): Schumann ist so liebenswürdig gewesen, den Delegierten von Sena an seine Pflicht zu erinnern, zu den Anträgen zu sprechen, da sich ja die Genossen auch damit beschäftigt hätten. Ich hätte mich zum Wort gemeldet, wenn nicht einige Kollegen in demselben Sinne gesprochen hätten, wie ich es heute vor 14 Tagen in einer Mitgliederversammlung getan habe. Im übrigen habe ich mich deshalb nicht gemeldet, weil ich nicht gern reden höre und es deshalb auch Ihnen nicht zumuten will, daß Sie mich gern reden hören sollen. (Große Heiterkeit.)

Dittmann (Hamburg): Wenn Schumann mir vorgeworfen hat, daß meine Ausführungen auf früheren Generalversammlungen von den Gegnern gegen uns ausgenutzt sind, so muß ich die Verantwortung dafür ablehnen. Ich bin immer nur als Vorsitzender der Mitgliedschaft aufgetreten, die mich gewählt hat. Wenn das eingetreten ist, was Schumann ausführt, so schiebe ich die Verantwortung denen zu, die mich und meine Mitgliedschaft zu solchen Ausführungen gezwungen haben.

Steintopf (Essen): In der Essener Vertrauensmännerziehung waren wir mit über 100 Vertrauensmännern vertreten und von diesen haben nur drei bis vier gegen die Resolution gestimmt. Quist meint, ich hätte die Resolution nicht verlesen sollen. Aber warum habt ihr sie denn nicht in die Metallarbeiter-Zeitung aufgenommen? Wir hatten uns mit einer Beschwerde an den Vorstand gewandt, und der hat uns ausweichend geantwortet. Wir haben daraus ersehen können, daß man den Tadel mit Weizsäcker nicht austreiben kann.

Quist: Die Essener Resolution wurde uns gar nicht zugesandt, sie ist dem Vorstand als Beschwerde zugegangen. Früherlich hielten wir sie für einen Bericht, der für die Zeitung bestimmt war. Wir hätten sie schon sehen lassen. Ich kann Ihnen den Abzug zeigen, aber der Vorstand hat uns dann gesagt, zu diesem Zweck wäre die Resolution nicht eingeschickt, wir möchten damit noch warten, und nachher ist es dann so gekommen, daß man in der Mitgliederversammlung gesagt hat: was die Vertrauensmänner gemacht haben, mögen sie selber anssehen. Deshalb haben wir von einer Veröffentlichung Abstand genommen.

Gaas (Dresden): Es wurden von einigen Rednern in ziemlich deplazierter Weise auch die Streitigkeiten zwischen den Leipziger Kollegen und der Zeitung in die Diskussion gezogen, und zwei Kollegen haben es für angezeigt gehalten, uns in dieser Hinsicht gute Ratschläge zu erteilen. Diese Ratschläge wären ganz überflüssig, wenn die Kollegen sich mit den ihnen nahestehenden Leipziger Kollegen außerhalb der Diskussion hier ins Einvernehmen gesetzt hätten. Die Kollegen mögen berücksichtigen, daß wir uns in der Abwehr befinden haben, wir bedauern es lebhaft, daß diese Dinge fortgesetzt von den Leipziguern auf das Tapet gebracht werden.

Zur Einzelberatung wird zunächst der Antrag von Gaas und Genossen gestellt.

Gaas (Sena): Ich möchte in Anbetracht der ziemlich persönlichen Diskussion erklären, daß ich mich mit der Schriftleitung über ihre Haltung bis dato nicht auseinandergesetzt habe, aber vieles, was in dem Blatt stand, wäre nach meiner Ansicht besser unterlassen. Ich glaube, daß die vorliegenden Anträge nicht gut angenommen werden können, denn das, was darin steht, bezieht sich auf konkrete Fälle, es wird etwas verlangt, was im Plenum eine Mehrheit nicht finden wird. Aus diesem Grunde habe ich mich mit den Antragstellern in Verbindung gesetzt und das, was aus der Debatte hervorgeht, in eine Resolution zusammengefaßt. Scherum spricht von einem Konjunkturparagrafen. Er kennt doch die Schriftleitung unseres Verbandsorgans besser als ich, aber ich hätte erwartet, daß es ihr möglich sein würde, bei einigem Zögern in Zukunft nach dieser Resolution zu handeln, denn es kommt auf das persönliche Selbstgefühl an. (Sehr richtig!) Äußen, was hier gesagt wurde, kann natürlich nicht herausgetragen werden. Aber andererseits liegt doch ein berechtigter Kern in der Debatte und der muß berücksichtigt werden. Die Resolution verlangt ganz besonders während des Krieges eine angemessene Zurückhaltung. Ich erinnere an die Ausführungen von Schlichte. Jeder von uns weiß, daß Schlichte, so wie er heute geredet hat, früher schon öfter über unsere ausländischen Kollegen gesprochen hat, und das hat durchaus kein Auffsehen erregt. Aber diese Debatte gerade jetzt während des Krieges vorzunehmen, halte ich für sehr unglücklich. Im Prinzip sind wir mit unseren ausländischen Kollegen über die Ursache des Krieges einig, wir können nur nicht sprechen, was wir darüber denken, wir können auch nicht das schreiben, was uns mit unseren Brüdern im Auslande heute noch verbindet. Würden wir das tun, dann würde unsere Zeitung verstoßen, und weil wir das nicht können, meint alles das, was wir gegen unsere Kollegen im Auslande schreiben und sagen, doppelt schmerz. Aus diesem Grunde muß die Redaktion eine gewisse Zurückhaltung aben. Das ist einzig und allein in der Resolution ausgesprochen. Wir verlangen weiter, daß dieselbe Zurückhaltung und Sachlichkeit in den inneren Parteipräsidien beobachtet soll; ein jeder wird doch zugeben, daß gerade die persönlichen Reibereien nicht nur in den Generalsektionen, sondern auch in der Partei sich mehr und mehr ausgebreitet haben; es wird heute überhaupt keine Frage mehr sachlich behandelt, sondern immer nur noch in persönlicher gegenseitiger Weisheit, und das ist, was die ganze Arbeiterbewegung schädigt. (Sehr richtig!) Ich weiß, daß die Schriftleitung sich manchmal persönlich zu sehr engagiert hat; sie hätte das besser nicht getan und wir sollten versuchen, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben. Wie ist es denn hier in den Debatte gekommen? Wenn etwas von Leipzig kam, hat man sofort ganz das Persönliche gegen Leipzig gesagt. (Zuruf: Und die Leipziger?) Die Leipziger hatten noch gar nicht geredet, die meisten sind nur einen Satz zu hören, so wie es schon. Wenn so wird in der Partei mehr und mehr gefährdet. Man soll nicht alles mit dieser Vorzensur bescheiden, und ich glaube zum Schluß sagen zu können: wenn die Redaktion sich ein bißchen noch dem richtet, was

in dem Antrage liegt, dann können wir zufrieden sein, dann werden wir in Zukunft besser fahren. (Zuruf: Bravo!)

Hierauf wird der Antrag Gaas und Genossen angenommen. Damit sind die in der gedruckten Vorlage enthaltenen Anträge erledigt. Angenommen wird der Antrag Heller (Berlin) und Genossen, der für den Fall, daß die Generalkommission die Schaffung einer gewerkschaftlichen Frauenzugzeitung ablehnt, den Hauptvorstand beauftragt, der Metallarbeiter-Zeitung 14tägig eine Frauenbeilage beizufügen. Vertreter des Vorstandes und der Schriftleitung gaben hierzu die Erklärung ab, daß es technisch nicht gut möglich sei, eine Beilage herauszugeben, sondern daß sich dann schon eher die Schaffung einer besonderen Frauenzugzeitung empfehle. Mit dieser Auslegung erklärte sich die Generalversammlung einverstanden.

Bei der Statutenberatung am sechsten Tage wurde auch über die Einsetzung einer Preschkommission verhandelt. Es lagen zu § 30 Abs. 2 folgende Anträge vor:

Leipzig: Die Generalversammlung beschließt, eine Preschkommission einzusetzen, die die Metallarbeiter-Zeitung in ihrem sachlichen Teil zu überwachen hat. Sie besteht aus fünf Kollegen, die von den Mitgliedern der Verwaltungsstelle des Erscheinungsortes der Zeitung gewählt werden. Mitglieder des Vorstandes sind nicht wählbar.

Pries: Einsetzung einer Preschkommission, welche die redaktionelle Tätigkeit, die sich im Verbandsorgan ausdrückt, überwacht.

Der Berichterstatter Philipp sagte dazu: Haben wir denn nicht schon eine Preschkommission? Wir haben doch eine Überwachungskommission in dem Vorstand und wenn eine Kritik an der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung hier vorgenommen wurde, so trifft sie eigentlich mehr den Vorstand, der berufen ist, darüber zu wachen, was in der Metallarbeiter-Zeitung geschrieben wird. Daher halten wir es nicht für notwendig, noch eine besondere Kommission für diese Dinge einzusetzen, sondern bitten, die Verantwortung voll dem Vorstand als aufsichtsführendem Organ zu überlassen.

Schumann (Leipzig): Nach den Debatten am dritten Tage der Generalversammlung kann ich mich auf einige Worte beschränken. Nach dem bisherigen Wortlaut des § 30 ist nur geklärt, wofür man sich bei Beschwerden zu wenden hat. Über darüber, wer die Haltung der Zeitung selbst zu überwachen hat, ist nichts vermerkt. Die Kommission sagt nun, der Vorstand trägt die Verantwortung. Das ist gewiß selbstverständlich, weil unsere Zeitung das Verbandsorgan ist. Wir haben aber aus der Kritik, die die Haltung der Zeitung im ganzen Reich und besonders in den großen Verwaltungen erfahren hat, ersehen, daß es doch notwendig ist, jemand einzusetzen, der darüber wacht, daß das, was wir nun im Antrag Gaas beschlossen haben, auch eingehalten wird. (Zuruf: Das macht der Vorstand!) Das beweisen wir. Die Kosten einer solchen Einrichtung würden nicht allzu hoch sein, da die Wahl der Mitglieder am Erscheinungsort der Zeitung vor sich gehen soll, ist sie auch schnell zusammenzubekommen. Der Vorstand hat wohl genügend mit den Aufgaben zu tun, die ihm sonst zufallen. Wählen Sie eine besondere Kommission für diesen Zweck, dann ist sie uns auf der nächsten Generalversammlung verantwortlich.

Scherum: Soweit ich die Stimmung der Versammlung kenne, brauche ich Sie nicht besonders aufzufordern, den Antrag abzulehnen. Nur zu den Ausführungen Schumanns ein paar Worte. Was er will, bedeutet nichts anderes als die Einsetzung einer Präventivgenjur. Wenn der erste Fall vorgekommen sein wird, daß die Preschkommission an der Zeitung Anstoß nimmt, wird sie von der Schriftleitung verlangen, daß sie ihr das nächstmal das Manuskript vorher vorlegt. Das würde zu unheilbaren Zuständen führen. Keine Schriftleitung kann sich auf so etwas einlassen.

Severing (Bielefeld): Man kann unterscheiden zwischen einer Auffichtsinanz und einer Beschwerdeinstanz. Die Leipziger wollen offenbar eine Auffichtsinanz, die also vorbeugend wirken soll. Das würde allerdings eine Präventivgenjur bedeuten. Es würden dann alle Manuskripte vorher der Preschkommission zur Begutachtung und Entscheidung vorgelegt werden müssen. Schumann ist ja auch Redakteur und wird deshalb soviel davon verstehen, daß das selbst bei einem Wochenblatt ein unmöglicher Zustand sein würde. Die Aktualität der Metallarbeiter-Zeitung ist so wichtig nicht allerersten Ranges — daraus will ich der Redaktion keinen Vorwurf machen —, wenn aber dann noch eine Verzögerung durch die Prüfung der Manuskripte der Preschkommission eintreten würde, würden wir bei Besprechung aktueller wirtschaftlicher Tagesfragen weit nachhinken. Der Nutzen einer solchen Präventivgenjur würde in gar keinem Verhältnis zu den Nachteilen stehen, die die Kollegen erleiden würden. Der Antrag ist auch aus anderen Gründen unmöglich. Die Metallarbeiter-Zeitung ist das Organ des Zentralverbandes. Wir wissen ja aus Vorkängen an anderer Stelle — gerade hier in Berlin sehen wir auf kläglichem Boden dafür —, zu welcher Zwitterstellung es führt, wenn Zentralorgan und Lokalorgan vereinigt sind. Zu denselben Zuständen würde es, wenn auch ungewollt, kommen, wenn man neben dem Vorstand noch eine Auffichtsinanz in Stuttgart für das Zentralorgan schaffen wird. (Sehr richtig!) Die Kollegen in Stuttgart werden bald zu der Auffassung kommen, daß die Zeitung ihren Wünschen entsprechend redigiert werden muß. Das würde zu Reibungen mit der Redaktion, mit dem Vorstand und Ausschuss und der Generalversammlung zu lange führen, bis wir — und hierin liegt ja die Schwäche des Leipziger Antrags — der Preschkommission Exekutivgewalt verleihen. Das wird aber wohl niemand wollen, daß sie endgültig entscheidet. Sie soll doch nicht etwa den verantwortlichen Instanzen zu heute, Vorstand und Ausschuss, vorgehen, sie kann bestenfalls Gutachten an den Vorstand abgeben und wenn die Leipziger Kollegen schon zum Vorstand nicht das Vertrauen haben, daß er jetzt als Beschwerdeinstanz angreift, wie können wir dann erwarten, daß er später als zweite Auffichtsinanz eingreift. Also die wirksame Durchführung des Antrags, ohne daß man der Kommission Exekutivgewalt verleiht, ist unmöglich. Der berechtigte Kern, der in dem Antrag steckt, ist erledigt durch die Aussprache von vor-gesprochen. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Redaktion eines Verbandsorgans der Stimmung und den Absichten der Mehrheit der Verbandskollegen entsprechen muß. Das ist durch die Resolution Gaas festgelegt — ob in besonders glücklicher Fassung, darüber kann man streiten. Die Entscheidung darüber, ob die Redaktion dieser Beschlüsse entsprechend das Blatt redigiert hat, wollen wir der Generalversammlung vorbehalten, die nicht von lokalen Einflüssen aus die Sache beurteilt. Aus diesen praktischen Erwägungen bitte ich, den Antrag abzulehnen.

Philipp: In der Kommission hat Reichel als Vertreter des Vorstandes teilgenommen, daß auch der Vorstand die Einmischung in die inneren Parteifragen nicht wünscht. Daraus kann Kollege Schumann ersehen, daß der Vorstand wohl des Recht für sich in Anspruch nimmt, als überwachende Stelle zu gelten. Er hat nach meiner Auffassung das Gewandtheit der Organisation zu feiern, und wenn er alles zu überwachen hat, wie im Staat vorgehen ist, so auch die Haltung der Organisation. Wenn Sie eine Preschkommission wählen, übertragen Sie die Entscheidung einer einzigen Mitgliedschaft, sonst müßte die Preschkommission sich aus Mitgliedern aus verschiedenen Orten zusammensetzen.

Scherum (Leipzig): Nach den Ausführungen des Vorstandes gehen wir diesen Antrag zurück.

Der Antrag von Pries wird nicht gerüdgzogen, weshalb darüber abgesehen wird. Er wird abgelehnt.

Berichtigungen. Ja Nr. 28 ist auf Seite 114, mittlere Spalte, statt Hassle zu lesen Hauble.
 Auf Seite 114, Spalte 2, heißt es, das Mandat von Siefen (Sena) sei für erwidert erklärt worden. Es lag zwar ein Protest dagegen vor, ist aber für gültig erklärt worden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 18. Juli der 30. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. Juli 1915 fällig ist.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bremen: Der Beitragsaffler Paul Gändler, geb. am 14. September 1873 zu Mersburg, Buch-Nr. 462644, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Neumarkt: Der Schlosser Martin Bauer, geb. am 1. Juli 1879 zu Neumarkt, Buch-Nr. 498588, wegen Betrug.

Öffentlich gerügt wird: Auf Beschluß des Vorstandes: Der Ziseleur Rudolf Lindner, geb. am 29. November 1868 zu Wien, Buch-Nr. 1,100748, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Einzuziehen und an den Vorstand zu senden ist: Buch-Nr. 109977, lautend auf den Formier Karl Trenz, geb. am 20. Mai 1868 zu Nordhausen, eingetretten am 1. September 1902 in Stuttgart (R.).

Alle für den Vorstandsmitglied bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röhrestraße 16a, zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röhrestraße 16a; auf den Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 30. Juni 1915 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Wachen 1520	M. Weß 300	Altwater 350	Amberg 800	Anna-berg 100	Ansbach 250	Artern 600	Ashaffenburg 300	Aue 6500
Augsburg 2600	Augustshorn 200	Bamberg 600	Barth 100	Baugen 1000	Bayreuth 300	Berchtesgaden 800	Berlin 300000	Bernburg 600
Bielefeld 16000	Bitterfeld 1500	Blankenburg a. S. 400	Blankenburg i. Th. 150	Bochum 1000	Boitzenburg 500	Bonn 600	Braun-schweig 5000	Bremen 18000
Bremerhaven 8500	Breslau 2438,50	Bunzlau 200	Burg 600	Celle 200	Chemnitz 25000	Craills-hein 124,84	Crimmitschau 700	Danzig 4000
Delmenhorst 200	Deßau 4100	Döbeln 800	Dortmund 3500	Dresden 52000	Duis-burg 1000	Düsseldorf 9250,50	Eberstadt 200	Eberswalde 4000
Eckernförde 3000	Eisenburg 300	Einbeck 100	Eisenach 2800	Eisen-berg 350	Elnshorn 300	Erfurt 2400	Erlangen 500	Essen 7046,30
Finstertal 4000	Flensburg 6000	Forst 500	Frankenberg 150	Frankenthal 4350	Frankfurt a. M. 21185,95	Frankfurt a. O. 800	Freiburg i. B. 500	Freiburg i. S. 200
Friedland 60	Friedrichs-hafen 800	Fürstentum 800	Fürth 3000	Furtwangen 100	Gaffeln 200	Gera 3500	Gewesberg 8000	Gießen 250
Gladbach 1000	Goldlauter 600	Göppingen 5800	Görtlich 1000	Gößnitz 300	Gotha 2400	Graudenz 150	Greifswald 150	Greiz 1000
Großhain 500	Großschönau 200	Grüna 320	Guben 600	Gaders-leben 200	Gainichen 100	Halberstadt 600	Halle 4000	Hamburg 893,58
Hannau 3000	Hannover 15189	Harburg 6000	Hargerode 800	Hannau 100	Heidenheim 500	Helmstedt 300	Herford 200	Hilbers-heim 300
Hirschberg 200	Höcht 1800	Hohenlimburg 100	Hohen-slein 500	Ingolstadt 200	Jserloh 1000	Jzhehe 200	Jena 6000	Kaiserlautern 600
Karlruhe 5000	Kassel 3900	Kettlerbach 250	Kiel 15000	Koburg 200	Köln 20000	Kottbus 300	Krefeld 1000	Kulmbach 140,42
Küstrin 100	Lägerdorf 40,20	Lambrecht 300	Landsberg a. W. 200	Langenbissau 99	Lauf 100	Leipzig 31000	Leipzig 31000	Leipzig 31000
Leipzig 31000	Leipzig 31000	Leipzig 31000	Leipzig 31000	Leipzig 31000	Leipzig 31000	Leipzig 31000	Leipzig 31000	Leipzig 31000
Leipzig 31000	Leipzig 31000	Leipzig 31000	Leipzig 31000	Leipzig 31000	Leipzig 31000	Leipzig 31000	Leipzig 31000	Leipzig 31000

Die Verwaltungen, Bevollmächtigten und sonstigen Ein-sender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vor-ziehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Unfälle so-fort an uns zu berichten. Der Vorstand.

Berichte

Brandenburg a. S. In der Gemeinde Bries bei Branden-burg haben sich die Brandenburgischen Flugzeugwerke, G. m. b. H., in einem großen Gebäude niedergelassen. Der Ort Bries ist so weit von Brandenburg entfernt, daß die Straßenbahn nur zu einem Teil des Weges benutzt werden kann. Doch Bries ist jenseit der Brandenburg nicht gerne hin, weil ihnen dort alles fehlt, was eine Stadt bietet. Daher sind es meist Kollegen, die ihren Wohnsitz in Brandenburg haben, die auf dem Werk tätig sind. Zu den Un-nehmlichkeiten des Lebens gehört es gerade nicht, weder im Sommer noch im Winter, nach der weiten Arbeitsstelle hinauszufliegen, weil, wie bereits bemerkt, die Straßenbahn nicht bis zum Werk fährt; es bleibt für den Fußgänger immer noch eine Wegzeit von dreiviertel Stunden übrig. Was das zu bedeuten hat, versteht nur der, der den Brandenburgischen „Schnee“ aus eigener Erfahrung kennt. Es ist daher begreiflich, daß die Kollegen darauf drängen, dort Verhältnisse zu schaffen, die einigermaßen annehmbar waren. Bereits im November des vergangenen Jahres einigte sich der Arbeiterschuß mit der Direktion auf folgende Punkte: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 58 Stunden, an den ersten fünf Wochentagen je 10 Stunden

und am Sonnabend 8 Stunden. Die Einstellungslöhne für Schlosser, Tischler u. s. w., überhaupt für alle gelehrten Handwerker, betragen 65 % für die Stunde, bei zufriedentstellender Arbeit nach 14 Tagen 60 %; jüngere ausgearbeitete Leute erhalten 50 %, Hilfsarbeiter 40 % Stundenlohn. Jedoch wurden die Arbeiter bald gewahrt, daß bei den von Tag zu Tag gestiegenen Lebens- und Bedarfsmittelpreisen ihre Lage sich verschlechterte. Eine im Juni abgehaltene Betriebsversammlung beauftragte den Arbeiterausschuß, zum Abschluß eines Tarifvertrags bei der Direktion vorstellig zu werden. Am 14. Juni fand die Schlussverhandlung statt und es wurde nach Anhörung der Arbeiterchaft folgender Vertrag zwischen der Direktion und dem Arbeiterausschuß abgeschlossen. § 1. Die normale Arbeitszeit beträgt wöchentlich 58 Stunden, und zwar Montag bis Freitag täglich 10 Stunden und Sonnabends 8 Stunden. § 2. In den Sonnabenden vor den hohen Festtagen (Weihnachten, Ostern und Pfingsten) tritt der Arbeitslohn mittags 12 Uhr ein. § 3. Der Einstellungslohn beträgt im allgemeinen für sämtliche vollwertige gelehrte Handwerker 65 %, Maschinenarbeiter 60 % pro Stunde. Nach 14 Tagen tritt bei vollkommen zufriedentstellender Arbeit eine Lohnerhöhung auf 75 respektive 70 % pro Stunde in Kraft. Lohn für Hilfsarbeiter bis 18 Jahre 40 % und über 20 Jahre 55 % pro Stunde. Arbeiterinnen erhalten einen Einstellungslohn von 50 % und nach 14 Tagen 35 % pro Stunde. § 4. Die Westkunde fällt in Zukunft weg, dafür erhalten die in Brandenburg, Pommern und Umgebungen wohnenden Arbeiter eine entsprechende Lohnerhöhung in Höhe von 10 bis 14 %. Für die ersten drei Überstunden wird im allgemeinen ein Zuschlag von 25 Prozent vergütet, Überstunden darüber hinaus und Sonntags mit 50 Prozent. § 5. Bei Akkordarbeiten ist der Stundenlohn zu garantieren. Nacharbeiten, welche nicht aus Verschulden oder Unachtsamkeit der Arbeiter notwendig werden, werden in Stundenlohn berechnet. § 6. Für Gerberarbeiten, Waschgelegenheiten, Verbandsarbeiten, Ventilation und sonstige gesundheitsfördernde Einrichtungen ist Sorge zu tragen. § 7. Alle durch diese Neuregelung nicht berücksichtigten Punkte bleiben in der bisherigen Form in Gültigkeit. Die Vereinbarung tritt mit dem Tage des Abschlusses in Kraft und gilt längstens auf die Dauer eines Jahres. Nach Friedensschluß wird über Lohn und Arbeitszeit neu verhandelt. Zu bemerken ist noch, daß die Arbeitszeit 57 Stunden beträgt, aber 58 Stunden bezahlt werden. Ferner erhalten die Schweizerinnen einen Stundenlohn von 60 %.

Hohenlimburg. Daß viele Unternehmer auf die genaue Einhaltung des Burgfriedens während des Krieges pfeifen, ist eine allbekannte Tatsache und braucht eigentlich nicht mehr besonders hervorgehoben werden. Wie die Vereinigten Walz- und Holzwerke in Hohenlimburg den Burgfrieden wahren, geht aus folgendem hervor. Nicht allein, daß man fortgesetzt die Drohung mit dem Schloßhaken anwendet, um die Arbeiter gefügig zu machen und ihnen die Freizügigkeit zu beschneiden, ist man auch dazu übergegangen, den Beizern der Abteilung II einen durchschnittlichen Abzug von 20 % zu beschneiden. Und das unter dem Zeichen des Burgfriedens und der ungeheuren Verteuerung der Lebensmittel. Bemerkenswert ist noch, daß die Firma Kriegsmaterial liefert und den größten Teil der Arbeiter vom Kriegsdienst reklamiert hat. Wie weit alle reklamierten Arbeiter zur Herstellung von Kriegsmaterial verwendet werden, entzieht sich unserer Kenntnis. Im übrigen, was sagt das General-Kommando zu den Abzügen der Firma? Wie wenig gerade in der Zeit des Burgfriedens, der doch errichtet wurde als äußeres Wahrzeichen, alle inneren Streitigkeiten zu vermeiden, der Gemeininn des Unternehmertums bekräftigt wird, beweisen die Verhältnisse auf Wura g. Das sind schlimme Zeichen während des Krieges. In welcher Form mögen erst die Abzüge nach dem Kriege stattfinden? Wir richten daher an die Arbeiter auf Wura die Mahnung, aus den nicht vereinzelt Morgängen die nötigen Lehren zu ziehen und sich der gewerkschaftlichen Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, anzuschließen. Was den einzelnen Arbeitern nicht gelingt, gelingt der vereinten Kraft. Vereinzelt seid ihr nichts, vereint alles.

Mannheim. Die Arbeiter der Benzwerke haben in einer am 4. Juli abgehaltenen Versammlung ihre Wünsche und Forderungen an die Firma in folgender Entschiedenheit zusammengefaßt: „Die heute am 4. Juli im großen Saale des „Saalbauheaters“ stattfindende, überaus stark besuchte Versammlung der Arbeiterchaft der Benzwerke bezieht die von der Firma einem Teil der schlechtest bezahlten Stundenlohnarbeiter gewährte „Leuerungszulage“ als durchaus ungenügend. Angesichts der fast unerschwinglichen Lebensmittelpreise erscheint der durch den Arbeiterausschuß der Firma unterbreitete Vorschlag: Allen im Taglohn beschäftigten Arbeitern und denjenigen Akkordarbeitern, die eine wesentliche Steigerung ihres Verdienstes bisher nicht erzielen konnten, 15 und 10 Prozent Zuschlag zu gewähren, als sehr bescheiden. Die Ablehnung durch die Firma ist um so bedauerlicher, als dieselbe geradezu glänzende Geschäftsergebnisse aufzuweisen hat. Ferner protestiert die Versammlung ganz entschieden dagegen, daß die angeblich aus Arbeitermangel beschäftigten Frauen mit um zwei Fünftel niedrigeren Löhnen und Akkordlöhnen bedacht werden als die bisher beschäftigten Männer. Die Versammelten vertreten mit allem Nachdruck die rechtlich und moralisch begründete Forderung, daß für gleiche Arbeitsleistung gleiche Entlohnung einzutreten hat, zumal den Frauen bei der Deckung ihrer Lebensbedürfnisse keinerlei Vergünstigungen zuteil werden. Die Versammelten huldigen erneut der Erkenntnis, daß Verschlechterungen ihrer Lage nur abgewehrt und Verbesserungen nur erzielt werden können durch enge Zusammenfassung in ihrer gewerkschaftlichen Organisation. In diesem Bestreben lassen sich die Kollegen auch während des Krieges weder durch angedrohte noch bewirkte Eingehung zum Heeresdienst beirren. Willkürlich herausgegriffene Abkömmlichheits-Erklärungen, wie die der Kollegen Maffschke und Krauth, betrachtet die Arbeiterchaft als Maßregelung. Sie wird sich gegen solche Maßregelung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen. Die Arbeiterchaft verlangt endlich, daß der Arbeiterausschuß als berechtigter Vertreter der Arbeiter anerkannt und bei den Verhandlungen als gleichberechtigter Faktor betrachtet und nicht als Heher hingestellt wird. Die Arbeiterchaft beansprucht nach wie vor das Recht, in Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzureden.“

Rundschau.

Gegen die Sonderbündelei

richtet die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands in Nr. 26 des Korrespondenzblattes einen Aufruf. Dieser bezieht sich auf das auch uns zum Abdruck zugesandte und an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gerichtete Schriftstück, von dem in der letzten Zeit wiederholt die Rede gewesen ist, obgleich kein einziges Arbeiterblatt Deutschlands gewagt hat, seinen Vorwurf abzu drucken, selbst die Blätter nicht, von denen Angehörige das Schriftstück unterzeichnet haben. Was die General-Kommission zu ihrer Abschreckung veranlaßt, ist die Veröffentlichung, mit der ein Teil der Unterzeichner ihre Stellung im Gewerkschaftswesen hervorhebt. Selbst wenn der Unterzeichner nur „Mitglied der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes in B.“ ist, so wird dies besonders bemerkt. (In ähnlicher Weise haben auch ein paar Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ihre „Stellung“ hervorgehoben.) Dazu bemerkt die General-Kommission unter anderem:

„Die Parteigenossen (es sind deren 20 unter 179), die ihrem Namen unter dem Rundschreiben den Titel eines Gewerkschaftsfunktionärs hinzugefügt haben, sind nicht berechtigt, im Namen der Gewerkschaften oder des Verbandes, dem sie angehören, ja nicht einmal im Namen des Organisationszweiges, dessen Zeitung ihnen anvertraut ist, zu sprechen. ... Es handelt sich bei diesem Rundschreiben nicht mehr um eine spontane Kundgebung, sondern um einen organisierten Sprengversuch der Einheit der deutschen Arbeiterorganisationen.“

Die Desorganisation soll herbeigeführt werden, weil die große Mehrheit der organisierten Arbeiterchaft sich dem Willen einer kleinen Minderheit nicht unterwerfen will. ... Für die Gewerkschaften Deutschlands, die in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertretung sehen, wäre es ein großer Nachteil, wenn dieser organisierte Sprengversuch Erfolg haben sollte. Ob er sich dauernd bemerkbar machen würde und die Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Organisation darunter leiden könnte, wollen wir heute nicht untersuchen.

Jedenfalls müssen wir uns aber mit aller Entschiedenheit gegen diejenigen wenden, denen das Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Organisation fehlt und die es für geraten halten, den Parteifreieit in die Gewerkschaftsorganisationen zu tragen. Wenn man schon die Wirkung des politischen Kampfes durch Desorganisation der Partei herabmindern will, so möge man wenigstens die Gewerkschaften mit diesem Treiben verschonen. Die Gewerkschaften werden nach Beendigung des Krieges die äußerste Kraft zur Vinderung der eintretenden Not einsetzen müssen und der geschlossenen Organisation bedürfen, um die schweren wirtschaftlichen Kämpfe in dieser kritischen Zeit zu führen.

Wir erwarten von den Gewerkschaftsvertretern, welche die Erfüllung ihrer Aufgaben ernst nehmen, daß sie alles daransetzen werden, die Geschlossenheit in der Gewerkschaftsbewegung nach wie vor zu erhalten.“

Zur Generalversammlung unseres Verbandes

macht der Leiter des dänischen sozialdemokratischen Pressebureau, der Abgeordnete Hans Nielsen, im Kopenhagener Sozialdemokraten beherztenswerte Ausführungen, aus denen das Hamburger Echo (Nr. 156 vom 7. Juli) folgenden Auszug bringt:

„Die größte und stärkste Berufsorganisation der Welt, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, hat dieser Tage ihren regelmäßigen Kongress abgehalten. Dieser Kongress ist ein neues Zeugnis von der fast märchenhaften Kraft Deutschlands. Elf Monate lang hat nun der Krieg gehauert und die Hälfte der Mitglieder dieses Verbandes befindet sich unter den Fahnen, aber diese Tatsache stört nicht im mindesten die Tätigkeit dieser Organisation. Sie geht ihren bestimmten Gang, und da die Zeit gekommen ist, in der der Kongress gewöhnlich abgehalten wurde, so wird eben auch dieser wieder abgehalten. Diese unverrückbare Ruhe ist echt deutsch und ein sticher Beweis dafür, daß der Glaube des deutschen Volkes an seine eigene Kraft in diesem Augenblick, wo die Feinde von allen Seiten nach den Grenzen des Reiches hervorbrechen, groß sein muß. Auch die Vertreter der Bruderorganisationen in Skandinavien sind anwesend in Berlin, und gerade in diesem Augenblick haben die norwegischen und deutschen Arbeiter, die so intim verbunden sind, doppelten Grund, die Situation zu beraten. Ungefähr alle germanischen Sprachen sind auf diesem Kongress vertreten, und sie repräsentieren die große Mehrzahl der organisierten Arbeiter dieses Berufes in Europa. Als Sozialdemokraten können wir uns nur darüber freuen, und es ist unsere Hoffnung, daß dieser Kongress, auf dem so viele Vertreter der germanischen Eliteorganisationen versammelt sind, weiter dazu beitragen wird, die Freundschaft und die nützliche Zusammenarbeit unter den Arbeitern der europäischen Länder zu bewahren.“

In Augenblick herrscht ein tödlicher Haß zwischen den Nationen. Aber der Krieg muß einmal aufhören, und dann wird es sich zeigen, daß dieser Haß nicht von ewiger Dauer sein wird. Aber daß er der Arbeiterbewegung geschadet hat, ist nicht abzuleugnen. Auch hierzulande hat man versucht, einen längst vergessenen Haß wieder aufzukommen und eifrige Redner und Soldatredner suchten das deutsche Volk in das schlechteste Licht zu stellen. Aber alle Freistrebungen waren vergeblich. Die Arbeiter wissen, daß der deutsche Militarismus dem russischen, französischen oder englischen auf ein Haar gleicht, und daß die kapitalistische Ausbeutung überall dieselbe ist, ja, daß sie in England und Frankreich noch rücksichtsloser als in Deutschland ist. Diese Tatsachen werden recht schnell bewirken, daß die alte Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern aller Länder wieder zustande kommt und sich noch stärker als vor dem Kriege entwickeln wird. Übrigens verstehen wir sehr gut, daß die oberen Klassen auf Deutschlands Niederschmetterung so innerlich hoffen. Deutschland war auf allen ökonomischen Gebieten ein Land des Fortschrittes. In Deutschland hat der sozialistische Gedanke eine festere Basis als in jedem andern Land. Jeder konnte sehen, daß die mächtige deutsche Sozialdemokratie nicht mehr weit von ihrem Siege entfernt war, und es ist verständlich, daß man in kapitalistischen Kreisen außerhalb Deutschlands den Zusammenbruch dieses Landes, seiner blühenden Industrie und seines Handels sowie seines ganzen jüngerlichen Lebens herbeiwünscht, womit natürlich auch die deutsche Arbeiterbewegung tödlich getroffen würde. Aber gerade der Metallarbeiterkongress ist ein Beweis dafür, daß diese Wünsche nicht in Erfüllung gehen werden. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung lebt und arbeitet völlig programmäßig auch unter dem Krieg, und wenn einmal die Waffen wieder ruhen, dann wird man unsere mächtige Bruderpartei in Deutschland mitten in der sozialistischen Welt sehen können, und dann wird sie wie früher das stärkste Element in unserer Bewegung sein.

Die guten Leute, die bei uns nun wieder versuchen, den alten Haß gegen das deutsche Volk zu erwecken, kennen durchaus nicht die Verhältnisse, die in unserer Zeit zwischen den Arbeitern Deutschlands und den der anderen Länder bestehen. Sie sollten hingehen auf die Arbeitsplätze und in die Fabriken und mit den Arbeitern sprechen, die sich in der Welt umgeben haben, und sie würden dann hören, daß sie so ziemlich alle durch Deutschland gewandert sind. Und alle werden sie bezeugen, daß unsere jungen Arbeiter, die in die weite Welt gezogen, um etwas zu lernen, gerade in Deutschland das größte Entgegenkommen fanden. Dort konnten sie Arbeit finden, wo sie wollten, und wenn sie sich ihren Organisationen angeschlossen, die ihnen überall offen standen, dann waren sie sofort gute Kameraden mit den Söhnen des großen Landes. Wohlwollend öffnete Deutschland seine Fabriken — und besonders eine medianischen Werkstätten — nicht allein den dänischen, sondern auch den schwedischen und norwegischen Arbeitern. Alle waren willkommen, selbst in Zeiten herrschender Arbeitslosigkeit unter den deutschen Arbeitern. Ein solches Entgegenkommen fanden die nordischen Arbeiter nicht in den anderen Ländern, und am allerwenigsten in England.

Zum Vergleich hiermit wollen wir eine Begebenheit, die sich kürzlich innerhalb der englischen Gewerkschaften zugetragen hat, hier anführen. Mehrere Abteilungen des Fornerverbandes hatten die Frage der Stellung der belgischen Forner in England unter dem Kriege zum Anlaß einer Untersuchung gemacht und folgende Fragen an die Verbandsleitung gestellt: 1. Können die belgischen Forner Erlaubnis erhalten, in unseren Werkstätten zu arbeiten? 2. Können sie Mitglieder unserer Organisation werden? 3. Was soll mit jenen geschehen, die bereits in Arbeit getreten sind? Der Hauptvorstand des englischen Fornerverbandes antwortete hierzu: Solange noch einzelne von unseren Mitgliedern arbeitslos sind, können belgische Forner keine Erlaubnis erhalten, in unseren Werkstätten zu arbeiten. Sollte die Zeit kommen, wo wir außerhande sind, der Nachfrage nach Fornern zu entsprechen, können wir darauf eingehen, daß die belgische Arbeit unter der Bedingung erhalten, daß die Unternehmer versprechen, im Falle Entlassungen vorgenommen werden müssen, dann die belgischen Forner zuerst an die Reihe kommen. Die belgischen Forner, die in Arbeit treten, haben die Beiträge der Klasse-Mitglieder zu zahlen, ohne jedoch bezugsberechtigte Mitglieder unserer Organisation zu werden. Im Gegensatz hierzu haben die deutschen Arbeiter durch Jahre hindurch gezeigt ihr Wort mit jedem Klaffengassen geteilt, der vom Ausland in ihr Land kam, und sie haben dadurch keinen Schaden erlitten. Die deutschen Gewerkschaften sind mit Mieseschritten gewachsen und die Löhne der Arbeiter gestiegen. Das ist dieses wirksame Land des Fortschritts, von dem die Arbeiterklasse in der Zukunft noch große Dinge zu erwarten hat.

Der Verlauf des Metallarbeiterkongresses aber bestärkt in uns dem Glauben, daß die deutsche Sozialdemokratie auf Festem Grund gebaut ist, daß sie unverrückbar fest steht in dieser wilden, blutigen Saatzeit, die nun Europa überflutet.“

Gewerkschaftliches.

Fabrikarbeiter. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands kann in diesem Jahre ebenfalls sein 25 jähriges Bestehen feiern. Schon früher machten sich Bestrebungen geltend, neben den Vereinigungen für die früher noch mehr handwerkermäßigen, teilweise auch noch zünftlerisch angehauchten „gelernten“ Arbeiter besondere Vereinigungen zu schaffen für die „ungerlenen“ Arbeiter, deren Zahl in der ausblühenden Industrie immer größer wurde. Die verschiedenen Vereine und Verbände, die zu diesem Zweck gegründet wurden, fielen sämtlich dem Sozialistengesetz zum Opfer. Auch in den ersten Jahren während der Wirkfamkeit dieses Gesetzes gelang es noch nicht, einen Ersatz zu schaffen. Erst später, als sich zeigte, daß es doch nicht möglich war, die Arbeiterbewegung mit Gewalt zu bekämpfen, glückte auch den Fabrikarbeitern der Zusammenschluß. Noch ehe das Gesetz aufgehoben wurde, gelang es, in Hannover einen Verein zur Wahrung der Interessen der Fabrik- und sonstigen niedrigeren Arbeiter von Hannover, Linden und Umgegend“ zu gründen. Die Anregung dazu war hauptsächlich von Gummiarbeitern ausgegangen und die Mitglieder besaßen anfangs zum größten Teile aus solchen. Nichtsdestoweniger blieben die meisten Gemeindeglieder dem Verein fern, weil er ihre Sonderwünsche nicht berücksichtigte. Trotz aller Verbätigkeit brachte der Verein es in Jahresfrist nur auf etwas über 400 Mitglieder. Nach etwa zweifeln Jahren, als das Sozialistengesetz infolge seiner Unwirksamkeit in der gehandhabt wurde, glaubte man, es mit einem Verbande für ganz Deutschland versuchen zu können. Zum 8. Juni 1890 berief der Vorsitzende des Vereins einen Kongress aller nichtgewerkschaftlichen Arbeiter Deutschlands nach Hannover. Dort wurde die Verbandsgründung beschlossen. Die Gründer hatten damals die Hoffnung, daß der Verband an die Spitze aller Gewerkschaften gelangen werde. Dieser Willetraum ist zwar nicht in Erfüllung gegangen, aber immerhin hat der Verband sich zu einer stattlichen Körperschaft entwickelt, die vor Ausbruch des Krieges über 20000 Mitglieder hatte. Der Verband hat zur Feier des Tages seine Zeitung, den Proletarier, in einer geschmackvoll ausgestatteten Festschau erscheinen lassen, die eifrige Leserwerte Beiträge enthält.

Die zweite Generalversammlung der Volksfürsorge

zur Rechnungslegung über das Geschäftsjahr 1914 trat am Sonntag abend, dem 26. Juni, im Sitzungssaale der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg zusammen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Reichstagsabgeordneter Gustav Bauer, eröffnete die Generalversammlung und stellte die ordnungsgemäße Vertretung sämtlicher Aktionäre durch bestellte Bevollmächtigte fest. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied v. Elm gab den Geschäftsbericht des Vorstands, der gedruckt vorlag und aus dem in der Presse bereits die Hauptpunkte veröffentlicht wurden. Er bezeichnete den Abschluß als einen unter den bestehenden Verhältnissen günstigen. Wenn auch die nach dem Verlauf des ersten halben Jahres berechnete Hoffnung, einen günstigeren Bericht vorlegen zu können, durch den Krieg vereitelt wurde, so sind wir doch in der Lage, über einen Überschuß von 171947,04 M zu verfügen und dadurch den verschönten Fonds 74389 M und der Gewinnreserve der Versicherungen 96115,54 M zuzuführen zu können. Der Versicherungsbestand, der Ende 1913 7025 Policen mit einer Versicherungssumme von 12912968 M betrug, stieg bis Ende 1914 auf 163469 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 25615271 M, also mehr als eine Verdoppelung der Versicherungssumme. Die Gesellschaft hat einen Verfall von 2571 Policen und in eine andere Versicherungsart umzuwandeln 23747 Policen. Das ist ein durch den Krieg bedingter außerordentlicher Abgang, der aber im Vergleich zu anderen Gesellschaften nach als recht günstig zu bezeichnen ist. Der Vorsitzende Bauer stimmte im Namen des Aufsichtsrats dem Geschäftsbericht sowie der vom Vorstand aufgestellten Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung in allen Punkten zu.

Beim Punkt 2 der Tagesordnung gab Herr Junger (Berlin) den Bericht der Revisionskommission des Aufsichtsrats und stellte fest, daß bei den verschiedenen Revisionen der Kommission und des vom Aufsichtsrat beauftragten Revisors, Herrn Bästlein, alles in bester Ordnung befunden wurde.

Die Erörterung wurde hierauf als Punkt 3 der Tagesordnung der Antrag des Aufsichtsrats, die Jahresrechnung zu genehmigen und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen, einstimmig angenommen.

Bei Punkt 4 der Tagesordnung erklärte v. Elm den vom Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagenen Plan zur Verteilung des erzielten Überschusses und teilte mit, daß über den Verzicht auf die ihnen zustehenden Zinsen im Betrag von 40000 M unter den Aktionären bereits eine schriftliche Abstimmung vorgenommen wurde, wobei der Verzicht einstimmig ausgesprochen wurde.

Hierauf beschloß die Generalversammlung einstimmig:

1. Für das Geschäftsjahr 1914 tritt eine Verzinsung des Aktienkapitals nicht ein; der dafür nach § 36 Abs. 2 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrags berechnete Betrag von 40000 M ist — unbeschadet der nach dem Gesellschaftsvertrag vorgeschriebenen Verteilung — dem Kriegsereservefonds (§ 36 Abs. 2 Ziffer 3 des Gesellschaftsvertrags) zuzuführen.

2. Von dem erzielten Überschuß im Betrag von 171947,04 M sind gemäß den Bestimmungen des § 36 des Gesellschaftsvertrags zuzuteilen:

- 1. dem gesetzlichen Reservefonds fünf vom Hundert = 8597,35 M
 - 2. dem Organisationsfonds „ „ „ „ = 8597,35 M
 - 3. dem Kriegsereservefonds „ „ „ „ = 8597,35 M
 - 4. dem Fonds für befond. Reserven fünf v. Hundert = 8597,35 M
 - 5. der Gewinnreserve d. Versicherungen fünf v. Hundert der 1992310,90 M betragenden Jahresprämie der mit Gewinnbeteiligung Versicherungen . . . = 96115,54 M
- Der Rest von 1442,10 M ist auf neue Rechnung vorzutragen. Der Aufsichtsrat hat nach § 33 des Gesellschaftsvertrags die Anstellung eines Revisors beantragt und schlug dazu Herrn Bästlein vor, dessen Wahl hierauf einstimmig vollzogen wurde.

Der Aufsichtsrat verzichtete zugunsten der Versicherer auf die ihm nach dem Gesellschaftsvertrage zustehende Entschädigung auch für das abgelaufene Jahr und bewies damit wie die Aktionäre, daß es ihm ernst damit ist, die Volksfürsorge als eine wirklich gemeinnützige Versicherungsausstatt im Interesse der Versicherten zu führen.

Der Gewinnrücklage der Volksfürsorge.

Der Bestand zur Erhöhung der zur Auszahlung kommenden Versicherungssummen vermindert wird, konnten schon sechs Monate nach Gründung der Gesellschaft, am 31. Dezember 1913, 48300 M zugeführt werden. Der günstige Geschäftsablauf des Jahres 1914 ermöglicht es auch in diesem Jahre der Verwaltung, von dem Uberschuß in Höhe von 171947 M wie im Vorjahr dieser Reserve 96115 M, das sind 5 Prozent der eingezahlten Prämien von 1992310 M, zuzuführen zu können. Der in seiner vollen Höhe den Versicherten zuzulehrende Gewinnreservefonds beträgt sonach schon nach einjährigem Bestande der Volksfürsorge im ganzen 144115 M. Diese Gelder werden mit 3 1/2 Prozent verzinst und dienen beim Tode der Versicherten oder beim Ablauf der Lebensfallversicherungen zur Erhöhung der zur Auszahlung gelangenden Versicherungssummen.

Die rechtzeitige Beschaffung von Reuchmitteln

und Reueinrichtungen für den Herbst und Winter war kürzlich Gegenstand der Beratungen einer vom Kriegsausschuß für Konsuminteressen einberufenen Sachverständigenkonferenz. Die darin von Vertretern des Petroleum-, Spirit- und Karbidhandels sowie der Lampenfabrikanten und Händler abgegebenen Gutachten veranlassen den Kriegsausschuß, alle Bevölkerungskreise, die irgendwie

ist aufgegeben worden, alles zu unterdrücken, was von fern oder von weitem an den guten Geschmack unserer Pariserin erinern könnte. Nun weiß ihr wohl, welches der letzte Schritt in Schmutzigen in Berlin ist? Ein Halsband. Es ist weder von Gold, noch von Silber, noch von Platin. Es ist gemacht aus kleinen Zinblettchen, die zu einer Kette aneinander gereiht sind. Jedes dieser Plättchen, das auf unserer Schlachtfelder gesammelt wurde, trägt den Namen einer unserer Soldaten. Das sind die Erkennungszeichen unserer Soldaten. Bei den Wunden allein besteht der Brauch, sich mit der von ihnen Opfern abgenommenen Beute zu schmücken. Es blieb den Boches überlassen, von den Wunden diese letzte Mode zu entnehmen.

Das steht in dem sozialistischen Organ des Sozialisten Gustave Hervé. (Hört, hört!) Das ist eine Probe davon, wie gegen Deutschland gehet wird. (Zuruf: Das ist doch kein Gewerkschaftsblatt!) Da mag Schumann einmal prüfen, ob sich das mit der Internationalen verträgt. Er sagt, wir verschwiegen, was sonst im Ausland noch vorgeht. Dafür sollte er uns dankbar sein, denn wir hätten nicht mehr Unangenehmes als Unangenehmes berichten. Was wir von Unangenehmem berichten konnten, haben wir getan, besonders haben wir mitgeteilt, daß Herrheim, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes in Paris, es abgelehnt hat, mit den politischen Führern durch die Wunden zu gehen. Gewiß sind wir durch diesen Krieg viel klüger geworden, wir haben die englische und auch die französische, ebenso die amerikanische Psyche weit besser kennen gelernt und wir werden noch manche nützliche Lehre aus dem Kriege ziehen können. — Es wurde von den Folgen gesprochen, die die Parteipflichter haben könnten. Das ist ganz richtig, aber wer trägt denn die Schuld daran? Doch nicht die Genossen, die mit übertriebenem Ehrgeiz einen Beschluß gefaßt haben, dem sich nach demokratischem Brauch die Minderheit zu fügen hätte, sondern die Minderheit, die sich nicht fügt. — Ich will Ihre Zeit nicht länger in Anspruch nehmen, ich möchte Sie nur nochmals ersuchen, sämtliche Anträge abzulehnen. Das ist das Beste, was Sie tun können. Was in dem Duisburger Antrage gesagt ist, ist eigentlich daselbe, was jeder Reaktionsär, jeder Schamacher und preussische Landräte wünschen sollen. Wir aber müssen für volle Rede- und Schreibfreiheit, für volle Vereins- und Versammlungsfreiheit eintreten.

Es folgen persönliche Bemerkungen.
Matthies (Jena): Schumann ist so liebenswürdig gewesen, den Delegierten von Jena an seine Pflicht zu erinnern, zu den Anträgen zu sprechen, da sich ja die Jener auch damit beschäftigt hätten. Ich hätte mich zum Wort gemeldet, wenn nicht einige Kollegen in demselben Sinne gesprochen hätten, wie ich es heute vor 14 Tagen in einer Mitgliederversammlung getan habe. Im übrigen habe ich mich deshalb nicht gemeldet, weil ich mich nicht gern reden höre und es deshalb auch Ihnen nicht zumuten will, daß Sie mich gern reden hören sollen. (Große Heiterkeit.)

Dittmann (Hamburg): Wenn Schern mir vorgeworfen hat, daß meine Ausführungen auf früheren Generalversammlungen von den Gegnern gegen uns ausgenutzt sind, so muß ich die Verantwortung dafür ablehnen. Ich bin immer nur als Wortführer der Mitglieder aufgetreten, die mich gewählt hat. Wenn das eingetretene ist, was Schern ausführt, so schiebe ich die Verantwortung denen zu, die mich und meine Mitgliedschaft zu solchen Ausführungen genugten haben.

Steinopf (Essen): Zu der Essener Vertrauensmännerziehung waren wir mit über 100 Vertrauensmännern vertreten und von diesen haben wir drei bis vier gegen die Resolution gestimmt. Quist meint, ich hätte die Resolution nicht verlesen sollen. Aber warum habt ihr sie denn nicht in die Metallarbeiter-Zeitung aufgenommen? Wir hatten uns mit einer Beschwerde an den Vorstand gewandt, und der hat uns ausweichend geantwortet. Wir haben daraus ersehen können, daß man den Teufel mit Beelzebub nicht austreiben kann.

Quist: Die Essener Resolution wurde uns gar nicht zugesandt, sie ist dem Vorstand als Beschwerde zugegangen. Streiklich hielten wir sie für einen Bericht, der für die Zeitung bestimmt war. Wir hätten sie schon sehen lassen. Ich kann Ihnen den Abzug zeigen, aber der Vorstand hat uns dann gesagt, zu diesem Zweck wäre die Resolution nicht eingeschickt, wir möchten damit noch warten, und nachher ist es dann so gekommen, daß man in der Mitgliederversammlung gesagt hat: was die Vertrauensmänner gemacht haben, mögen sie selber aussprechen. Deshalb haben wir von einer Veröffentlichung Abstand genommen.

Haas (Dresden): Es wurden von einigen Rednern in ziemlich deplacierter Weise auch die Streitigkeiten zwischen den Leipziger Kollegen und der Bezirksleitung in die Diskussion gezogen, und zwei Kollegen haben es für angezeigt gehalten, uns in dieser Hinsicht zwei Resolutionen zu erteilen. Diese Resolutionen waren ganz überflüssig, wenn die Kollegen sich mit den ihnen naheliegenden Leipziger Kollegen außerhalb der Diskussion hier ins Eingeweihte gesetzt hätten. Die Kollegen mögen berücksichtigen, daß wir uns in der Abwehr befinden haben, wir bekennen es lebhaft, daß diese Dinge fortgesetzt von den Leipzigern auf das Tapet gebracht werden.

Zur Einzelberatung wird zunächst der Antrag von Haas und Genossen gestellt.

Haas (Köln): Ich möchte in Anbetracht der ziemlich persönlichen Diskussion erklären, daß ich mich mit der Schriftleitung über ihre Haltung bis dato nicht auseinandergesetzt habe, aber vieles, was in dem Blatt stand, wäre nach meiner Ansicht besser unterlassen. Ich glaube, daß die vorliegenden Anträge nicht gut angenommen werden können, wenn das, was darin steht, bezieht sich auf konkrete Fälle, es wird etwas verlangt, was im Plenum eine Mehrheit nicht finden wird. Aus diesem Grunde habe ich mich mit den Antragstellern in Verbindung gesetzt und das, was aus der Debatte hervorgeht, in eine Resolution zusammengefaßt. Schern spricht von einer Schriftleitungsparagraphen. Er kennt doch die Schriftleitung unseres Verbandes besser als ich, aber ich hätte erwartet, daß es ihr möglich sein würde, bei einem Zeitungsfall in Zukunft nach dieser Resolution zu handeln, denn es kommt auf das persönliche Zeitungsfall an. (Sehr richtig!) Alles, was hier gesagt wurde, kann natürlich nicht Rednung getragen werden. Aber andererseits liegt doch ein berechtigter Kern in der Debatte und der muß berücksichtigt werden. Die Resolution verlangt ganz besonders während des Krieges eine angemessene Zurückhaltung. Ich erinnere an die Ausführungen von Schäfer. Jeder von uns weiß, daß Schäfer, so wie er heute geredet hat, jetzt schon öfter über unsere ausständlichen Kollegen gesprochen hat, und das hat durchaus kein Aufsehen erregt. Aber diese Debatte gerade jetzt während des Krieges hervorgerufen, halte ich für sehr unglücklich. Im Prinzip sind wir mit unseren ausständlichen Kollegen über die Ursache des Krieges einig, wir können nur nicht schreiben, was wir darüber denken, wir können auch nicht das schreiben, was wir mit unseren Vätern im Ausland heute noch verbindet. Würden wir das tun, dann würde unsere Zeitung verboten, und weil wir das nicht können, liegt alles das, was wir gegen unsere Kollegen im Ausland schreiben und sagen, doppelt schwer. Aus diesem Grunde mag die Redaktion eine gewisse Zurückhaltung üben. Das ist einzig und allein in der Resolution ausgesprochen. Wir verlangen weiter, daß dieselbe Zurückhaltung und Sachlichkeit in den weiteren Parteifreistritten einhalten ist; ein jeder wird doch geglaubt, daß gerade die persönlichen Heftigkeiten nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch in der Partei sich mehr und mehr zeigen haben; es wird heute überhaupt keine Frage mehr sachlich behandelt, sondern immer nur noch in persönlicher gehässiger Weise, und das ist es, was die ganze Arbeiterbewegung gefährdet. (Sehr richtig!) Ich weiß, daß die Schriftleitung sich manchmal persönlich zu sehr engagiert hat; sie hätte das besser nicht getan und wir sollten versuchen, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben. Wie ist es denn hier in den Details gekommen? Wenn etwas von Leipzig kam, hat man sofort ganz das Persönliche gegen Leipzig gesagt. (Zuruf: Und die Leipziger?) Die Leipziger hatten noch gar nicht geredet, die brachten nur einen Antrag zu, was, da man es nicht lesen konnte, so wie in der Partei rechts und links geschrieen. Man soll nicht alles mit dieser Ereignissenheit behandeln, und ich glaube zum Schluß sagen zu können: wenn die Redaktion sich ein bisschen mehr dem richtig, was

in dem Antrage liegt, dann können wir zufrieden sein, dann werden wir in Zukunft besser fahren. (Bravo!)

Hierauf wird der Antrag Haas und Genossen angenommen. Damit sind die in der gedruckten Vorlage enthaltenen Anträge erledigt. Angenommen wird der Antrag Schäfer (Berlin) und Genossen, der für den Fall, daß die Generalkommission die Schaffung einer gewerkschaftlichen Frauenzeitschrift ablehnt, den Hauptvorstand beauftragt, der Metallarbeiter-Zeitung 14tägig eine Frauenbeilage beizufügen. Vertreter des Vorstandes und der Schriftleitung gaben hierzu die Erklärung ab, daß es technisch nicht gut möglich sei, eine Beilage herauszugeben, sondern daß sich dann schon eher die Schaffung einer besonderen Frauenzeitschrift empfehlen. Mit dieser Auslegung erklärte sich die Generalkommission einverstanden.

Bei der Statutenberatung am sechsten Tage wurde auch über die Einsetzung einer Preschkommission verhandelt. Es lagen zu § 30 Abs. 2 folgende Anträge vor:

Leipzig. Die Generalversammlung beschließt, eine Preschkommission einzusetzen, die die Metallarbeiter-Zeitung in ihrem sachlichen Teil zu überwachen hat. Sie besteht aus fünf Kollegen, die von den Mitgliedern der Verwaltungskasse des Erscheinungsortes der Zeitung gewählt werden. Mitglieder des Vorstandes sind nicht wählbar.

Pries. Einsetzung einer Preschkommission, welche die redaktionelle Tätigkeit, die sich im Verbandsorgan ausdrückt, überwacht.

Der Richterstatter Philipp sagte dazu: Haben wir denn nicht schon eine Preschkommission? Wir haben doch eine Überwachungskommission in dem Vorstand und wenn eine Kritik an der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung hier vorgenommen wurde, so trifft sie eigentlich mehr den Vorstand, der berufen ist, darüber zu wachen, was in der Metallarbeiter-Zeitung geschrieben wird. Daher halten wir es nicht für notwendig, noch eine besondere Kommission für diese Dinge einzusetzen, sondern bitten, die Verantwortung voll dem Vorstand als aufsichtsführendem Organ zu überlassen.

Schumann (Leipzig): Nach den Debatten am dritten Tage der Generalversammlung kann ich mich auf einige Worte beschränken. Nach dem bisherigen Verlauf des § 30 ist nur geklärt, wohin man sich bei Beschwerden zu wenden hat. Aber darüber, wer die Haltung der Zeitung selbst zu überwachen hat, ist nichts vermerkt. Die Kommission sagt nun, der Vorstand trägt die Verantwortung. Das ist gewiß selbstverständlich, weil unsere Zeitung das Verbandsorgan ist. Wir haben aber aus der Kritik, die die Haltung der Zeitung in ganzen Reich und besonders in den großen Verwaltungskassen erfahren hat, ersehen, daß es doch notwendig ist, jemand einzusetzen, der darüber wacht, daß das, was wir nun im Antrag Haas beschlossen haben, auch eingehalten wird. (Zuruf: Das macht der Vorstand!) Das bezweifeln wir. Die Kosten einer solchen Einrichtung würden nicht allzuhoch sein, da die Wahl der Mitglieder am Erscheinungsort der Zeitung vor sich gehen soll, ist sie auch schnell zusammenzubekommen. Der Vorstand hat wohl genügend mit den Ausgaben zu tun, die ihm sonst zuzufallen. Wählen Sie eine besondere Kommission für diesen Zweck, dann ist sie uns auf der nächsten Generalversammlung vorzubringen.

Schern: Soweit ich die Stimmung der Versammlung kenne, trauche ich Sie nicht besonders aufzufordern, den Antrag abzulehnen, nur zu den Ausführungen Schumanns ein paar Worte. Was er will, bedeutet nichts anderes als die Einrichtung einer Präventivgenfur. Wenn der erste Fall vorgekommen sein wird, daß die Preschkommission an der Zeitung Anstoß nimmt, wird sie von der Schriftleitung verlangen, daß sie ihr das nächstmal das Manuskript vorher vorlegt. Das würde zu unangenehmen Zuständen führen. Keine Schriftleitung kann sich auf so etwas einlassen.

Senering (Bielefeld): Man kann unterscheiden zwischen einer Aufsichtsinanz und einer Beschwerdeinstanz. Die Leipziger wollen offenbar eine Aufsichtsinanz, die also vorbeugend wirken soll. Das würde allerdings eine Präventivgenfur bedeuten. Es würden dann alle Manuskripte vorher der Preschkommission zur Begutachtung und Entschädigung vorgelegt werden müssen. Schumann ist ja auch Redakteur und wird deshalb soviel davon verstehen, daß das selbst bei einem Wochenblatt ein unumgänglicher Zustand sein würde. Die Aktualität der Metallarbeiter-Zeitung ist sowieso nicht allerersten Ranges — daraus will ich der Redaktion keinen Vorwurf machen —, wenn aber dann noch eine Verzögerung durch die Prüfung der Manuskripte der Preschkommission eintreten würde, würden wir bei Besprechung aktueller wirtschaftlicher Tagesfragen weit nachhinken. Der Augen einer solchen Präventivgenfur würde in gar keinem Verhältnis zu den Nachteilen stehen, den die Kollegen erleiden würden. Der Antrag ist auch aus anderen Gründen unzulässig. Die Metallarbeiter-Zeitung ist das Organ des Zentralverbandes. Wir wissen ja aus Vorgängen an anderer Stelle — gerade hier in Berlin sehen wir auf kläglichem Boden dafür —, zu welcher einer Zweiterstellung es führt, wenn Zentralorgan und Lokalorgan vereinigt sind. Zu denselben Zuständen würde es, wenn auch ungewollt, kommen, wenn man neben dem Vorstand noch eine Aufsichtsinanz in Stuttgart für das Zentralorgan schaffen wird. (Sehr richtig!) Die Kollegen in Stuttgart würden bald zu der Auffassung kommen, daß die Zeitung ihren Wünschen entsprechend redigiert werden muß. Das würde zu Klagen mit der Redaktion, mit dem Vorstand und Ausschuß und der Generalversammlung so lange führen, bis wir — und hierin liegt ja die Schwäche des Leipziger Antrags — der Preschkommission Erlaubnis erteilen. Das wird aber wohl niemand wollen, daß sie endgültig entscheidet. Sie soll doch nicht etwa den verantwortlichen Instanzen von heute, Vorstand und Ausschuß, vorgreifen, sie kann bestenfalls Gutachten an den Vorstand abgeben und wenn die Leipziger Kollegen schon zum Vorstand nicht das Vertrauen haben, daß er jetzt als Beschwerdeinstanz eingreift, wie können wir dann erwarten, daß er später als zweite Aufsichtsinanz eingreift. Also die wichtige Durchsicherung des Antrags, ohne das man der Kommission Ermächtigung verleiht, ist unzulässig. Der berechnete Kern, der in dem Antrag steht, ist erledigt durch die Ansprache von vorgestern. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Redaktion eines Verbandsorgans der Stimmung und den Absichten der Mehrheit der Verbandskollegen entsprechen muß. Das ist durch die Resolution Haas festgelegt — ob in besonders glücklicher Fassung, darüber kann man streiten. Die Entscheidung darüber, ob die Redaktion diesen Forderungen entsprechend das Blatt redigiert hat, wollen wir der Generalversammlung vorbehalten, die nicht von lokalen Einflüssen aus die Sache beurteilt. Aus diesen praktischen Erwägungen bitte ich, den Antrag abzulehnen.

Leipzig: Nach den ausgezeichneten Ausführungen Senerings will ich mich noch darauf hinweisen, daß wir bereits früher eine Preschkommission gehabt haben. Der Verbandstag in Altenburg hat eingesehen, daß sie überflüssig ist.

Philipp: In der Kommission hat Reichel als Vertreter des Vorstandes selbst erklärt, daß auch der Vorstand die Einmischung in die inneren Parteifreistritten nicht wünscht. Darum kann Kollege Schumann ansetzen, daß der Vorstand wohl das Recht für sich in Anspruch nimmt, als überwachende Stelle zu gelten. Er hat nach meiner Auffassung das Bewußtsein der Organisation zu sein, und wenn er alles zu überwachend hat, wie im Staat vorgeesehen ist, so auch die Haltung der Organisation. Wenn Sie eine Preschkommission wählen, übertragen Sie die Entscheidung einer einzigen Mitgliedschaft, sonst müßte die Preschkommission sich aus Mitgliedern aus verschiedenen Orten zusammensetzen.

Schäfer (Leipzig): Nach den Erklärungen des Vorstandes ziehen wir diesen Antrag zurück.
Der Antrag von Pries wird nicht zurückgezogen, weshalb darüber abgestimmt wird. Er wird abgelehnt.

Berichtigungen. In Nr. 28 ist auf Seite 114, mittlere Spalte, statt Haas zu lesen haubt.
Auf Seite 114, Spalte 2, heißt es, das Mandat von Siefen (Köln) ist für ungültig erklärt worden. Es lag zwar ein Protest dagegen vor, ist aber für gültig erklärt worden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Fretümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 18. Juli der 30. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. Juli 1915 fällig ist.

Ausgeschliffen wird nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungskasse in Bremen:
Der Beitragskassier Paul Händler, geb. am 14. September 1873 zu Weserburg, Buch-Nr. 462644, wegen Unterschlagung.
Auf Antrag der Verwaltungskasse Neumarkt:
Der Schlosser Martin Bauer, geb. am 1. Juli 1879 zu Neumarkt, Buch-Nr. 498588, wegen Betrug.

Öffentlich gerügt wird:
Auf Beschluß des Vorstandes:
Der Ziseler Rudolf Lindner, geb. am 29. November 1868 zu Wien, Buch-Nr. 1,100748, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Einzuziehen und an den Vorstand zu senden ist:
Buch-Nr. 109977, lautend auf den Former Karl Trenks, geb. am 20. Mai 1868 zu Nordhausen, eingetreten am 1. September 1902 in Stuttgart (K.).

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Hofstraße 16a, zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Hofstraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bezarcken, wofür das Geld vereinbamt ist. Bei Geldsendungen an britische Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.
Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 30. Juni 1915 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Nachen 1520 M., Alfeld 300, Altwasser 350, Amberg 800, Annaberg 100, Ansbach 250, Arnern 600, Aschaffenburg 100, Aue 6500, Augsburg 2600, Augsburg 200, Bamberg 600, Barmh 100, Bausen 1000, Bayreuth 300, Bergedorf 800, Berlin 300000, Bernburg 800, Bielefeld 16000, Bitterfeld 1500, Blankenburg a. S. 400, Blankenburg i. L. 260, Bochum 1000, Boizenburg 500, Bonn 800, Braun-schweig 5000, Bremen 13000, Bremerhaven 8500, Breslau 2438,50, Burgau 200, Burg 600, Celle 200, Chemnitz 25000, Exau-heim 124,84, Grimmitzschau 700, Danzig 4000, Delmenhorst 200, Dessau 4100, Döbeln 800, Dortmund 3500, Dresden 52000, Duis-burg 1000, Düsseldorf 9250,50, Eberstadt 200, Eberswalde 4000, Eckersförde 300, Eilenburg 300, Eintracht 100, Eisenach 2600, Eisen-burg 350, Elmshorn 300, Erfurt 2400, Erlangen 500, Essen 7046,30, Finsterwalde 4000, Fienburg 6000, Forst 500, Frankenberg 150, Frankenthal 4350, Frankfurt a. M. 21185,95, Frankfurt a. D. 800, Freiburg i. B. 500, Freiburg i. Schl. 200, Friedland 60, Friedrichs-hafen 800, Fürstwalde 800, Fürth 3000, Furmungen 100, Gießen 200, Giefrees 150, Gelsenkirchen 1400, Gera 3500, Gevelsberg 8000, Gießen 200, Glauch 100, Goldbrauer 600, Göttingen 5800, Görlich 1000, Götting 300, Götting 2400, Graudenz 150, Greifswald 150, Greiz 1000, Großhain 600, Großschönau 200, Gröna 320, Guben 600, Gader-sleben 200, Hainichen 100, Halberstadt 600, Halle 4000, Hamburg 899,58, Hannover 15139, Harburg 6000, Hargerode 800, Hainau 100, Heidenheim 500, Helmstedt 200, Herford 200, Hildes-heim 800, Hirschberg 200, Hocht 1600, Hohenlimburg 100, Hohen-stein 500, Ingolstadt 200, Jferlohn 1000, Jshoe 200, Jena 5000, Kaiserlautern 600, Karlsruhe 5000, Kassel 3900, Kettlerbach 250, Kiel 15000, Koburg 200, Köln 20000, Kottbus 300, Krefeld 1000, Kulmbach 140,42, Kuftrin 100, Lagerdorf 40,20, Lambrecht 300, Landsberg a. W. 200, Langenbielau 99, Lauf 100, Leipzig 31000, Liegnitz 350, Lippstadt 250, Lübeck 6500, Ludwigschafen 3500, Ludwig 300, Lindeburg 300, Magdeburg 24000, Mainz 4000, Mann-heim 9000, Marburg 30, Markranstädt 950, Martinlamis 100, Meerane 900, Meissen 1000, Merseburg 2000, Meschingen 100, Meuselwitz 750, Minden 500, Mittweida 600, Mühlhausen i. Th. 400, München 21255,75, Mustau 270, Naumburg 200, Neife 140, Neu-brandenburg 150, Neugersdorf 550, Neumünster 600, Neuruppin 100, Nieburg 800, Nießky 100, Norden 100, Nordhausen 1500, Nossen 250, Noyames-Botzdam 6000, Oberndorf 600, Oberstein 200, Offenbach 5000, Offenbach 20, Oggersheim 350, Ohrdruf 80, Oibernau 350, Oldenburg 400, Opladen 400, Osterleben 150, Osnabrück 2500, Osterholz-Scharmbeck 500, Oerde 300, Pegnitz 801,66, Penig 600, Pflungstadt 150, Pflunberg 250, Plauen 2000, Pleitberg 100, Pries 800, Quehdorf 4000, Radeberg 600, Raguhn 200, Rathenow 3000, Reichardt 400, Reimsch 433,50, Reudersburg 1500, Reußlingen 2000, Reifa 1300, Rochlitz 100, Roplau 400, Roswein 400, Rosdorf 8000, Rudolstadt 100, Ruhla 400, Saalfeld 2200, Sangerhausen 600, Senftenberg 400, Solingen 5000, Soltau 96,91, Sommerda 300, Spottau 250, Suhl 2200, Swinemünde 150, Schmiedeberg 800, Schmolln 350, Schönheide 800, Schöningen 500, Schwabach 600, Schwerin 400, Staßfurt 900, Stendal 100, Steffin 15000, Stolp 100, Straßburg 150, Stuttgart 10300, Teterow 150, Tüft 100, Lönnung 200, Lorzau 400, Lorzelow 1000, Trierberg 200, Tutzlingen 100, Uder-münde 300, Ulan 800, Urbach 250, Urfel 600, Vegeack 5000, Velbert 1000, Wallau 45, Walkrode 3,09, Warstein 150, Webel-Schulau 150, Weisensch 350, Werda 1000, Werder 200, Westlar 200, Wiesbaden 2000, Wilhelmshafen 12000, Wismar 600, Witten 2000, Wittenberg 700, Wolfenbittel 500, Wolgast 200, Wriezen 150, Wurzen 600, Zeitz 1550, Zerbst 800, Zeulenroda 1400, Zirkdorf 2000, Zittau 750, Zoffen 150, Zwickau 3500, Erzgebirger 39,60, Sonstige Einnahmen 52,05.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Ein-sender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vor-liegende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände so-fort an uns zu berichten.
Der Vorstand.

Berichte.

Metallarbeiter.

Brandenburg a. S. In der Gemeinde Briesz bei Branden-burg haben sich die Brandenburgischen Flugzeugwerke, G. m. b. H., in einem großen Gelände niedergelassen. Der Ort Briesz ist so weit von Brandenburg entfernt, daß die Straßenbahn nur zu einem Teil des Weges benutzt werden kann. Nach Briesz ziehen die Brandenburger nicht gerne hin, weil ihnen dort alles fehlt, was eine Stadt bietet. Daher sind es meist Kollegen, die ihren Wohnsitz in Brandenburg haben, die auf dem Werk tätig sind. Zu den An-nehmlichkeiten des Lebens gehört es gerade nicht, weder im Sommer noch im Winter, nach der weiten Arbeitsstelle hinauszupilgern, weil, wie bereits bemerkt, die Straßenbahn nicht bis zum Werk fährt; es bleibt für den Fußgänger immer noch eine Wegzeit von dreiviertel Stunden übrig. Was das zu bedeuten hat, versteht nur der, der den Brandenburger „Schnee“ aus eigener Erfahrung kennt. Es ist daher begreiflich, daß die Kollegen darauf drängen, dort Verhältnisse zu schaffen, die einigermaßen annehmbar waren. Bereits im November des vergangenen Jahres einige sich der Arbeiterauskunft mit der Direktion auf folgende Punkte: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 58 Stunden, an den ersten fünf Wochentagen je 10 Stunden

und am Sonnabend 8 Stunden. Die Einstellungslohn für Schlosser, Tischler u. s. w., überhaupt für alle gelernten Handwerker, betragen 55 % für die Stunde, bei zufriedenstellender Arbeit nach 14 Tagen 60 %; jüngere ausgearbeitete Leute erhalten 50 %, Hilfsarbeiter 40 % Stundenlohn. Jedoch wurden die Arbeiter bald gewahrt, daß bei den von Tag zu Tag gestiegenen Lebens- und Bedarfsmittelpreisen ihre Lage sich verschlechterte. Eine im Juni abgehaltene Betriebsversammlung beauftragte den Arbeiterausschuß, zum Abschluß eines Tarifvertrages bei der Direktion vorstellig zu werden. Am 14. Juni fand die Schlussverhandlung statt und es wurde nach Anhörung der Arbeiterchaft folgender Vertrag zwischen der Direktion und dem Arbeiterausschuß abgeschlossen. § 1. Die normale Arbeitszeit beträgt wöchentlich 58 Stunden, und zwar Montag bis Freitag täglich 10 Stunden und Sonnabends 8 Stunden. § 2. An den Sonnabenden vor den hohen Festtagen (Weihnachten, Ostern und Pfingsten) tritt der Arbeitslohn mittags 12 Uhr ein. § 3. Der Einstellungslohn beträgt im allgemeinen für ähnliche vollwertige gelernte Handwerker 65 %, Maschinenarbeiter 60 % pro Stunde. Nach 14 Tagen tritt bei vollkommener zufriedenstellender Arbeit eine Lohnerhöhung auf 75 % bzw. 70 % pro Stunde in Kraft. Lohn für Hilfsarbeiter bis 18 Jahre 40 % und über 20 Jahre 55 % pro Stunde. Arbeiterinnen erhalten einen Einstellungslohn von 50 % und nach 14 Tagen 55 % pro Stunde. § 4. Die Wegstunde fällt in Zukunft weg, dafür erhalten die in Brandenburg, Pflaue und Umgegend wohnenden Arbeiter eine entsprechende Lohnerhöhung in Höhe von 10 bis 14 %. Für die ersten drei Überstunden wird im allgemeinen ein Zuschlag von 25 Prozent vergütet, Überstunden darüber hinaus und Sonntags mit 50 Prozent. § 5. Bei Akkordarbeiten ist der Stundenlohn zu garantieren. Nacharbeiten, welche nicht aus Verschulden oder Unachtsamkeit der Arbeiter notwendig werden, werden in Stundenlohn berechnet. § 6. Für Garderoben, Waschgelegenheiten, Verbandskästen, Ventilation und sonstige gesundheitsfördernde Einrichtungen ist Sorge zu tragen. § 7. Alle durch diese Neuregelung nicht berührten Punkte bleiben in der bisherigen Form in Gültigkeit. Die Vereinbarung tritt mit dem Tage des Abschlusses in Kraft und gilt längstens auf die Dauer eines Jahres. Nach Friedensschluß wird über Lohn und Arbeitszeit neu verhandelt. Zu bemerken ist noch, daß die Arbeitszeit 57 Stunden beträgt, aber 58 Stunden bezahlt werden. Ferner erhalten die Schweißarbeiterinnen einen Stundenlohn von 60 %.

Hohenlimburg. Daß viele Unternehmer auf die genaue Einhaltung des Burgfriedens während des Krieges pochten, ist eine allbekannte Tatsache und brauchte eigentlich nicht mehr besonders hervorgehoben werden. Wie die Vertriebenen Walz- und Hohlrennerwerke in Hohenlimburg den Burgfrieden wahren, geht aus folgendem hervor. Nicht allein, daß man fortgesetzt die Drohung mit dem Schlägen anwenden, um die Arbeiter gefügig zu machen und ihnen die Freigabe zu beschneiden, ist man auch dazu übergegangen, den Weizen der Abteilung II einen durchschnittlichen Abzug von 20 % zu beschneiden. Und das unter dem Zeichen des Burgfriedens und der ungeheuren Verteuerung der Lebensmittel. Bemerkenswert ist noch, daß die Firma Kriegsmaterial liefert und den größten Teil der Arbeiter vom Kriegsdienst rekrutiert hat. Wie weit alle rekrutierten Arbeiter zur Herstellung von Kriegsmaterial verwendet werden, entzieht sich unserer Kenntnis. Im übrigen, was sagt das General-Kommando zu den Abzügen der Firma? Wie wenig gerade in der Zeit des Burgfriedens, der doch errichtet wurde als äußeres Mahnzeichen, alle inneren Streitigkeiten zu vermeiden, der Gemeinwohl des Unternehmens befähigt wird, beiseite die Verhältnisse aufzuräumen. Das sind schlimme Zeichen während des Krieges. In welcher Form mögen erst die Abzüge nach dem Kriege stattfinden? Wir richten daher an die Arbeiter auf Wahrung der Mahnung, aus den nicht vereinzelten Vorgängen die nötigen Lehren zu ziehen und sich der gewerkschaftlichen Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, anzuschließen. Was den einzelnen Arbeitern nicht gelingt, gelingt der vereinten Kraft. Vereinigt seid ihr nichts, vereint alles.

Mannheim. Die Arbeiter der Benzwerke haben in einer am 4. Juli abgehaltenen Versammlung ihre Wünsche und Forderungen an die Firma in folgender Entschiedenheit zusammengefaßt: „Die heute am 4. Juli im großen Saale des Saalbauvereins stattfindende, überaus stark besuchte Versammlung der Arbeiterchaft der Benzwerke bezeugt die von der Firma einem Teil der schlecht bezahlten Stundenlohnarbeiter gewährte Teuerungszulage als durchaus ungenügend. Angesichts der fast unerschwinglichen Lebensmittelpreise erscheint der durch den Arbeiterausschuß der Firma unterbreitete Vorschlag: Allen im Taglohn beschäftigten Arbeitern und denjenigen Akkordarbeitern, die eine wesentliche Steigerung ihres Verdienstes bisher nicht erzielen konnten, 15 und 10 Prozent Zuschlag zu gewähren, als sehr bescheiden. Die Ablehnung durch die Firma ist um so bedauerlicher, als dieselbe geradezu glänzende Geschäftsergebnisse aufzuweisen hat. Ferner protestiert die Versammlung ganz entschieden dagegen, daß die angeblich aus Arbeitermangel beschäftigten Frauen mit um zwei Fünftel niedrigeren Löhnen und Akkordlöhnen bedacht werden als die bisher beschäftigten Männer. Die Versammelten vertreten mit allem Nachdruck die rechtlich und moralisch begründete Forderung, daß für gleiche Arbeitsleistung gleiche Entlohnung einzutreten hat, zumal den Frauen bei der Deckung ihrer Lebensbedürfnisse keinerlei Vergünstigungen zuteil werden. Die Versammelten huldigen erneut der Erkenntnis, daß Verschlechterungen ihrer Lage nur abgewehrt und Verbesserungen nur erzielt werden können durch engsten Zusammenschluß in ihrer gewerkschaftlichen Organisation. In diesem Bestreben lassen sich die Kollegen auch während des Krieges weber durch ungedrohte noch bewirkte Eingehung zum Heeresdienst heilen. Willkürlich herausgegriffene Abkündigungen sind zu vermeiden, wie die der Kollegen Mätsche und Krauth, betrachtet die Arbeiterchaft als Maßregelung. Sie wird sich gegen solche Maßregelung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen. Die Arbeiterchaft verlangt endlich, daß der Arbeiterausschuß als berechtigter Vertreter der Arbeiter anerkannt und bei den Verhandlungen als gleichberechtigter Faktor betrachtet und nicht als Heher hingestellt wird. Die Arbeiterchaft beansprucht nach wie vor das Recht, in Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzureden.“

Rundschau.

Gegen die Sonderbündelei

richtet die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Nr. 26 des Korrespondenzblattes einen Aufruf. Dieser bezieht sich auf das auch zum Abdruck zugesandte und an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gerichtete Schriftstück, von dem in der letzten Zeit wiederholt die Rede gewesen ist, obgleich kein einziges Arbeiterblatt Deutschlands gewagt hat, seinen Wortlaut abdrucken, selbst die Blätter nicht, von denen Angehörige das Schriftstück unterzeichnet haben. Was die Generalkommission zu ihrer Abwehrmaßnahme veranlaßt, ist die Gefährlichkeit, mit der ein Teil der Unterzeichner ihre Stellung im Gewerkschaftswesen hervorhebt. Selbst wenn der Unterzeichner nur „Revisor der Zählstelle des Holzarbeiterverbandes in B.“ ist, so wird dies besonders bemerkt. In holländischer Weise haben auch ein paar Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ihre „Stellung“ hervorgehoben. Dazu bemerkt die Generalkommission unter anderem: „Die Parteigenossen (es sind deren 20 unter 173), die ihrem Namen unter dem Rundschreiben den Titel eines Gewerkschaftsfunktionärs hinzugefügt haben, sind nicht berechtigt, im Namen der Gewerkschaften oder des Verbandes, dem sie angehören, ja nicht einmal im Namen des Organisationszweiges, dessen Zeitung ihnen anvertraut ist, zu sprechen. ... Es handelt sich bei diesem Rundschreiben nicht mehr um eine spontane Kundgebung, sondern um einen organisierten Sprengungsversuch der Einheit der deutschen Arbeiterorganisationen.“

Die Desorganisation soll herbeigeführt werden, weil die große Mehrheit der organisierten Arbeiterchaft sich dem Willen einer kleinen Minderheit nicht unterwerfen will. ... Für die Gewerkschaften Deutschlands, die in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertretung sehen, wäre es ein großer Nachteil, wenn dieser organisierte Sprengungsversuch Erfolg haben sollte. Ob er sich dauernd bemerkbar machen würde und die Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Organisation darunter leiden könnte, wollen wir heute nicht untersuchen.

Jedenfalls müssen wir uns aber mit aller Entschiedenheit gegen diejenigen wenden, denen das Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Organisation fehlt und die es für geraten halten, den Parteifreien in die Gewerkschaftsorganisationen zu tragen. Wenn man schon die Wirkung des politischen Kampfes durch Desorganisation der Partei herabmindern will, so möge man wenigstens die Gewerkschaften mit diesem Treiben verschonen. Die Gewerkschaften werden nach Beendigung des Krieges die äußerste Kraft zur Bänderung der eintretenden Not einbringen müssen und der geschlossenen Organisation bedürfen, um die schweren wirtschaftlichen Kämpfe in dieser kritischen Zeit zu führen.

Wir erwarten von den Gewerkschaftsvertretern, welche die Erfüllung ihrer Aufgaben ernst nehmen, daß sie alles daransetzen werden, die Geschlossenheit in der Gewerkschaftsbewegung nach wie vor zu erhalten.“

Zur Generalversammlung unseres Verbandes

macht der Leiter des dänischen sozialdemokratischen Pressebüros, der Abgeordnete Hans Nielsen, im Kopenhagener Socialdemokraten bemerkenswerte Ausführungen, aus denen das Hamburger Echo (Nr. 166 vom 7. Juli) folgenden Auszug bringt:

„Die größte und stärkste Berufsorganisation der Welt, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, hat dieser Tage ihren regelmäßigen Kongress abgehalten. Dieser Kongress ist ein neues Zeugnis von der fast märchenhaften Kraft Deutschlands. Elf Monate lang hat nun der Krieg gedauert und die Hälfte der Mitglieder dieses Verbandes befindet sich unter den Fahnen, aber diese Tatsache stört nicht im mindesten die Tätigkeit dieser Organisation. Sie geht ihren bestimmten Gang, und da die Zeit gekommen ist, in der der Kongress gewöhnlich abgehalten wurde, so wird eben auch dieser wieder abgehalten. Diese unverrückbare Ruhe ist echt deutsch und ein sicherer Beweis dafür, daß der Glaube des deutschen Volkes an seine eigene Kraft in diesem Augenblick, wo die Feinde von allen Seiten nach den Grenzen des Reiches hervorzubrechen, groß sein muß. Auch die Vertreter der Bruderorganisationen in Skandinavien sind anwesend in Berlin, und gerade in diesem Augenblick haben die norwegischen und deutschen Arbeiter, die so intim verbunden sind, doppelten Grund, die Situation zu beraten. Ungefähr alle germanischen Sprachen sind auf diesem Kongress vertreten, und sie repräsentieren die große Mehrheit der organisierten Arbeiter dieses Berufes in Europa. Als Sozialdemokraten können wir uns nur darüber freuen, und es ist unsere Hoffnung, daß dieser Kongress, auf dem so viele Vertreter der germanischen Elitorganisationen versammelt sind, weiter dazu beitragen wird, die Freundschaft und die nützliche Zusammenarbeit unter den Arbeitern der europäischen Länder zu bewahren.“

In Augenblick herrscht ein tödlicher Haß zwischen den Nationen. Aber der Krieg muß einmal aufhören, und dann wird es sich zeigen, daß dieser Haß nicht von ewiger Dauer sein wird. Aber daß er der Arbeiterbewegung geschadet hat, ist nicht abzuleugnen. Auch hierzulande hat man versucht, einen längst vergessenen Haß wieder aufzukommen und eifrige Redner und Goldschreiber suchten das deutsche Volk in das schlechteste Licht zu stellen. Aber alle Bestrebungen waren vergeblich. Die Arbeiter wissen, daß der deutsche Militarismus dem russischen, französischen oder englischen auf ein Haar gleich, und daß die kapitalistische Ausbeutung überall dieselbe ist, ja, daß sie in England und Frankreich noch rücksichtsloser als in Deutschland ist. Diese Tatsachen werden recht schnell bewirken, daß die alte Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern aller Länder wieder zustande kommt und sich noch stärker als vor dem Kriege entwickeln wird. Übrigens verstehen wir sehr gut, daß die oberen Klassen auf Deutschlands Niedererschmetterung so innerlich hoffen. Deutschland war auf allen ökonomischen Gebieten ein Land des Fortschrittes. In Deutschland hat der sozialistische Gedanke eine festere Basis als in jedem anderen Land. Jeder konnte sehen, daß die mächtige deutsche Sozialdemokratie nicht mehr weit von ihrem Siege entfernt war, und es ist verständlich, daß man in kapitalistischen Kreisen außerhalb Deutschlands den Zusammenbruch dieses Landes, seiner blühenden Industrie und seines Handels sowie seines ganzen finanziellen Lebens herbeiwünscht, womit natürlich auch die deutsche Arbeiterbewegung tödlich getroffen würde. Aber gerade der Metallarbeiterkongress ist ein Beweis dafür, daß diese Wünsche nicht in Erfüllung gehen werden. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung lebt und arbeitet völlig programmäßig auch unter dem Krieg, und wenn einmal die Waffen wieder ruhen, dann wird man unsere mächtige Bruderpartei in Deutschland mitten in der sozialistischen Welt sehen können, und dann wird sie wie früher das stärkste Element in unserer Bewegung sein. Die guten Leute, die bei uns nun wieder versuchen, den alten Haß gegen das deutsche Volk zu erwecken, kennen durchaus nicht die Verhältnisse, die in unserer Zeit zwischen den Arbeitern Deutschlands und den der anderen Länder bestehen. Sie sollten hingehen auf die Arbeitsplätze und in die Fabriken und mit den Arbeitern sprechen, die sich in der Welt umgesehen haben, und sie würden dann hören, daß sie so ziemlich alle durch Deutschland gewandert sind. Und alle werden sie bezugen, daß unsere jungen Arbeiter, die in die weite Welt gezogen, um etwas zu lernen, gerade in Deutschland das größte Entgegenkommen fanden. Dort konnten sie Arbeit finden, wo sie wollten, und wenn sie sich ihren Organisationen anschließen, die ihnen überall offen standen, dann waren sie sofort gute Kameraden mit den Schwestern des großen Landes. Wohlwollend öffnet Deutschland seine Fabriken — und besonders seine mechanischen Werkstätten — nicht allein den dänischen, sondern auch den schwedischen und norwegischen Arbeitern. Alle waren willkommen, selbst in Zeiten herrschender Arbeitslosigkeit unter den deutschen Arbeitern. Ein solches Entgegenkommen fanden die nordischen Arbeiter nicht in den anderen Ländern, und am allerwenigsten in England.

Zum Vergleich hiermit wollen wir eine Begebenheit, die sich kürzlich innerhalb der englischen Gewerkschaften zugetragen hat, hier anführen. Mehrere Abteilungen des Formerverbandes hatten die Frage der Stellung der belgischen Formner in England unter dem Kriege zum Anlaß einer Untersuchung gemacht und folgende Fragen an die Verbandsleitung gestellt: 1. Können die belgischen Formner Erlaubnis erhalten, in unseren Werkstätten zu arbeiten? 2. Können sie Mitglieder unserer Organisation werden? 3. Was soll mit ihnen geschehen, die bereits in Arbeit getreten sind? Der Hauptvortrag des englischen Formnerverbandes antwortete hierzu: „Solange noch einzelne von unseren Mitgliedern arbeitslos sind, können belgische Formner keine Erlaubnis erhalten, in unseren Werkstätten zu arbeiten. Sollte die Zeit kommen, wo wir außerstande sind, der Nachfrage nach Formnern zu entsprechen, können wir darauf eingehen, daß die belgische Arbeit unter der Bedingung erhalten, daß die Unternehmer versprechen, im Falle Entlassungen vorgenommen werden müssen, dann die belgischen Formner zuerst an die Reihe kommen. Die belgischen Formner, die in Arbeit treten, haben die Beiträge der Klasse-Mitglieder zu zahlen, ohne jedoch bezugsberechtigte Mitglieder unserer Organisation zu werden.“ Zu Gegenfah hierzu haben die deutschen Arbeiter durch Jahre hindurch sozusagen ihr Brot mit jedem Klassengenossen geteilt, der von Ausland in ihr Land kam, und sie haben dadurch keinen Schaden erlitten. Die deutschen Gewerkschaften sind mit diesen Schritten gewachsen und die Löhne der Arbeiter gestiegen. Das ist dieses wirksame Land des Fortschritts, von dem die Arbeiterklasse in der Zukunft noch große Dinge zu erwarten hat.“

Der Verlauf des Metallarbeiterkongresses aber bestärkt in uns dem Glauben, daß die deutsche Sozialdemokratie auf festem Grund gebaut ist, daß sie unverrückbar fest steht in dieser wilden, blutigen Saatzeit, die nun Europa überflutet.“

Gewerkschaftliches.

Fabrikarbeiter. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands kann in diesem Jahre ebenfalls sein 25 jähriges Bestehen feiern. Schon früher machten sich Bestrebungen geltend, neben den Vereinigungen für die früher noch mehr handwerkermäßigen, teilweise auch noch etwas zünftlerisch angehauchten „gelernten“ Arbeiter besondere Vereinigungen zu schaffen für die „ungelehrten“ Arbeiter, deren Zahl in der aufblühenden Industrie immer größer wurde. Die verschiedenen Vereine und Verbände, die zu diesem Zwecke gegründet wurden, fielen sämtlich dem Sozialistengesetz zum Opfer. Auch in den ersten Jahren während der Wirksamkeit dieses Gesetzes gelang es noch nicht, einen Erfolg zu schaffen. Erst später, als sich zeigte, daß es doch nicht möglich war, die Arbeiterbewegung mit Gewalt zu bekämpfen, glückte auch den Fabrikarbeitern der Zusammenschluß. Noch ehe das Gesetz aufgehoben wurde, gelang es, in Hannover einen „Verein zur Wahrung der Interessen der Fabrik- und sonstigen nichtgewerblichen Arbeiter von Hannover, Linden und Umgegend“ zu gründen. Die Anregung dazu war hauptsächlich von Gummiarbeitern ausgegangen und die Mitglieder bestanden anfangs zum größten Teile aus solchen. Nichtbediensteteren blieben die meisten Gummiarbeiter dem Verein fern, weil er ihre Sonderverhältnisse nicht berücksichtigte. Trotz aller Wertigkeit brachte der Verein es in Jahresfrist nur auf etwas über 400 Mitglieder. Nach etwa weiteren zwei Jahren, als das Sozialistengesetz infolge seiner Unwirksamkeit milder gehandhabt wurde, glaubte man, es mit einem Verbände für ganz Deutschland versuchen zu können. Zum 8. Juni 1890 berief der Vorsitzende des Vereins einen „Kongress aller nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands“ nach Hannover. Dort wurde die Verbandsgründung beschlossen. Die Gründer hepten damals die Hoffnung, daß der Verband an die Spitze aller Gewerkschaften gelangen werde. Dieser Blütenreife ist zwar nicht in Erfüllung gegangen, aber immerhin hat der Verband sich zu einer stattlichen Körperschaft entwickelt, die vor Ausbruch des Krieges über 200 000 Mitglieder hatte. Der Verband hat zur Feier des Tages seine Zeitung, den „Arbeiter“, in einer geschmackvoll ausgestatteten Zeitschrift erscheinen lassen, die eilige lesenwerte Beiträge enthält.

Die zweite Generalversammlung der Volkfürsorge

Zur Rechnungslegung über das Geschäftsjahr 1914 trat am Sonnabend, dem 26. Juni, im Sitzungssaale der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg zusammen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Reichstagsabgeordneter Gustav Bauer, eröffnete die Generalversammlung und stellte die ordnungsgemäße Vertretung sämtlicher Aktionäre durch bestellte Bevollmächtigte fest. Das geschäftsführende Vorstandsmittglied v. Elm gab den Geschäftsbericht des Vorstandes, der gedruckt vorlag und aus dem in der Presse bereits die Hauptpunkte veröffentlicht wurden. Er bezeugte den Abschluß als einen unter den bestehenden Verhältnissen günstigen. Wenn auch die nach dem Verlauf des ersten halben Jahres berechnete Hoffnung, einen günstigeren Bericht vorlegen zu können, durch den Krieg vereitelt wurde, so sind wir doch in der Lage, über einen Überschuß von 171 947,04 M zu verfügen und dadurch den verschiedenen Fonds 74 389 M und der Gewinnreserve der Versicherten 96 115 M zuführen zu können. Der Versicherungsbestand, der Ende 1913 70 125 Policen mit einer Versicherungssumme von 12 912 968 M betrug, stieg bis Ende 1914 auf 163 469 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 25 615 271 M, also mehr als eine Verdoppelung der Versicherungssumme. Die Gesellschaft hat einen Verfall von 2571 Policen und in eine andere Versicherungsart umzuwandeln 23 747 Policen. Das ist ein Durch den Krieg bedingter außerordentlicher Abgang, der aber in Vergleich zu anderen Gesellschaften noch als recht günstig zu bezeichnen ist. Der Vorsitzende Bauer stimmte im Namen des Aufsichtsrats dem Geschäftsbericht sowie der vom Vorstand aufgestellten Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung in allen Punkten zu.

Beim Punkt 2 der Tagesordnung gab Herr Junger (Berlin) den Bericht der Revisionskommission des Aufsichtsrats und stellte fest, daß bei den verschiedenen Revisionen der Kommission und des vom Aufsichtsrat besonders beauftragten Revisors, Herrn Wästel, alles in bester Ordnung befunden wurde.

Ohne Erörterung wurde hierauf als Punkt 3 der Tagesordnung der Antrag des Aufsichtsrats, die Jahresrechnung zu genehmigen und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen, einstimmig angenommen.

Bei Punkt 4 der Tagesordnung erläuterte v. Elm den vom Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagenen Plan zur Verteilung des erzielten Überschusses und teilte mit, daß über den Verzicht auf die ihnen zustehenden Zinsen im Betrag von 40 000 M unter den Aktionären bereits eine schriftliche Abstimmung vorgenommen wurde, wobei der Verzicht einstimmig ausgesprochen wurde.

Hierauf beschloß die Generalversammlung einstimmig:

1. Für das Geschäftsjahr 1914 tritt eine Verzinsung des Aktienkapitals nicht ein; der dafür nach § 36 Abs. 2 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages bereitzustellende Betrag von 40 000 M ist — unbeschadet der nach dem Gesellschaftsvertrag vorgeschriebenen Besteuerung — dem Kriegesreservefonds (§ 36 Abs. 2 Ziffer 3 des Gesellschaftsvertrages) zuzuführen.

2. Von dem erzielten Überschuß im Betrage von 171 947,04 M sind gemäß den Bestimmungen des § 36 des Gesellschaftsvertrages zuzuwenden:

- 1. dem gesetzlichen Reservefonds fünf vom Hundert = 8597,35 M
- 2. dem Organisationsfonds = „ „ „ „ = 8597,35 „
- 3. dem Kriegesreservefonds „ „ „ „ = 40 000 „
- außer den soeben beschlossenen . . . „ = 48 507,35 „
- 4. dem Fonds für besond. Reserven fünf v. Hundert = 8597,35 „
- 5. der Gewinnreserve d. Versicherten fünf v. Hundert der 1992 310,90 M betragenden Jahresprämie der mit Gewinnbeteiligung Versicherten . . . = 96 115,54 „

Der Rest von 1442,10 M ist auf neue Rechnung vorzutragen. Der Aufsichtsrat hat nach § 33 des Gesellschaftsvertrages die Anstellung eines Revisors beantragt und schlug dazu Herrn Wästel vor, dessen Wahl hierauf einstimmig vollzogen wurde. Der Aufsichtsrat verzichtete zugunsten der Versicherten auf die ihm nach dem Gesellschaftsvertrage zustehende Entschädigung auch für das abgelaufene Jahr und bewies damit wie die Aktionäre, daß es ihm ernst damit ist, die Volkfürsorge als eine wirklich gemeinnützige Versicherungsanstalt im Interesse der Versicherten zu führen.

Der Gewinnrücklage der Volkfürsorge.

deren Bestand zur Erhöhung der zur Auszahlung kommenden Versicherungssummen verwendet wird, konnten schon sechs Monate nach Gründung der Gesellschaft, am 31. Dezember 1913, 48 300 M zugeführt werden. Der günstige Geschäftsabluß des Jahres 1914 ermöglicht es auch in diesem Jahre der Verwaltung, vom dem Ueberfluß in Höhe von 171 947 M wie im Vorjahr dieser Reserve 96 115 M, das sind 5 Prozent der eingezahlten Prämien von 1 992 310 M, überzuweisen zu können. Der in seiner vollen Höhe den Versicherten zustehende Gewinnreservefonds beträgt somit schon nach einem halbjährigen Bestande der Volkfürsorge im ganzen 144 415 M. Diese Gelder werden mit 3 1/2 Prozent verzinst und dienen beim Tode der Versicherten oder beim Ablauf der Lebensfallversicherungen zur Erhöhung der zur Auszahlung gelangenden Versicherungssummen.

Die rechtzeitige Beschaffung von Reuchmitteln

und Beleuchtungseinrichtungen für den Herbst und Winter war kürzlich Gegenstand der Beratungen einer vom Kriegsausfluß für Konsumanteninteressen einberufenen Sachverständigenkonferenz. Die darin von Vertretern des Petroleum-, Spirit- und Karbidhandels sowie der Lampenfabrikanten und -Händler abgegebenen Gutachten veranlassen den Kriegsausfluß, alle Bevölkerungskreise, die irgendwie

dazu in der Lage sind, dringend aufzufordern, von der Petroleumbeleuchtung zu Gas oder Elektrizität überzugehen. Von den städtischen und privaten Lichtzentralen wird gleichzeitig erwartet, daß sie hierbei nach dem Muster verschiedener Gemeinden für weitgehende Erleichterungen bei der Anlage der Leitungen und der Beschaffung von Leuchtkörpern Sorge tragen, damit die sehr beschränkte Petroleummenge durch Verringerung der Nachfrage für die wirklich auf Petroleumverbrauch angewiesenen ärmeren Volksschichten übrig bleibt. Den Bezirks- und Ortsausschüssen für Konsuminteressen ist die Beisung zugegangen, in diesem Sinne bei den kommunalen Stellen nachdrücklich tätig zu sein. Von der Reichsregierung wird die Einführung der bereits von der Presse angekündigten Petroleumhöchstpreise erhofft. Eine als unerwünschte Folge davon hier und da befürchtete Einschränkung der Eisen- und Kohlenzufuhr wurde auch von dem Vertreter des Petroleumgroßhandels als gegenstandslos hingestellt. Außerdem ließe sich Gefahr durch Einfuhrprämien beseitigen. Nach Berücksichtigung dieser Wünsche und nach Berücksichtigung der jetzt in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen der Regierung zur leichteren und sicheren Benutzung sonstiger Leuchtquellen glaubt der Kriegsausschuß an die Möglichkeit einer, wenn auch stark eingeschränkten und verteuerten, so doch immerhin sichergestellten Beleuchtung in der Zeit der langen Abende.

Ein Landrat, der nichts von „Vorgfrieden“ weiß.

Auf eine Beschwerde des Gewerkschaftssekretärs Pribenau in Westerbis gegen eine verbotene Mitgliederversammlung des Bauarbeiterverbandes ging von Landrat folgende Antwort ein:

„Auf die hier zu Protokoll gegebene Beschwerde vom 12. Juni eröffne ich Ihnen ergebenst, daß ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage bin, die von Ihnen erbetene Erlaubnis zur Abhaltung einer Mitgliederversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes zu erteilen.“

Nach den angestellten Ermittlungen ist zu befürchten, daß die beabsichtigte Versammlung nicht nur der Besprechung der auf den ... Werken und den dort bestehenden ... Werken herrschenden Arbeiter- und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie in Ihrer Erklärung angegeben, dienen, sondern auch dazu verwendet wird, für den von Ihnen vertretenen Verband Mitglieder zu werben, sowie Unzufriedenheit mit den bestehenden staatlichen und sozialen Verhältnissen unter den Arbeitern zu verbreiten. Es muß daher bei dem Ihnen von dem Herrn Amtsverwalter in Klein-Wittenberg erteilten Bescheid kein Weiden behalten. U. Kroh.“

„Auf: es besteht noch immer die „Befürchtung“, in einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung könnten auch Mitglieder für die Gewerkschaft gewonnen werden. Somit spricht der Bescheid nur die Sprache, die man vor dem Kriege bei uns gewohnt war und die deshalb heute zwar bekannt, aber doch ein wenig — veraltet klingt.“

Neht mit euch der Jugend an!

Der Arbeiter-Turnbund (Weipzig) schreibt uns: In den Jugend- und Sportvereinen der Arbeiterschaft fehlen jetzt die älteren Männer, die führend und leitend die Bewegung in den richtigen Bahnen halten. Fast alle tätigen Männer hat der Krieg aus ihrem Wirkungskreis gerissen und für Ersatz konnte in der letzten Zeit nicht mehr ausreichend gesorgt werden. Besonders schwer sind davon unsere Arbeiter-Turnvereine betroffen worden, ihnen fehlen die Turnvater und Vorturner. Der erzieherische Einfluß, den sonst die alten Genossen auf die Jugend ausübten, ist nicht mehr vorhanden. Die wenigen zurückgebliebenen Genossen in den Vereinen stehen einer so schweren Arbeitslast gegenüber, daß sie sich genötigt sehen, die früher in den Vereinen tätig gewesen Genossen um Hilfe zu bitten. Ganz besonders richten sie diese Bitte an die älteren Genossen, die noch Mitglieder der Vereine sind, seit Kriegsausbruch sich aber ferngehalten haben. Die Erziehung unserer Jugend ist gerade jetzt wichtiger als je, deshalb sollte die Bitte der Genossen nicht ungehört verhallen.

Vom Ausland.

Frankreich.

Der Burgfrieden der Unternehmer. (IK) Wie die französischen Unternehmer den „Burgfrieden“ demühen, teilt die Bataille Syndicaliste (2. Juni) an einigen Beispielen mit: Für das Rhenan von Militärlieferanten zahlt die Intendantur 1,35 Franken das Stück, die Arbeiterinnen erhalten aber höchstens 80 Centimes. Für Semden ist der vorgegebene Minimalpreis 35 Centimes, die Arbeiterinnen aber bekommen nie mehr als 15 bis 20 Centimes und müssen obendrein noch alle Zutaten stellen. Ähnlich sieht es in der Metallindustrie aus. Die Arbeiter-Beräte fest den Stundenlohn von 1,10 bis 1,20 Franken auf 82% Centimes herab, die Straß-Beräte von 1,20 bis 1,50 Franken auf 75 Centimes, die weltbekannte Firma de Dion-Bouton zahlt allen Militärschichtigen 20 bis 25 Centimes die Stunde weniger als den Untauglichen! Belgische Flüchtlinge erhalten bei ihr 60 bis 65 Centimes die Stunde. Angefichts solcher Zustände sei an Stelle der jetzigen Enthaltung eine planmäßige Tätigkeit notwendig. Die aber dürfte nicht leicht sein, denn im Gegensatz zu Deutschland und England sind die Gewerkschaften in Frankreich seit Kriegsausbruch, was ihre frühere gewerkschaftliche Tätigkeit anlangt, zum Teil so gut wie von der Bildfläche verschwunden.

Großbritannien.

Kollege Robert Young, der Generalsekretär des Maschinenbauerverbandes, tritt wie wir der Internationalen Korrespondenz entnehmen, in seinem Hatten lebhaft dafür ein, alle Kriegsgefangenen in neuem Ländern unterzubringen. Der Gedanke macht dem Kollegen keine Zweifel (Ghr, aber welche Länder sollen dafür in Frage kommen? Doch nur die Schweiz und die nordamerikanischen Länder und diese würden sich mit der Unterbringung, Ernährung und Bewachung der vielen Gefangenen eine unerschwingliche Last aufladen. Auch wenn bei der russischen Regierung mehr gütliche Hilfe vorhanden wäre, als man ihr nach den bisherigen Erfahrungen zutrauen darf, würde es doch große Schwierigkeiten machen, die nach Gebieten gebrauchten deutschen Gefangenen mit der erforderlichen Schnelligkeit zurückzuführen.

Niederlande.

Die Sage der Antwerpen Diamantindustrie. Ein Mitarbeiter der Blaasfchen Stem berichtet, daß er am 16. Mai Selbsterleuchtung gehabt habe, mit einigen Kaufmannsmitgliedern des Antwerpen-Diamantarbeiter-Bundes über den Stand dieser Industrie in Antwerpen zu sprechen. Aus dem, was der Korrespondent berichtet, ist das wesentliche Folgende zu entnehmen: Die Industrie hat eine Abwanderung der Industrie, sei es nach der Provinz, sei es nach Holland, erfahren. Besonders weil die Antwerpen-Diamantindustrie größtenteils in Händen von Ausländern lag, welche, die infolge des Krieges durch Mobilisation oder Verdrehung aus dem Lande ihren Platz verlassen mußten. Die Polen und Österreicher unter ihnen hätten dem auch dem Ausbruch des Krieges mit bestem Willen entgegengekommen.

Ein großes Hindernis für den Export der Antwerpen-Diamanten ist aber das Unterliegen in benachbarten Ländern. Es gelang, von der deutschen Behörde Hilfe zu bekommen, so daß dort alsbald 500 Arbeiter in Gang gebracht waren, habe die Behörde in Antwerpen auf Ersuchen der dortigen Unternehmer ein großes Konsumgeschäft für sie beim deutschen Generalgouverneur beauftragt. Der Erfolg des abzunehmenden Verkehrs ist der gewesen, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 600 bis 600 auf 5000 anwuchs. Bisher von den 16000 Diamantarbeitern noch arbeitend sind, ist nicht zu ermitteln, da viele von den Geflüchteten nicht wieder zurückgeführt sind.

Die Schiene werden als bald herabgesetzt beabsichtigt. Die Organisation lange jedoch Bedenken eingegraben. Da sie in ihrem Interesse besteht, auch nicht über entsprechende Mittel verfügt, könnte die Wirkung leicht eine entgegengesetzte sein.

Die Ansichten über die fernere Zukunft des Gewerbes gehen auseinander. Man hält es aber für ein gutes Zeichen, daß die Industrie sich immerhin unter dem Kriegszustand in einem Maße behaupten konnte, wie es keiner für möglich gehalten hätte. (IK)

Norwegen.

Der Vorstand des Norwegischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes hat in Gestalt eines 152 Seiten starken Buches seinen Geschäftsbericht für 1914 veröffentlicht. Danach war dieses Jahr verhältnismäßig ruhig, zum Teil aus dem Grunde, weil es als Jubeljahr der hundertjährigen Selbständigkeit Norwegens gelten sollte. Schon seit 1910 hatte der Unternehmerverband darauf gehalten, daß kein Vertrag 1914 endigen solle. Die meisten der in diesem Jahre ablaufenden Verträge waren denn auch nur mit solchen Betrieben abgeschlossen worden, die zur Zeit des Abschlusses dem Unternehmerverband nicht angehörten. Immerhin erregten sich zu Anfang des Jahres doch noch genug kleinere Streitfälle, daß der Unternehmerverband sich veranlaßt sah, mit einer großen Aussperrung zu drohen. 40 000 Arbeiter sollten aufs Pflaster fliegen. Diese Drohung beantwortete der Gewerkschaftsbund mit der Drohung, auch ans solchen Betrieben die Arbeiter ziehen zu wollen, die die Unternehmer noch in Arbeit lassen wollten. Vor allen anderen sollten die Arbeiter bei der Jubelveranstaltung in Christiania die Arbeit niederlegen, ferner sämtliche Buchdrucker, die Hafnarbeiter, sämtliche Arbeiter der elektrochemischen Industrie usw. Mit Rücksicht darauf reichte der Vorstand bei etlichen Betrieben für die Arbeiter, wo es nötig war, rechtzeitig die Kündigung ein. Da die Unternehmer fürchteten, daß die öffentliche Meinung ihnen unrecht geben könne, ersuchten sie die Regierung, zu vermitteln und dem von dieser entsandten Vermittler gelang es auch, einen Vergleich herbeizuführen. Ein anderer Streitfall erhob sich, als die Mehrheitsparteien im Storting ein Gesetz über Zwangsvereinigung und Zwangsgleichgerichte in Arbeitsstreitigkeiten durchdrücken wollten. Dies wollten die Sozialdemokraten mit allen Mitteln bekämpfen. Der Gewerkschaftsbund berief einen außerordentlichen Kongreß und dieser beschloß, sich der Annahme des Gesetzes durch einen allgemeinen Streik entgegenzusetzen. Dazu kam es nicht, weil die Beratung des Gesetzes bis zum Herbst zurückgestellt wurde. Es schien nunmehr der Jubelfeier nichts mehr im Wege zu stehen, bis der Ausbruch des europäischen Krieges einen tiefen Strich durch die Rechnung machte. Statt des Jubiläums kamen nun die Schreden der allgemeinen Geschäftsstillung, die erst allmählich und teilweise einem Wiederaufleben der Wirtschaft Platz machte.

Es gelang dem Verband, 8 Verträge abzuschließen oder zu erneuern. Sie umfaßten 446 Arbeiter, davon 228 organisierte. Zum Abschluß eines dieser Verträge war ein Streik nötig. Ferner wurden noch Lohnverhöhungen durchgeführt, ohne daß es zum Abschluß eines Vertrages kam. Verschiedene Streiks blieben ergebnislos, teilweise infolge des Kriegsausbruches. In den Kämpfen waren im ganzen 123 Mitglieder 2904 Tage lang beteiligt. Die Streikunterstützung betrug 5028,20 Kronen. Von diesen erstattete der norwegische Gewerkschaftsbund 2787 Kronen.

Während der ersten Monate des vorigen Jahres hatte die Geschäftslage sich gehoben, besonders im Schiffbau und man hoffte, daß die Arbeitslosigkeit wesentlich zurückgehen werde. Auch diese Hoffnungen wurden durch den Kriegsausbruch zerstört. Der Vorstand sah sich genötigt, am 5. August zu beschließen, daß an solche Mitglieder, die die Arbeit freiwillig aufgeben oder an ihrer Entlassung selber schuld sind, keine Arbeitslosenunterstützung zu zahlen sei. Der Gewerkschaftsbund wandte sich an die Regierung mit dem Ersuchen, den Staatszuschuß an die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften zu erhöhen. Daraus beschloß das Storting, daß alle Gewerkschaften, die darum nachsuchen, einen staatlichen Zuschuß bis zur Hälfte der an Arbeitslose bezahlten Summen erhalten können. Auch wurde die Bestimmung des Gesetzes vorläufig außer Kraft gesetzt, wonach der Zuschuß höchstens für 90 Tage im Jahre zu gewähren ist. Auch der Vorstand des Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes erbat um die Schöpfung des Zuschusses, die ihm auch gewährt wurde. Dies erleichterte ihm die Unterstützung natürlich bedeutend. Außerdem zeigte sich ferner, daß die Arbeitslosigkeit nicht so schlimm wurde, wie es der Ausbruch des Krieges ansah. Der Verband hatte im Juli 485 Arbeitslose. Diese Zahl schnellte im August auf 990 empor, ging dann aber beinahe wieder auf 489 im Dezember. Die Zahl der auf den einzelnen Arbeitslosen entfallenden Arbeitslosengeldleistungen war in den ersten sieben Monaten 11,2, während der letzten fünf Monate aber 22,8. Der Verband zahlte an Arbeitslose im ganzen Jahre 100 070,78 Kronen, davon als Familienunterstützung 11 579,81 Kronen und als Umzugsbeihilfe 1448,50 Kronen.

Der Verband hatte zu Beginn des Jahres 13 337 Mitglieder. Diese Zahl fiel am 1. März auf 14 389, ging dann aber zurück auf 13 765 am Ende des Jahres. Ent- oder übergetreten waren 5488, abgereist, gestorben, geflohen oder auf ruhende Mitgliedschaft gesetzt 5060. Die Zahl der ständigen Verbandsabteilungen betrug zu Beginn des Jahres 101, am Schlusse 104. Die Einnahmen des Verbandes betragen 779 426,89 Kronen, die Ausgaben 608 416,89 Kronen.

Schweden.

Der neue Metall- und Uhrmacher-Verband ist nun am 1. Juli zur Tatsache geworden, die das Eingehen der beiden bisherigen Verbände der Metall- und Uhrmacherarbeiter bedeutet. Der Metallarbeiterverband bestand 14 Jahre, der Uhrmacherverband der Uhrmacher seit 3 Jahre, da die vielen Berufsverbände von der Zusammenfassung zu einem modernen Industrieverband nicht wissen wollten. Die Organisationen beider Verbände können auf eine reiche Geschichte von gewerkschaftlichen Kämpfen und Erfolgen, Fortschritten und Verbesserungen zurückblicken, die der neue Verband entschlossen fortführen wird. Der neue Verband übernimmt von den Metallarbeitern ihre bisherigen, der Kriegszeit angepassten Bedingungen für die Beitragszahlung der Mitglieder, wonach die, die 45 und mehr Stunden in der Woche beschäftigt sind, den vollen Beitrag nach Stundenzahl zu bezahlen haben; Mitglieder, die nur über 30 bis 44 Stunden wöchentlich arbeiten dürfen, je 30 Cts. weniger und Mitglieder mit 30 und weniger wöchentlichen Arbeitsstunden beitragsfrei sind.

Der neue Verband hat seinen Sitz in Bern und übernimmt die Bureau des Metallarbeiterverbandes, während der eingegangene Uhrmacherverband sein Bureau in Biel aufgibt und seine bisherigen Sekretäre nach Bern überführt. Da Bern nicht weit vom gebirgigen Gebiet der Uhrmacherei ist, erwächst aus der Verlegung und Verlegung der Uhrmachereien kein „geographischer“ Nachteil. Immerhin hätten es die Uhrmacherarbeiter begrifflicher Weise lieber gesehen, wenn der Verbandsvorstand wie bisher mitten unter ihnen geblieben wäre. Aber die Verlegung mit den Metallarbeitern bietet den Uhrmachern so viele Vorteile, namentlich auch finanzieller Art, daß sie sich auch mit Bern als Verbandsitz statt Biel abgeben werden.

Nur aber wünschen dem neuen Schweizerischen Metall- und Uhrmacher-Verband reiches Gelingen und Gedeihen, weitere Ausbreitung und Erhaltung, damit er in Erfüllung seiner großen und wichtigen Aufgaben fortwährend Erfolge und Fortschritte erringen und die ihm zugehörige Arbeiterschaft immer vorwärts und aufwärts bringen kann.

Der Selbstschutz der Verbandsmitglieder halber mag auch erwähnt sein, daß mit dem 1. Juli auch der neue Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter in Kraft getreten, der durch die Verlegung des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter mit dem Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter entstanden ist. Beide Verbände hatten ihren Sitz in Zürich, wo auch der neue Verband niedergelassen ist. An Stelle der Propaganda der nun eingegangenen beiden Verbände tritt ein neues Wort des neuen Verbandes mit dem Namen Solidarität. Der neue Verband bedeutet das Ende der langjährigen Grenzstreitigkeiten der Lebens- und Genussmittelarbeiter mit den Handels- und Transportarbeitern, ferner zum Vorteil aller Beteiligten.

Eingegangene Druckschriften.

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Dokumente zum Weltkrieg 1914. Die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, hat nunmehr auch das französische Gelbbuch in drei Teilen erscheinen lassen. Auch bei dem französischen Gelbbuch hat sich der Herausgeber, Genosse Ebnard Verneise, streng an das Programm gehalten und sich auf die getreue Wiedergabe der amtlichen Dokumente beschränkt. Ein Register erleichtert das Nachschlagen der Stellenstücke. Die drei Hefte, die das französische Gelbbuch umfaßt, kosten zusammen 1 M. — Demnächst gelangt das italienische Gelbbuch zur Ausgabe.

Georg Kuzka: Die russischen Sozialisten und der gegenwärtige Krieg. Wien 1915, Druck und Verlag der Parteibuchdruckerei. 78 Seiten. Preis 1,20 Kronen. Zu beziehen durch Karl und Louis Schwabe, Buchdruckerei, Wien V., Rüdigerstraße 24. — Diese Schrift ist von der Partei der ukrainischen Sozialrevolutionäre herausgegeben worden und besteht aus folgenden Abschnitten: Zur Information. Von der Redaktion. Vorwort. Einleitung. Der Charakter der russischen sozialistischen Bewegung. I. Die Stellung der russischen Sozialisten zum gegenwärtigen Kriege. II. Die Anschauungen Plechanows und Trozkys über den gegenwärtigen Krieg. III. Die Zukunft der Internationale und die Föderation der Staaten. Schlußwort. Nachtrag: Die Anschauungen des deutschen sozialistischen Abgeordneten Dr. Lenck über die Zukunft des Zarreiches.

Prinzip oder Romantik? Sozialistische Betrachtungen zum Weltkriege. Von Max Adler. Verlag und Druck der Frankfurter Verlagsanstalt und Buchdruckerei, G. m. b. H., Mühlberg. 68 Seiten. Preis 50 Pf. — Die Schrift besteht aus folgenden Abschnitten: Vorwort. Das Prinzip des Sozialismus. Zur Ideologie des Weltkrieges. Internationalismus und notwendige Entwicklung.

Die Sozialdemokratie am Scheidewege. Ein Beitrag zum Thema: Neuorientierung der deutschen Politik. Von Wilhelm Kolb, Redakteur, Mitglied des badischen Landtags. Verlag von Gock & Co., Karlsruhe. Preis 1 M., Vereinsausgabe 50 Pf. — Die 88 Seiten starke Schrift hat folgende Abschnitte: Einleitung. Das innere Problem der deutschen Politik. Das innere Problem der Sozialdemokratie. Der Weg zur politischen Macht. Die Sozialdemokratie und der heutige Staat. Sozialdemokratie und Monarchie. Die Sozialdemokratie und die Militärfrage. Das imperialistische Problem. Die Internationale. Was nun?

Die Regelung des Arbeitsnachweises. Berlin 1915, Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. 62 Seiten. Preis im Buchhandel 50 Pf., für Gewerkschaftsmitglieder, durch die Karteile oder die Postkarte bezogen, 25 Pf. — Die Erleuchtung der Arbeitsnachweisfrage wird nach Beendigung des Krieges eine der wichtigsten Aufgaben sein. Was bisher in dieser Angelegenheit geschehen konnte, kann nur als Vorarbeit gelten. Diese kleine Schrift gibt eine Darstellung der Vorarbeiten, auf die man später zurückgreifen kann. Sie enthält einen Bericht über die Konferenz am 10. Februar 1915, ferner von den Beratungen der engeren Kommission am 18. Februar, der Besprechung mit dem Reichsanwalt, der Eingabe an Bundesrat und Reichstag und den Verhandlungen darüber.

Zarismus, Panislamismus, Krieg. Von Rich. Charnak. Dritte Aufl. Augenergruber-Verlag, Brüder Sushkyls, Wien. 64 Seiten. Preis 1 M. — Die Schrift besteht aus folgenden Abschnitten: Vorwort. Die große Stimmung. Österreich-Ungarn und Rußland. Die Habsburgermonarchie und die Türkei. Die Balkanpolitik. Der Kampf gegen Rußland. Rußland, der Störenfried. Die Jaren als „Vesfreier“. Der Sinn des Krieges.

Der Weltkrieg vom Standpunkt des deutschen Arbeiters. Von August Winiati. Sonderdruck aus dem Jahrbuch 1914 des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Hamburg 1915. Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Fritz Baeprow). 47 Seiten. — Die Schrift besteht aus folgenden Abschnitten: Einleitendes. Ursachen des Weltkrieges. Der Krieg und das Volk. Der Krieg und die Arbeiterinternationale. Nach dem Kriege.

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen.**
(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)
- Samstag, 17. Juli: **Hofen** (Heizungsmont.) Jaroski, 8 Uhr.
 - Samstag, 24. Juli: **Hugsburg**. Gesellschaftsbrauerei, 8 Uhr. **Höfned. F. H.** Fellers Rest, halb 9.
 - Sonntag, 25. Juli: **Selzenbach**. Dner. Wreidbrod 3/4. **Sannover** (Heizungsmont.) Gewerksch., 10.
 - Dienstag, 27. Juli: **Sannover** (Waußhl.) Gewerksch., 1/6.
 - Samstag, 31. Juli: **Dresden**. (Heizungsmont.) Volkshaus, kleiner Saal, halb 9 Uhr.
- Vertrauensleutezusammenkünfte.**
- Dresden** (Elektr. mont.). Samstag, 31. Juli abends halb 9 Uhr, im Volkshaus.
- Gestorben.**
- Chemnitz**. Walter Büttner, Arbeiter, 29 Jahre, Herz- und Nierenleiden.
 - Heinrich Große, Metallarbeiter, 19 Jahre, Herzlähmung.
 - Oskar Gruent, Schlosser, 21 J., Tuberkulose.
 - Otto Emil Hunger, Schlosser, 20 Jahre, Kehlkopfleiden.
 - Max Hermann Köthe, Metallarbeiter, 44 Jahre, Lungenleiden.
 - Louis Kahl, Arbeiter, 59 Jahre, Unklarheit.
 - Leo Krzeminski, Schmied, 44 J., Blinddarmentzündung.
 - Emil Künzel, Schlosser, 43 Jahre, Herzmuskelentzündung.
- Sonstige Anzeigen.**
- Einem Schmied f. mein Saugesch. u. Pumpfägen, verl. 10 f. dauernd. Beschäftigung. H. Treptow, 20/21.
 - Tüchtiger Maschinenschauer auf Heron gesucht. Arbeitsnachweis der Feilenarbeiter München.
 - Feilenhauer, der auch härtet Feilen, bei gut. Verdienst gel. & Robel & Co., Münchener Str. 14, (Schloßstr. 210/212).
 - Das Kgl. Hauptlaboratorium stellt sofort 1 Automaten-Verzinsungsmesser, 10 Maschinenschloffer, 15 gelehrte Eisen-Dräger und 2 Elektriker zu hohem Lohn ein. Meldung von Bewerbern im Hauptlaboratorium Zugstr. 11 a. D. [252]

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rölestraße 16 B.